



Auch Tiere unter den Opfern des Klimawandels: taz-Recherche belegt, dass an extrem heißen Tagen überdurchschnittlich viel Geflügel verendet ist – ohne Entschädigung für die Viehhalter

3

Hitze grillt Hühnchen

Können nicht schwitzen: Hühner leiden besonders unter der Hitze Foto: Jan Woitas/picture alliance

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verbotten protestiert gegen die Terminierung der Sonnenfinsternis. Bis Redaktionsschluss sah man

nichts.

Kommentar von **Frederik Eikmanns** zur Geheimdienstreform

Gefährliche Doppelstruktur im Verborgenen

Es ist ja nicht so, als gäbe es keine Gründe für eine Geheimdienstreform, wie sie die Bundesregierung am Mittwochmittag beschlossen hat. Man muss nur in die Ukraine schauen, wo es nicht etwa europäische Geheimdienstkenntnisse sind, die den Abwehrkampf ermöglichen, sondern immer noch die der amerikanischen CIA. Oder ins deutsche Inland, wo nach jedem vereitelten Anschlag früher oder später öffentlich wird, dass es nicht BND oder Verfassungsschutz waren, die selbst die entscheidenden Informationen gesammelt hatten, sondern dass ein Tipp von einem ausländischen Partnerdienst kam.

Nur: Der Gesetzentwurf, der das nun ändern soll, schießt weit übers Ziel hinaus und eröffnet gefährliche neue Möglichkeiten. Weitestgehend sinnvoll sind die Pläne noch dort, wo es ums Ausland geht. Im Angesicht russischer

Aggression braucht es einen BND, der nicht nur beobachten, sondern auch aktiv eingreifen kann, etwa durch Hacks oder Sabotageaktionen. Aber dass der BND künftig auch im Inland tätig werden kann und er zusammen mit dem Verfassungsschutz auch hier „aktive Maßnahmen“ ausführen darf, ist ein Fehler.

Es gibt ja schon eine Sicherheitsbehörde, die Verdächtige observieren, ihre Wohnung durchsuchen und sie im Zweifelsfall festnehmen darf. Sie heißt Polizei, und ihr Einsatzgebiet war bisher aus guten Gründen scharf abgegrenzt von dem der Geheimdienste. Immerhin greifen viele solcher Maßnahmen tief in die Persönlichkeitsrechte von Verdächtigen ein und reichen bis hin zu massiver Gewalt. Zumindest auf dem Papier kann man sich deshalb juristisch dagegen wehren, wenn man ins Visier der Polizei gerät.

Ganz anders, wenn nun auch die Geheimdienste mitmischen. Schon der Begriff verdeutlicht, dass sie klandestin arbeiten: im Verborgenen. Wer in ihr Visier gerät, bekommt davon – wenn alles nach Plan läuft – nie etwas mit. Auch Akteneinsicht kann man nicht einklagen. Das ist schwer vereinbar mit einem Rechtsstaat.

Statt solche undurchsichtigen Parallelstrukturen zu schaffen, gäbe es einen einfacheren Weg: Alle bleiben bei dem, was sie am besten können, aber verbessern ihre Kooperation. Die Geheimdienste beobachten, die Polizei greift ein, nur eben enger verzahnt. Das würde Ressourcen sparen und Übersichtlichkeit bewahren. Vor allem würde es aber die Möglichkeit ausschließen, dass aus einem Kompetenzwirrwarr irgendwann das entsteht, was es in Deutschland nie wieder geben darf: eine Geheimpolizei.

6

Vergiftetes Geschenk
Neue „Frühstartrente“:
Monatlich 10 Euro für
Kinder ab 6 Jahren
2, 12



Foto: Thomas Knychdpa

Mülleimergesicht
macht Farage Probleme
Rechtspopulist muss bei
Nachwahl Spaßkandidat
Count Binface schlagen
4–5

Meer für alle
Der schwierige Kampf
gegen die Abzocke an
Italiens Stränden
10

**„Lange versäumt,
Regeln vorzugeben“**
Expertin Jamuna
Oehlmann über islamis-
tische Netzpropaganda
7



Foto: Arthur Heger

**Mit Traumbildern gegen
die grausame Wirklichkeit**
Die iranische Künstlerin
Aynaz Najafi über ihre
Ausstellung in Essen
15

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Der US-Linken-Superstar **Alexandria Ocasio-Cortez** führt einen Eiertanz auf

Mit einem kleinen publizistischen Doppelschlag brachte sich Alexandria Ocasio-Cortez am vergangenen Wochenende zurück in die Schlagzeilen. Die 36-jährige linke Kongressabgeordnete aus New York veröffentlichte am Samstag über ihre Social-Media-Kanäle, dass sie sich entschieden habe, Eizellen einfrieren zu lassen – für eine womöglich deutlich spätere Mutterschaft.

Am Sonntag ließ sie sich dann in der ABC-Sendung „This Week“ zu ihrem Standing, zu ihrem Verhältnis zur Demokratischen Partei und zu manchen zugespitzten Positionen der Democratic Socialists of America interviewen. Auf entsprechende Fragen hin schloss sie für 2028 weder eine Senats- noch eine Präsidentschaftskandidatur aus. Diese Formulierung benutzt sie seit vielen Monaten.

Letztere Überlegung geistert als Spekulation schon länger herum, spätestens aber, seit AOC, wie sie überall nur genannt wird, im Februar an der Münchener Sicherheitskonferenz teilnahm. Immerhin war Außen- und Sicherheitspolitik bislang kein Tätigkeitsfeld der überaus eloquenten und scharfzüngigen Abgeordneten. Vielen galt dieses Hereinschnuppern auf dem internationalen Parkett deshalb als Zeichen.

Ende Juli nun hatte eine Umfrage der University of New Hampshire zu möglichen demokratischen Präsidentschaftskandidaten sie vorn gesehen – wenngleich auch nur mit 22 Prozent, und damit einen Prozentpunkt vor dem ehemaligen Verkehrsminister Pete Buttigieg. Bei ABC bedankte sich AOC herzlich für die Unterstützung. Zugleich betonte sie, jetzt müsse alle Kraft in die Midterm Elections am 3. November gehen. Persönliche Ambitionen müssten zurückstehen.

Tatsächlich dürfte es aber noch einen anderen Zusammenhang zwischen den Zwischenwahlen im November und den weiteren Plänen nicht nur von Alexandria Ocasio-Cortez geben, sondern der gesamten progressiven Welle, die gerade die Demokratische Partei überspült. Im Klartext: Wenn es nicht zumindest ein relevanter Prozentsatz jener Progressiven, die jetzt Vorwahlen gewonnen haben, im November auch gegen republikanische Konkurrenz schafft, wird die Begeisterung so schnell abebben, wie sie begonnen hat. Dann würde auch eine Präsidentschaftskandidatur von AOC in unerreichbare Ferne rücken.

Wahrscheinlicher scheint ohnehin, dass sie es 2028 zunächst auf den Senatorenposten von New York abgesehen hat. Diesen hat derzeit der demokratische Minderheitsführer Chuck Schumer inne. Dieser ist nicht nur bei linken Demokrat*innen denkbar unpopulär – sein Einknicken gegenüber den Republikanern und seine einschläfernde Redeweise mit merkwürdigen Alt-Herren-Witzen ertragen viele nicht, die sich von ihm knallharte Opposition gegen Trumps Staatsumbau erwarten. Die populäre junge Abgeordnete gilt da als ganz anderes Kaliber. Bei einem Podiumsgespräch in Berlin konnte sie selbst deutschen Sozialdemokraten wieder Leben einhauchen.

Und die eingefrorenen Eier? Frauen- und reproduktive Rechte gehören zu AOCs Kernthemen, seit sie 2018 erstmals ins Repräsentantenhaus gewählt wurde. Sie gestand unumwunden ein, dass ihre jetzige Entscheidung nur aus einer privilegierten Position heraus möglich ist. Sie sprach Klassen- und Genderfragen an und sagte, es könne für eine Frau politisch ziemlich gefährlich werden, so etwas wie Eggfreezing öffentlich zu machen.

Ob sie tatsächlich jemals Kinder bekommen möchte, sagte sie im Übrigen nicht. Das geht eigentlich auch niemanden etwas an.

Bernd Pickert

Die Rente beginnt im Kinderzimmer

Das Bundeskabinett hat die „Frühstartrente“ beschlossen. Kinder ab 6 Jahren sollen monatlich 10 Euro für die private Altersvorsorge bekommen. Kritik kommt von den Linken

Von **Barbara Dribbusch**

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die sogenannte „Frühstartrente“ beschlossen. Sie soll als Startfinanzierung den Aufbau eines Kapitalstocks für die private Altersvorsorge fördern – und das bereits sehr früh im Leben. Ab dem 6. Geburtstag sollen Kinder monatlich 10 Euro vom Staat für ein Vorsorgedepot erhalten. Los gehen soll es mit dem Jahrgang 2020. Der Zuschuss soll dann bis zum 18. Lebensjahr fließen. Das Geld soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2026 ausgezahlt werden.

Die Förderung fließt laut dem Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in ein Depot, das die Eltern für das Kind bei einer Bank eröffnen. Sie können zusätzlich eigenes Geld einzahlen. Für die Altersvorsorge stehen sogenannte Standarddepots zur Verfügung. Für diese gilt ein Kostendeckel: Die Gebühren dürfen ein Prozent der durchschnittlichen jährlichen Rendite nicht überschreiten.

Wenn Eltern für ihr 6-jähriges Kind kein Depot einrichten, legt der Staat das Geld kollektiv an. Später lässt sich das Guthaben in ein individuelles Depot übertragen. Die Förderung geht für die Kinder auch bei Untätigkeit der Eltern also nicht verloren.

Die staatlichen Zahlungen en-

den aber, wenn das Kind mit dem 18. Geburtstag die Volljährigkeit erlangt. Danach geht das Depot in die steuerlich geförderte private Altersvorsorge über, eine Weiterentwicklung der Riester-Rente, deren Besparung aber freiwillig ist. Das angesparte Geld ist frühestens ab dem 65. Geburtstag abrufbar.

„Mit der Frühstartrente geben wir jedem Kind in Deutschland ein Startkapital für die eigene Altersvorsorge“, erklärte Lars Klingbeil (SPD) am Mittwoch. Das sei ein „wichtiger Beitrag für eine bessere Altersvorsorge und mehr Chancengleichheit“. Wer den Kapitalmarkt schon „in jungen Jahre erlebt und positive Erfahrungen macht, entwickelt ein Verständnis für langfristiges Investieren und wird im Laufe des Lebens eher am Kapitalmarkt anlegen“, so Klingbeil.

Die Linke hatte die Frühstartrente vor dem Kabinettschluss kritisiert. Klingbeil wolle „Kinder an den Kapitalmarkt gewöhnen und verkauft das als große Rentenreform“, sagte Linken-Bundesgeschäftsführer Janis Ehling der Nachrichtenagentur AFP. „Kinder brauchen keine Casino-Rente, sondern die Gewissheit, dass sie nach einem langen Arbeitsleben einmal eine vernünftige gesetzliche Rente bekommen.“

Die Einzahlungen in das Depot sollen steuerfrei sein, allerdings werden bei der späteren Auszahlung der Rente Steuern fällig.

Die Frühstartrente schließt an das sogenannte Altersvorsorereformgesetz an, dass zu Beginn dieses Jahres vom Bundestag beschlossen wurde und die

„Kinder brauchen keine Casino-Rente“

Janis Ehling,
Linken-Bundesgeschäftsführer

sogenannte Riester-Rente weiterentwickelt. Nach diesem Gesetz fördert der Staat die private Altersvorsorge ab 2027 im Rahmen bestimmter Produkte.

Im Unterschied zu früher dürfen dabei auch Produkte angeboten werden, die höhere Aktienanteile enthalten und damit auch höhere Renditechancen eröffnen. Damit steigt aber das Risiko, das eingezahlte Geld womöglich bei einer Krise am Aktienmarkt nicht mehr vollständig zu erhalten, wenn der Ruhestand beginnt. Renditeärmere Produkte sehen weiterhin eine Garantie des eingezahlten Geldes vor.

Eine aktuelle Studie der Universität Augsburg zur Riester-Reform kommt zu dem Schluss, dass

die neuen kapitalmarktorientierten Altersvorsorgedepots die private Vorsorge zwar deutlich stärken könnten, die „Ergebnisse aber stark schwanken“, heißt es in einer Mitteilung. In einem Szenario kamen die Forscher:innen auf eine durchschnittliche reale monatliche private Zusatzrente von 724 Euro. In diesem Szenario erzielten aber 10 Prozent der simulierten Fälle nur eine Rente von weniger als 237 Euro.

Neben der Frühstartrente und der Reform der Riester-Rente plant die Bundesregierung ein drittes Projekt zur Förderung der privaten Altersvorsorge, die sogenannte „Kapitalrente“. Diese soll Teil der Rentenreform sein, für die ein Gesetzentwurf noch in diesem Jahr kommen soll. Mit der „Kapitalrente“ müssen die Beitragszahler:innen dann ebenso wie die Arbeitgeber:innen verpflichtend bis zu insgesamt 2 Prozent des Bruttogehalts in einen Kapitalstock einzahlen. Dieses Geld soll am Finanzmarkt angelegt werden und das Renteniveau sichern, das im Umlageverfahren wegen der Demografie an seine Grenzen stößt.

Die „Kapitalrente“ orientiert sich am Beispiel von Schweden, wo die Bürger:innen einen Teil ihrer Pflichtbeiträge für die Altersvorsorge am Kapitalmarkt anlegen.

Früh übt sich, wer Rentner:in sein will: Kinder bekommen bald 10 Euro monatlich vom Staat
Foto: Ute Grabowsky/imago



taz **lage**

Sind Katzen links oder rechts? Ein taz-interner Streit, Folge 2

Gestern haben wir erklärt, warum Katzen links sind. Aber in der taz maunzen bekanntermaßen gern alle durcheinander. Und eine Minderheit der taz-Kollegis hält dagegen und argumentiert: 1. Katzen bilden keine Kollektive, sind nicht mal Gewerkschaftsmitglied und sind sehr wählerisch, gehen aber nicht wählen. 2. Katzen verhalten sich geradezu diktatorisch. „Wenn mensch Despotie, Manipulation, Dreistigkeit, toxischen Individualismus und einen

nicht enden wollenden krallenbewehrten Tötungstrieb, der als ‚spielen‘ verharmlost wird, als linke Eigenschaften klassifizieren möchte, dann sind Katzen links“, gibt Manuel S. zu Protokoll. „Allein ihre Trägheit und ihr Hedonismus halten sie vermutlich davon ab, full-blown libertarian zu sein“, stimmt ihm Social-Media-Redakteurin Anna B. zu. Und ergänzt: „Katzen sind nicht links. Aber Linke sind ja auch oft nicht richtig links.“ 3. Katzen verbringen pro Tag

allein dreieinhalb Stunden damit, sich zu putzen. Das kann man von Linken nicht gerade sagen. Und sogenannte Säuberungsaktionen sind ja auch eher ein Ding von Nazis. 4. Katzen sind unsolidarisch, findet Marco F., der genervt ist von den vielen weißen Haaren, die seine WG-Katzen verlieren. Deshalb sucht er nun eine neue Mie(t)zwohnung – gar nicht so leicht bei den hohen Neumietpreisen. 5. „Unser Kater war Sozialdarwinist“, offenbart taz-nord-Redakteurin

Eiken B. „Für ihn galt das Recht des Stärkeren: Fressen oder gefressen werden.“ Katzen seien für sie deshalb „klar rechts!“ Apropos fressen: Den typischen Reis mit Scheiß, den Linke bei Küfas servieren, würde wohl jede ordentliche Mieze verschmähen. Keine klare Antwort also, und dann bringt tazeins-Redakteur Thomas S. auch noch ein anderes Tier ins Spiel, das sich politisch nicht ganz einordnen lasse: „Pferde. Wegen der Hufeisen.“

Lotte Laloire

Die Hitze und das liebe Vieh

Mindestens zehntausend Nutztiere starben während der Hitzewelle im Juni, zeigt eine taz-Recherche. Offiziell erfasst werden die Fälle kaum

Von **Evke Bakker**

Flirrende Hitze, geschmolzene Bahnschienen, zehntausend hitzetote Menschen: Ende Juni 2026 durchlebte Deutschland mit Temperaturen von knapp 42 Grad historisches Extremwetter. Auch die Landwirtschaft wurde mit trockenen Böden, Ernteeinbrüchen und Qualitätsverlusten massiv von dem Extremwetter getroffen.

Ein bislang wenig beachtetes Problem: der Hitzetod bei Nutztieren. Allein am Hitzewochenende vom 26. bis 28. Juni verendeten in Deutschland mindestens Zehntausende Nutztiere durch die hohen Außentemperaturen. Das ergab eine Recherche der taz. Offizielle, deutschlandweite Zahlen zu den hitzebedingten Tierverlusten gibt es jedoch nicht.

In anderen europäischen Ländern macht das Thema seit Wochen Schlagzeilen. Französische Medien berichten von Millionen verendeten Nutzvögeln. Das verantwortliche Ministerium liefert zwar keine genaue Zahl, spricht aber von einem Massensterben bei Geflügel und Schweinen durch die Hitzewelle. Das zuständige Ministerium in Großbritannien bezifferte den Verlust diesen Sommer mit über 17.000 Tieren, größtenteils Geflügel.

Die Recherche der taz zeigt, dass der Hitzetod bei Nutztieren in Deutschland während der extremen Temperaturen im Juni mindestens ähnliche Ausmaße wie in Großbritannien angenommen hat. Besonders betroffen ist Geflügel, da die Tiere keine Schweißdrüsen haben. Deshalb können sie bei hohen Temperaturen ihre Körpertemperatur nicht über die Verdunstung von Flüssigkeit auf der Haut kühlen. Gerade in Kombination mit hoher Luftfeuchtigkeit kann der Hitzestress zu akutem Organversagen führen. Auch Schweine können nicht schwitzen und sind dementsprechend bei hohen Temperaturen besonders gefährdet.

Die taz hat in mehreren Landkreisen nachgefragt, in denen es Ende Juni besonders heiß war und die gleichzeitig besonders viel Nutztierhaltung betreiben. Die meisten belastbaren Zahlen stammen aus Sachsen-Anhalt, wo vom 26. bis 28. Juni Rekordtemperaturen für ganz Deutschland verzeichnet wurden. Der Salzlandkreis meldete, dass während dieser Zeit mehr als 5.400 Eltern-Masthühner, Broiler und Legehennen in insgesamt vier Betrieben verendeten. Insgesamt macht das über 10 Prozent des Gesamtbestands aus. Laut Informationen aus dem Landkreis traten die Fälle ausschließlich in Stallanlagen auf, die nicht über aktive Kühlsysteme verfügten. Auch Kühlsysteme sind allerdings keine sichere Lösung, dann nämlich, wenn die starke Hitze sie so überfordert, dass sie ausfallen, wie ein Landwirt der taz berichtete.

Der Großteil des im Salzlandkreis verendeten Geflügels wurde in kon-

ventioneller Landwirtschaft gehalten. Auch bei Schweinen konnte der zuständige Amtstierarzt eine höhere Mortalität feststellen, wobei Ferkel weniger betroffen waren als erwachsene Tiere.

Im Landkreis Stendal starben ebenfalls etwa 5.000 Nutzvögel – laut einem Sprecher eine vergleichsweise kleine Zahl im landesweiten Vergleich. Amtliche Statistiken, die für das gesamte Land Sachsen-Anhalt einen offiziellen Vergleich erlauben, liegen jedoch nicht vor, wie das Landesministerium für Landwirtschaft der taz mitteilte.

Hohe Todeszahlen gab es Ende Juni auch in Brandenburg. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark beobachtete ein vermehrtes Verlustgeschehen in einer Mastputenanlage. Geflügelpest als Ursache konnte nach behördlichen Untersuchungen ausgeschlossen werden. „Es ist folglich davon auszugehen, dass die erhöhten Tierverluste im Zusammenhang mit der außergewöhnlichen Hitze standen“, schrieb ein Sprecher der taz. Genauer beziffern konnte der Landkreis die Fallzahl jedoch nicht. Da in Deutschland bei Geflügel Verluste von über zwei Prozent des Bestands beim zuständigen Seuchenamt gemeldet werden müssen, steht jedoch fest, dass der Verlust diese Quote überschritt.

Als einziges Bundesland machte bislang Niedersachsen eine offizielle Angabe zum Thema Hitzetod bei Nutztieren. Während des Hitzewochenendes Ende Juni sei dort die dreifache Menge von totem Geflügel angefallen wie an kühleren Tagen, hieß es Mitte Juli in einer Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums, das allerdings

destens zwei Sonderfahrten stattfinden mussten, um anfallende Tierkadaver zu entsorgen. Zu dessen Einzugsgebiet gehören Landkreise in Oberfranken, Mittelfranken und der nördlichen Oberpfalz sowie einige kreisfreie Städte.

Die taz-Recherchen zeigen damit ein deutlich erhöhtes Sterbervorkommen bei Nutztieren zumindest während der Hitzewelle Ende Juni.

Wieso gibt es dennoch bislang kaum kreis- und landesweite, geschweige denn bundesweite Hochrechnungen?

Landkreise erfassen den Hitzetod aus zwei Gründen nicht statistisch: zum einen, weil die genaue Todesursache den Angaben der Landkreise zufolge nicht immer eindeutig festgestellt wird oder festgestellt werden kann. Zum anderen, weil der Hitzetod an sich nicht meldepflichtig ist. Nur bei einem großen Massensterben innerhalb kürzester Zeit sind Landwirt*innen verpflichtet, die Behörden einzuschalten und ihren Bestand auf ansteckende Krankheiten wie Geflügelpest untersuchen zu lassen.

Aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) darf das allerdings kein Grund sein, das Problem statistisch unbeachtet zu lassen. Im Gegenteil fordert die DUH eine verpflichtende Meldung hitzebedingter Tierverluste sowie eine bundesweit einheitliche Erfassung. „Dass Hitzetode bei Nutztieren in Deutschland nicht systematisch erfasst werden, ist aus unserer Sicht ein erhebliches Defizit“, so Leonie Paritong, DUH-Expertin für Landwirtschaft und Ernährung.

Extreme Hitze sei längst keine außergewöhnliche Wetterlage mehr, sondern träfe infolge der Klimakrise immer häufiger und intensiver auf. „Wenn verendete Tiere aufgrund von Hitze weder gemeldet noch statistisch erfasst werden müssen, bleibt weitgehend unsichtbar, wie viele Tiere tatsächlich betroffen sind“, sagte Paritong. Das tatsächliche Ausmaß des Problems könne dadurch kaum beurteilt werden.

Auch der deutsche Tierschutzbund sieht eindeutigen Handlungsbedarf: „Eine nationale Datenbank zur Dokumentation von Falltieren und deren Todesursachen würde es ermöglichen, die Auswirkung von Hitzeereignissen objektiv zu bewerten und daraus geeignete Maßnahmen abzuleiten“, so eine Sprecherin.

Ein weiterer blinder Fleck: Wer zahlt für den finanziellen Verlust? Versicherungen oder staatliche Kompensationen beim Hitzetod von Rind, Schwein oder Huhn gibt es in Deutschland nicht, erklärte der Deutsche Bauernverband der taz. „Mit dem Klimawandel ist zu erwarten, dass solche Belastungsphasen häufiger und länger auftreten werden“, so ein Sprecher. „Deswegen ist die Politik gefordert, den Tierhaltern verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese ihre Ställe an häufigere und stärkere Hitzeperioden anpassen können.“



Hühner sind besonders gefährdet bei Hitze, da sie keine Schweißdrüsen haben
Foto: imago

Würde die Politik uns Landwirte gezielt unterstützen, könnten wir einen echten Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten

Landwirtin aus Niedersachsen

auch keine konkrete Zahl toter Tiere nannte, sondern von 302 Tonnen toten Tieren am 27. und 28. Juni sprach. Am Wochenende des 13. und 14. Juni, an dem kühleren Temperaturen herrschten, waren es zum Vergleich rund 104 Tonnen. Die taz hat nachgerechnet: Je nach Geflügelart bedeutet das mindestens 13.000 und höchstens 100.000 Tiere, die mutmaßlich durch die Hitze verendeten.

Von einer Tierkadaverbeseitigungsanlage in Nordbayern erhielt die taz ebenfalls die Bestätigung, dass am Rekordwochenende min-



Der Spaßkandidat Count Binface - Graf Mülleimer
Foto: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

In der Welt von Nigel Farage

Der britische Rechtspopulist will sich am Donnerstag in seinem Wahlkreis neu wählen lassen. Sein schärfster Konkurrent ist ein Mann mit einem Mülleimer auf dem Kopf: Count Binface

Aus Clacton-on-Sea und Jaywick **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

Die türkisfarbenen runden Schilder sind in Jaywick allgegenwärtig. Auf einer Seite sieht man Nigel Farage, der vor dem Hintergrund eines Riesenrads auf der Strandpromenade mit dem Finger in die Kamera zeigt, dazu die Parole „I Am With Nigel“. Auf der anderen Seite steht in großen Buchstaben: „I Am Voting Reform UK“. Einige Schilder sind sogar von Farage handsigniert.

Es geht an diesem Donnerstag um alles oder nichts für Nigel Farage, einen der bekanntesten britischen Politiker und Anführer der rechtspopulistischen Partei Reform UK. 2024 wurde er für den Wahlkreis Clacton an der südostenglischen Nordseeküste rund 100 Kilometer von London entfernt ins Parlament gewählt. Fast genau zwei Jahre später, am 8. Juli 2026, trat er als Abgeordneter zurück und löste damit eine Nachwahl aus, zu der er selbst wieder kandidiert.

Angesichts von immer neuen Presseenthüllungen über Geldgeschenke von dubiosen Geschäftsfreunden, die möglicherweise nicht korrekt deklariert worden sind, drohte ihm nämlich eine parlamentarische Untersuchung, die zu einer parlamentarischen Suspendierung und einer erzwungenen Nachwahl hätten führen können.

Um das abzuwenden, suchte Farage die Flucht nach vorn und legte seinen Sitz von sich aus nieder:

Seine Wähler sollen bestätigen, dass sie weiter von ihm vertreten werden wollen.

Jaywick, das im Wahlkreis Clacton am Rande des Hauptorts Clacton-on-Sea liegt, gilt als die ärmste Gemeinde Englands. Vom Flutwall und der 1 Kilometer langen Brooklands Road führen knapp 20 enge Sackgassen parallel zueinander landeinwärts, mit kleinen Einfamilienhäusern, teils aus den 1930er Jahren und größtenteils aus Fertigbauteilen hergestellt.

Count Binface fordert einen Preisdeckel auf Eis und bessere Gewinnchancen an Spielautomaten

Damals wurden Jaywick und Clacton-on-Sea als Urlaubsorte am Strand für Londons Arbeiterklasse angepriesen. Diese Zeiten sind lange vorbei, inzwischen steigt hier der Meeresspiegel wie überall an der britischen Nordseeküste, und weder staatliche noch private Investoren stecken noch Geld in Inf-



Die Lebenserwartung in Jaywick liegt 18 Jahre niedriger als in wohlhabenden Gegenden Sünglands Foto: Toby Shepheard/reuters

rastruktur oder Wohnobjekte. Manche Häuschen sind in gutem Zustand, mit gepflegten Vorgärten. Bei anderen sind die Mauern marode, die Zäune kaputt und die Vorgärten voller Gerümpel. Manche Häuser stehen verlassen und verwaist dazwischen, eines hatte beim Besuch der taz sogar eine Polizeiabspernung.

Während hinter einigen Zäunen Hunde beim Vorbeigehen bellen und knurren, steht bei anderen die Gartentür und die Haustür offen. Viele Menschen auf der Straße sind offensichtlich stark übergewichtig, und auffällig viele sind stark tätowiert. Suchtkrankheiten, Diabetes und psychische Leiden sind hier neben genereller Armut keine Seltenheit. Auch die Kriminalität ist hier statistisch höher als vielerorts.

Jarwick dominiert seit 2011 immer wieder die britischen Armutsstatistiken. Bis zu zwei Drittel der Erwachsenen stehen in keinem Arbeitsverhältnis, 62 Prozent aller Menschen im arbeitsfähigen Alter sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Lebenserwartung in Jarwick liegt erschreckende 18 Jahre niedriger als in wohlhabenden Gegenden Sünglands. Das ist die treue Wählerbasis von Nigel Farage.

Für Ben, einen 65-jährigen ehemaligen Lkw-Fahrer, der in Jarwick vor seinem Haus unter der britischen Flagge in seinem Vorgarten in der Abendsonne sitzt, hat Farage alles richtig gemacht. „Statt ein Urteil von denen im Parlament abzuwarten, gibt er uns, den Menschen, die in gewählt haben, die Möglichkeit zu urteilen, ob wir sein Verhalten falsch finden.“ Das sei demokratisch. Und das Parlament habe sich gegen Farage verschworen, weil es Angst vor ihm habe.

Genauso argumentiert Nigel Farage selbst auch. Keine andere größere Partei, also weder Labour noch die Konservativen, Liberaldemokraten oder Grünen, beteiligen sich an der Nachwahl. Nicht dass Ben eine davon wählen würde: „Die sind seit jeher an den Hebeln der Macht, aber nichts hat sich für uns verändert.“

Außerdem will er nicht, dass Geld an Asylsuchende geht. Er liebt England, erläutert er, und erzählt, dass er früher im Militär war. Was bedeutet Liebe zu England für ihn? „Dies ist ein christliches Land und kein muslimisches!“, kommt zurück wie aus der Pistole geschossen. Auch Jarwick sei ein guter Ort. Zum Abschied warnt er vor Nachbarn am Ende der Sackgasse. „Gehen Sie nicht da runter, das ist gefährlich.“ Weshalb, will er nicht sagen.

Das verrät dann ein anderer Nachbar eine Straße weiter: Da werde oft nachts mit lauter Musik durchgefeiert, berichtet der 47 Jahre alte Jack. Er lebt mit einem Hund, für den ein alter Sessel im Hof steht. Die Tür weit offen, begrüßt Jack die taz in Sporthose und nacktem Oberkörper. Dass er hier wohnen kann, sei ein Glücksfall.

„Ich suchte nach einer Bleibe, und das Haus gehörte meinem Boss, für den ich Bauarbeiten mache. Er wusste von meiner Not und bot mir das Haus an.“ Seitdem hat er das Haus vollkommen saniert, erzählt er. Die Gegend sei in Ordnung, man helfe sich hier gegenseitig. Außerdem habe jede Straße einen anderen Charakter.

Von der Politik hält Jack nicht viel. „Nichts im Leben der Politiker ist wie unser Leben hier. Die leben in einer anderen Welt.“ Auch von den Farage-Schildern hält er nichts. „Die schieben alles auf Flüchtlinge. Ich glaube, dass ich mehr mit Flüchtlingen aus einem Land im Krieg gemeinsam habe als mit vielen anderen. Die haben das Leben von der untersten Seite gesehen und versuchen, ihr Leben zu verbessern.“

Jack geht kurz in sein Haus und kommt mit einem Flugblatt wieder heraus. Es ist von Count Biface. „Ich habe das extra aufgehoben“, sagt er.

Hinter der fiktiven Gestalt „Count Biface“ – Graf Mülleimergesicht – steht der Komödiant Jonathan Harvey. Er tritt mit einem Spaßprogramm bei jeder Wahl in England an, bei der sich die Gelegenheit ergibt, und stellt sich mit seinem großen Bleicheimer auf dem Kopf, der sein Gesicht verbirgt, zwischen die anderen Kandidaten. In Clacton hat Count Biface jetzt eine unerwartet prominente Rolle bekommen: als bekanntester Gegenkandidat von Nigel Farage, weil alle etablierten Parteien die Wahl boykottieren.

Für Jack hat die Kampagne des Mannes im Bleicheimer einen symbolischen Wert. Er kann sich sogar vorstellen, ihn zu wählen, denn seine irrsinnigen politischen Pläne ergebe mehr Sinn als die Versprechen der anderen, findet er. „Hier“,

Einige seiner Wahlschilder hat Nigel Farage sogar handsigniert
Foto: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski



sagt er, und zeigt auf eine Stelle auf dem Flugblatt, „er verspricht, mindestens eine Sozialwohnung zu bauen, und er wird dieses Versprechen sicherlich halten können.“

Count Biface fordert unter anderem auch einen Preisdeckel auf Eis, bessere Gewinnchancen an Spielautomaten an der Strandpromenade und höhere Steuern auf Krimis von Ghostwritern, und er schlägt vor, alle Schlaglöcher auf den Straßen mit den Restbeständen des Labour-Wahlprogramms von 2024 zu füllen.

Zeitweise trauten manche Beobachter Count Biface sogar einen Wahlsieg gegen Nigel Farage zu. Aktuelle Umfragen bescheinigen ihm immerhin einen möglichen Achtungserfolg. Denn auch in Clacton gibt es viele Leute, die mit Farage nichts am Hut haben. Mark Parham, ein ehemaliger Universitätsdozent und Autor, hat an seinem Fenster eine Pride-Flagge und einen Flyer für Count Biface angebracht. „Ich will damit Farage provozieren“, sagt Parham, der seit einigen Jahren erblindet ist und nur noch Schatten sieht, als er die taz zum Gespräch in sein Haus lässt.

Politisch glaubt Parham, noch klare Sicht zu haben. Als Jugendlicher in Ostlondon in den 1980er Jahren legte er sich mit Nazis an. Er erinnert sich, wie ihm im Bus einst ein Holocaust-Überlebender für seinen antifaschistischen Aufnäher an der Jacke dankte. Seine Katzen heißen Sophie Scholl, George Orwell, Betty Alan und El Kenn van Faden. „Reform UK und Farage sind zweifellos faschistisch“, findet Parham. „Sie schaffen Sündenböcke, wollen die Presse kontrollieren und dämonisieren Menschen. Das ist alles aus den Spielregeln Hitlers.“

Dass die Rechten die britische Flagge für sich beanspruchen, empört ihn – der Union Jack sei für ihn ein anderes Symbol, ein Symbol gegen den Faschismus. „Meine Urgroßväter bekämpften ihn und ein Großonkel kam bei einem deutschen V2-Raketeneinschlag im Ostlondoner Viertel Hackney ums Leben.“

Nun lebt er in Clacton und ist frustriert. „Ich habe aufgegeben, auch wenn es hier eine Minderheit von Progressiven gibt. Viele leben in Ignoranz und sind stolz darauf, dass sie noch nie ein Buch gelesen haben.“

Hier lebt „die Arbeiterklasse der Arbeiterklasse“, so beschreibt er es: Boomer, die in der Thatcher-Ära ihre Sozialwohnungen kaufen durften, sie dann gewinnbringend weiterverkauften und jetzt ihre Position gegen die nachfolgenden Generationen verteidigten, die mit Menschen unterschiedlicher Hintergründe weniger Probleme haben.

Während Parham die Hoffnung aufgegeben hat, kommt Filmregisseur und Moderator Adam Brichto, 52, jeden Tag ins Stadtzentrum, um zu versuchen, Menschen über Farage aufzuklären. Dafür trägt er einen Union-Jack-Anzug, um aufzufallen. Die Videos seiner verfilmten Begegnungen, nicht nur in Clacton, sondern auch bei vorherigen Wahlen, kann man in den sozialen Medien verfolgen, finanziert von der unabhängigen linken Onlinezeitung *The Canary*.

„Gewinnt er, dann hat er gegen einen Mülleimer gewonnen – verliert er gegen den Mülleimer, ist er ruiniert“

Ein Anwohner über Nigel Farage

Er erklärt: „Ich will Wahrheiten über Farage enthüllen, etwa dass er sich ein Haus für 1,4 Millionen Pfund hier gekauft hat, wo sich Menschen hier kaum etwas leisten können. Wieso hat er kein Geld an Clacton gespendet? Wissen Sie, ich will einfach, dass die Menchen hier nicht gegen ihre eigenen Interessen stimmen.“

Aber diese Stimmen sind in der Minderheit. Im Pub The Three Jays in einem einfachen Flachbau in Jarwick hat die 39-jährige Wirtin Poster von Farage und Reform UK an der Wand anbringen lassen. Er sei ein netter Mann und sehr zugänglich, beschreibt sie den Politiker, der bei ihr auch schon öfter ein Bierchen getrunken habe.

„Anfangs wollte ich nicht auf ihn zugehen, weil ich viel zu viel zu tun hatte, da kam er einfach auf mich zu.“

Stammgast Nicholas Donegan, 50 und selbstständiger Elektriker, ist auch für Farage. „Ich bin in Osnabrück in Deutschland in einer britischen Armeefamilie auf die Welt gekommen und habe irische Vorfahren, und ich stehe voll hinter Farage“, sagt er und bestätigt, ihn hier auch schon getroffen zu haben. „Er hilft Leuten und hat einem Freund, der in der Patsche sitzt, versprochen, sein Anliegen im Parlament anzusprechen. Ich würde Farage in mein Haus lassen, aber keine anderen Politiker“, sagt er.

Und er hat noch weitere Gründe. „Wir müssen die Grenzen kontrollieren und sie schließen.“ Er erwähnt einen Fall dreier Asylsuchender, die vor Kurzem für eine von ihnen selbst verfilmte Gruppenvergewaltigung im Badeort Brighton verurteilt worden sind. „Ich bin kein Rassist, ich verstehe, dass das ein paar wenige Leute unter vielen waren. Aber diese Menschen kommen hier auf Booten völlig ohne Hintergrundchecks herein.“ Außerdem: Dass dieser Clown, er meint Count Biface, sich hier aufstellen lasse, sei eine Beleidigung für die Gegend.

Neben Nigel Farage und Count Biface gibt es noch 32 weitere Kandidaten bei dieser Nachwahl. Immerhin 14 davon drängeln sich bei einer abendlichen Wahlveranstaltung auf der Bühne des neoklassisch verzierten Theatersaals des Rathauses von Clacton-on-Sea. Knapp 100 Gäste sind gekommen, viele davon Presse oder Wahlkampftivist:innen einzelner Kandidat:innen, normales Publikum gibt es wenig. Farage und Count Biface sind nicht da.

Die Kandidatenriege ist ein Mischmasch aus rüstigen Rentnern, Wichtigtuern, Rechtsextremisten, Ultralinken, Religiösen und Ortsansässigen. Die meisten haben noch nie Politik gemacht, manche vergessen bei der Ansprache, ihren Namen zu sagen. Einer betont, er habe mal für Barack Obama gearbeitet. „Ich habe für alles einen Plan“, sagt er.

Einer sagt, er sei ein KI-Experte aus Australien. Viele wollen radikale Systemveränderungen, von der Abschaffung aller Berufspolitiker:innen bis zur Remigration aller Einwanderer. Gefordert werden aber auch eine Regenerierung des Stadtzentrums, mehr Arbeitsplätze, eine bessere Gesundheitsversorgung, ein besserer Nahverkehr – derzeit gibt es nur einen Zug pro Stunde nach Clacton-on-Sea – und ein besseres und vor allem ganzjähriges Kulturangebot und Nachtleben, damit die jungen Menschen nicht alle wegziehen, sobald sie können.

Der 67-jährige Michael O’Keeff kandidiert, weil ihn stört, dass die Menschen hier zwischen einem Rechtspopulisten und einem Komödianten wählen sollen. Diese Nachwahl koste die Steuerzahler 200.000 Pfund, ärgert er sich. „Farage spricht von einem kaputten Land und spricht stets über die schlimmen Bootsflüchtlinge, von denen aber die meisten laut Innenministerium echte Flüchtlinge sind. Er verspricht, sich für die Leute einzusetzen, war aber nur bei etwa 30 Prozent aller Abstimmungen im Unterhaus anwesend.“

Zuhörer Peter, um die 60, mit langen Haaren und Biker-Jeansjacke, wiederum ist frustriert, dass es zwar 34 Kandidaten gibt, aber niemanden Seriösen. Von Farage ist er enttäuscht. „Ich habe Nigel vollkommen unterstützt und mich für ihn eingesetzt“, erzählt er. Dann kam die Affäre um die Millionenspenden – angeblich für Farages persönliche Sicherheit, aber das sei ja wohl ein Witz: „Farage läuft hier im Wahlkampf unter den Leuten herum, man könnte ihn blind aus einem Kilometer Entfernung angreifen, während er gleichzeitig keine Sprechstunden anbietet, aber behauptet, er sei unserer Gegend treu, weil wir ihn ins Unterhaus gewählt haben.“

Es bröckelt langsam für Farage und Reform UK. In den Meinungsumfragen ist der Höhenflug vorbei, vor allem weil Labours neuer Premierminister Andy Burnham besser ankommt als Keir Starmer. Für eine Wahlniederlage in Clacton wird es wohl nicht reichen, dafür fehlen die überzeugenden Alternativen. Aber so oder so dürfte der Rechtspopulist aus dieser Nachwahl geschwächt hervorgehen, findet der linke Ex-Dozent Mark Parham. „Gewinnt er, dann hat er gegen einen Mülleimer gewonnen – verliert er gegen den Mülleimer, ist er ruiniert.“

Anzeige



Kampf um die Miete

Warum wird Wohnen immer teurer? Wer profitiert, wer zahlt drauf? Und wie lässt sich der Wohnungsmarkt noch verändern? Eine wochentaz-Sonderausgabe über Immo-Bros auf Instagram, überfüllte WG's, besetzte Häuser, Mieten auf dem Land, Mieter*innengewerkschaften, Deutsche Wohnen & Co enteignen und die Frage, wie aus der Ware Wohnraum wieder ein Zuhause für alle wird.

14 Seiten
Mietenkampf-Schwerpunkt
am 15.8.
in der
wochentaz



FOTO: BILDEHEGE/IMAGO

Bafög nimmt nächste Hürde

Nach monatelangem Hin und Her beschließt die Koalition endlich die Reform. Die SPD sieht noch Verbesserungsbedarf – und setzt auf den Bundestag

Von **Ralf Pauli**

Die gute Nachricht zuerst: Die Bafög-Reform hat die nächste Hürde genommen. Am Mittwoch einigte sich das Bundeskabinett auf verschiedene Verbesserungen für Studierende. Allen voran die schrittweise Erhöhung der Bafög-Sätze von derzeit 475 Euro auf Grundsicherungsniveau (aktuell 563 Euro) sowie die künftig automatisch steigenden Freibeträge. Zudem soll die Wohnkostenpauschale für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, von derzeit 380 auf 440 Euro steigen. Auch die Sätze für Schüler:innen werden angehoben.

Außerdem sieht die Reform Maßnahmen zur Entbürokratisierung vor: So sollen Bafög-Empfänger:innen nach dem 4. Fachsemester künftig keine Leistungsnachweise mehr erbringen müssen und Bafög-Anträge nur noch digital gestellt werden. „Mit dem Kabinettsbeschluss sind wir einen entscheidenden Schritt gegangen, damit das Bafög sein Aufstiegsversprechen erfüllen kann“, sagte Bundeswirtschaftsministerin Dorothee Bär (CSU). Das Bafög werde künftig digitaler und die Verwaltung vereinfacht.

Auch für Matthias Anbuhl, den Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Studierendenwerks, gehen die Beschlüsse „in die richtige Richtung“. Bundestag und Bundesrat müssten die vorgesehenen Verbesserungen nun konsequent umsetzen, forderte Anbuhl am Mittwoch. Beschließt das Parlament die Reform in der jetzigen Fassung, würden die Bafög-Sätze erstmals – wie andere Sozialleistungen – regelmäßig überprüft und an die Entwicklung der Lebenskosten angepasst. „Damit würde endlich ein Mechanismus geschaffen, der verhindert, dass das Bafög immer wieder über Jahre hinter der Preisentwicklung zurückbleibt“.

Anbuhl kritisierte aber, dass viele Verbesserungen erst sehr spät kommen. So war die Erhöhung der Wohnkostenpauschale zum 1. April 2027 eigentlich schon für den 1. Oktober 2026 vorgesehen. Die Erhöhung der Bafög-Sätze auf Grundsicherungsniveau soll sogar erst zum Sommersemester 2029 erfolgen – auch hier sollte die Verbesserung ursprünglich ein halbes Jahr früher kommen. Und auch die automatische jährliche Erhöhung der Freibeträge um 1,5 Prozent soll nicht sofort, sondern erst zum Wintersemester 2028/29 greifen.

Auch Opposition, Gewerkschaften und Studierendenvertretungen hatten den Zeitplan für die Reform sowie den jüngst bekannt gewordenen weiteren Aufschub stark kritisiert. Andreas Keller, Vorstandsmitglied der Bildungsgewerkschaft GEW, warf der Koalition am Mittwoch deshalb „Wortbruch“ vor. Die grüne Bundestagsabgeordnete Ayşe Asar kommentiert: „Was die Bundesregierung heute beschließt, kommt zu spät und greift zu kurz.“

Kritik, die die SPD-Bundestagsabgeordnete und für Bafög zuständige Berichterstatlerin Lina Seitzl annimmt: „Ich bedaure sehr, dass es in der Koalition zuletzt noch größeren Absprachebedarf gegeben hat“, sagte Seitzl der taz. Wenn es nach ihrer Partei gegangen wäre, hätte die Bafög-Reform schon zum 1. Oktober in Kraft treten können. Seitzl äußerte sich jedoch zufrieden mit der Einigung – auch deshalb, weil der Spardruck für die Bundesregierung bei den Sozialausgaben sehr groß ist. Dass die Bafög-Reform nun ins parlamentarische Verfahren geht und Errungenschaften wie die automatische Erhöhung der Freibeträge beinhaltet, wertet Seitzl als „starkes Signal an Studierende“.

Seitzl kündigte an, dass ihre Fraktion im parlamentarischen Verfahren auch weitere Verbesserungen prüfen werde. „Wir wissen, dass die langen Wartezeiten bei den Bafög-Anträgen eine große Hürde darstellen.“ Überlegungen, dass Studierende den Bafög-Antrag nur mehr einmal pro Studium einreichen müssen, oder dass Finanzämter die Einkommensnachweise der Eltern direkt an die Bafög-Ämter schickten, würde Seitzl sehr begrüßen: „Mit solchen Maßnahmen können wir mehr junge Menschen dazu bringen, Bafög zu beantragen.“

Erst vergangene Woche hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass die Zahl der Bafög-Beziehenden auf den niedrigsten Wert seit dem Jahr 2000 gesunken ist: 2025 bekamen demnach nur noch 570.000 Menschen Bafög – 7 Prozent weniger als im Vorjahr.

Ursprünglich wollte das Kabinett die Bafög-Reform schon vor Monaten beschließen. Der nun vorliegende Entwurf soll im September in den Bundestag gehen.

Wie die Geheimdienstmitarbeiter:innen aussehen, das bleibt auch zukünftig geheim
Foto: Steffi Loos/Getty Images



Heimliche Hausbesuche sollen erlaubt werden

Die Bundesregierung hat das große Reformpaket zur „Modernisierung von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz“ beschlossen

Von **Christian Rath**

„Revolution“, „Zeitenwende“. Innenminister Dobrindt war kein Vergleich zu groß, als er den Gesetzentwurf zur Reform der Nachrichtendienste vorstellte, den die Bundesregierung an diesem Mittwoch beschloss. Noch nie seien die gesetzlichen Grundlagen von Bundesnachrichtendienst (BND) und Bundesverfassungsschutz so grundlegend überarbeitet worden. Kein Wunder, dass der Gesetzentwurf 732 Seiten umfasst.

Dabei sollen die Dienste neue Befugnisse zur Aufklärung erhalten, aber erstmals auch „aktiv“ auf gegnerische Kräfte einwirken können. Kanzleramtsministerin Nina Warken (CDU), die für den BND zuständig ist, sprach davon, dass der Geheimdienst künftig Hackergruppen abschalten und sogar Desinformation verbreiten darf. Der BND könne die Lieferung von

gefährlichen Bauteilen manipulieren oder in fremde IT-Fabriken eindringen, um akute Gefahren und Bedrohungen zu verhindern.

Warken hob hervor, dass der BND die von ihm gesammelten „Inhaltsdaten“ künftig sechs Monate speichern darf, sammelte „Metadaten“ (wer kommunizierte wo wann mit wem) sogar 12 Monate. Dabei handelt es sich um Daten aus der strategischen Überwachung des Internetverkehrs im Ausland oder aus Deutschland mit dem Ausland. Die Daten sollen vorsorglich gespeichert werden, um „kaltstartfähig“ zu sein, so Warken, wenn man die Daten braucht. Es handelt sich dabei um eine gigantische Vorratsdatenspeicherung, die auch den Inhalt der Kommunikation mitumfasst.

Dobrindt betonte, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals die Erlaubnis zur Onlinedurchsuchung von

Computern und Smartphones erhält. Der Verfassungsschutz kann dann mit einer Spähsoftware (Bundestrojaner) den gesamten Inhalt eines Computers heimlich kopieren und auswerten.

Zwar dürfe auch der Verfassungsschutz künftig „aktive“ Maßnahmen ergreifen, die über bloße Informationsbeschaffung hinausgehen. Der Schwerpunkt hierbei, so Dobrindt, werde aber beim BND liegen, weil dieser im Ausland agiere. Der Verfassungsschutz im Inland soll solche Maßnahmen dagegen nur einsetzen dürfen, wenn die Polizei dazu nicht in der Lage ist. Als Beispiel nannte Dobrindt, dass ein ausländischer Geheimdienst dem Verfassungsschutz verbietet, die Information über eine Gefahr an die Polizei weiterzugeben.

Künftig soll der Verfassungsschutz auch heimlich Wohnungen betreten dürfen. Dies hat

bereits im Vorfeld für Empörung gesorgt. Schließlich sind Wohnungsdurchsuchungen bisher nur der Polizei erlaubt und diese darf auch nur offen durchsuchen, das heißt im Beisein des Bewohners oder anderer Zeugen. Als die frühere Innenministerin Nancy Faeser (SPD) 2024 dem BKA erlauben wollte, heimlich Wohnungen zu durchsuchen, führte dies zu einem Aufschrei und Faeser gab das Vorhaben schnell wieder auf.

Eine derartige Kompetenz, Wohnungen zu durchsuchen, soll der Verfassungsschutz nun allerdings nicht erhalten. Er darf Wohnungen nur heimlich betreten, um nachrichtendienstliche Maßnahmen vorzubereiten und zu ermöglichen, etwa indem eine Wanze gelegt oder ein Staatstrojaner auf dem Laptop installiert wird. Voraussetzung ist laut Gesetzentwurf eine „konkretisierte Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter“ und eine Genehmigung durch die Geheimdienstkontrollure des unabhängigen Kontrollrats. Dass die Verfassungsschutzagenten bei der Gelegenheit auch noch alle Schubladen und Schränke durchwühlen, ist zwar verboten, aber kann natürlich nicht kontrolliert werden, weil die Aktion ja heimlich erfolgt.

Diese neue Befugnis dürfte vermutlich beim Bundesverfassungsgericht landen. Ob eine Klage dann Erfolg haben wird, ist aber zweifelhaft. Zum einen schreibt das Grundgesetz keine offenen Durchsuchungen vor. Dies ist nur deutsche Rechts tradition. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht polizeiliche Wohnungseinbrüche zur Installation von Staatstrojanern bereits akzeptiert, als es 2023 das Polizeigesetz von Mecklenburg-Vorpommern prüfte. Die Gesetze müssen noch vom Bundestag beraten und beschlossen werden.

Hunderte Drohnen über Bundeswehreinrichtungen

Das deutsche Militär registriert fast täglich Vorfälle mit Drohnen unbekannter Herkunft. Unterdessen gibt es neue Details zum Vorfall in Leipzig vor einer Woche

Von **Frederik Eikmanns**

Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren mehrere Hundert sicherheitsrelevante Zwischenfälle mit Drohnen verzeichnet. „Seit Beginn der völkerrechtswidrigen russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 hat das Meldeaufkommen auch zu Drohnensichtungen mit Bezug zur Bundeswehr deutlich zugenommen und sich verstetigt“, sagte ein Sprecher des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland. Wer hinter den Flügen steckt, ist unklar.

„In Summe sind in den vergangenen Jahren einige Hundert mutmaßliche Drohnenüberflüge im Bereich der Bundeswehr gemeldet worden“, sagte der Sprecher weiter. „Die Meldungen umfassen dabei vorran-

gig einzelne Drohnen, aber mitunter auch Drohnenschwärme.“

Details zu den Vorfällen nannte der Sprecher nicht. Er verwies aber darauf, dass Deutschland täglich hybriden Bedrohungen wie Desinformation, Fake News, Cyberangriffen, Spionage und Sabotage ausgesetzt sei. Auch wenn deutsche Behörden und Politiker*innen dies nicht so klar aussprechen, wird insbesondere Russland verdächtigt, hinter derartigen Aktionen zu stecken.

Zuletzt war am vergangenen Wochenende bekannt geworden, dass über einen Militärstützpunkt in Mechernich in Nordrhein-Westfalen zwei Drohnen gesichtet wurden. Der Fall wurde laut Bundeswehr an die Polizei übergeben.

Einige Tage zuvor hatte der Fund einer Sprengstoff-Drohne am Leipziger Flughafen für Aufregung und Besorgnis gesorgt.

Videoaufnahmen ergaben inzwischen, dass diese in der vergangenen Woche gezielt die Tragfläche einer dort geparkten ukrainischen Frachtmaschine anflug und darauf aufprallte – dort wo sich auch der Treibstofftank befindet. Die Drohne war mit einem Sprengstoffpaket versehen, das aber aus unbekannten Gründen nicht detonierte.

Zu dem Vorfall kamen auch am Mittwoch weitere Details ans Licht. Die Zeit berichtete von Zeug*innen, die zum fraglichen Zeitpunkt am Leipziger Flughafen eine Explosion gehört haben wollen. Demnach gebe es Hinweise, dass die Drohnenpiloten versucht hätten, ihre Spuren zu verwischen, indem sie ihre Ausrüstung sprengten. Die Polizei hat inzwischen offenbar eine Antenne sowie eine Art Relaisstation in der Nähe des Flughafens gefunden, die den Tätern zugerechnet werden.

Da es sich bei dem nahe der Drohne gefundenen Sprengstoff um Semtex handelt, wie er von Militäreinheiten eingesetzt wird, spricht viel für staatliche Stellen als Strippenzieher. US-Geheimdienste gehen laut Medienberichten davon aus, dass russische Stellen hinter dem missglückten Angriff stecken. Ermittler*innen fanden an der Drohne zudem DNA-Spuren, die 2024 auch bei einem versuchten Brandanschlag auf Frachtflüge der DHL aufgetaucht waren. Auch hier sprach bereits viel für eine Aktion russischer Geheimdienste.

Ein Motiv hätte Russland jedenfalls: Leipzig ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Logistikdrehscheibe geworden. Auch ein substanzieller Teil der militärischen Unterstützung für die Ukraine wird hier verladen.



Der Tiktok-Account der islamistischen Influencerin Hanna Hansen Foto: Hanno Bode/imag

„Die Realität wird verzerrt und potenziert“

Islamisten nutzen längst auch KI-Programme, um in den sozialen Medien zu rekrutieren, sagt Jamuna Oehlmann. Der Staat müsse Druck auf die Plattformbetreiber machen

Interview **Frederik Eikmanns**

taz: Frau Oehlmann, es ist fast drei Wochen her, dass Abdul B. mit seinem Transporter in die Menschen am Rande des Berliner CSD gepflügt ist. Inzwischen wissen wir, dass er Propaganda-Videos für den IS im Netz verbreitete. Welche Rolle spielen soziale Medien für Islamisten?

Jamuna Oehlmann: Wie jede neue Technologie wissen Extremisten auch das Internet für sich zu nutzen. Als Al-Qaida-Mitglieder vor 25 Jahren die Flugzeuge ins World Trade Center lenkten, war mitgedacht, dass Fernsehsender die Tat in die ganze Welt tragen würden. Heute übernehmen die sozialen Medien diese Rolle. Es gibt Accounts islamistischer Akteure, die mit ihren Posts teils hunderttausende Follower erreichen.

taz: Wen genau meinen Sie mit dem Begriff „islamistischer Akteur“?

Oehlmann: In Deutschland sind es oft Gruppierungen wie Hizb ut-Tahrir, die Seiten betreiben von Untergruppierungen wie etwa „Generation Islam“, „Realität Islam“ oder „Muslim Interaktiv“. Letztere hat das Bundesinnenministerium zwar Ende 2025 verboten, die anderen beiden Seiten gibt es unter anderem Namen aber weiter. In den Posts treten dann Einzelpersonen auf, die man sich wie normale Influencer vorstellen kann. Das Spektrum reicht dabei von solchen legalistisch auftretenden Gruppen bis zu einzelnen, oft salafistisch geprägten Influencer:innen ohne feste Organisation. Gemeinsam ist ihnen das Ziel, ein junges Publikum zu erreichen und für ihre Ideologie zu gewinnen.

taz: Wie muss man sich einen islamistischen Influencer vorstellen? Mit Matcha Latte?

Oehlmann: Die Islamisten wissen, nach welcher Logik soziale Medien funktionieren: Leute wollen einzelnen wiedererkennbaren Personen folgen, die sie charismatisch oder sym-

pathisch finden. Hanna Hansen ist ein gutes Beispiel. Sie war früher Boxerin und Model, jetzt ist sie islamistische Influencerin.

taz: Islamismus wird ansonsten ja eher als männliches Phänomen wahrgenommen.

Oehlmann: Es gibt deutlich mehr Männer, die aktiv islamistischen Content produzieren und konsumieren. Aber der Islamismus spricht gezielt auch Frauen an und gibt ihnen eine scheinbar aktive, selbstbestimmte Rolle. Wir wissen, dass viele Islamistinnen sich selbst dazu entscheiden, zu konvertieren, Nikab zu tragen und sich in diese Welt zu begeben. Die Kanäle, die sich an Frauen richten, nutzen oft eine eigene Bildsprache, die sich um klischeehaft weibliche Themen dreht, etwa die Frage, wie man eine gute Ehefrau ist.

taz: Im Gegensatz zum Fernsehen ist in sozialen Medien nicht klar verteilt, wer Inhalte produziert und wer sie konsumiert. Erleben wir eine Art Demokratisierung des Islamismus?

Oehlmann: In gewissem Sinn ja: Anders als im Fernsehen ist die Grenze zwischen Produzierenden und Konsumierenden im Netz fließend – wer heute zuschaut, kann morgen selbst kommentieren oder eigene Inhalte teilen. Die großen, öffentlichen Posts sind meist der erste Kontaktpunkt und erreichen sehr viele Menschen. Darunter, in den Kommentarspalten, entsteht der eigentliche Austausch: Dort treten islamistische Akteure gezielt mit Interessierten oder verunsicherten Personen in Kontakt.

Die wirklich eindeutigen Inhalte finden sich dagegen seltener öffentlich, eher in Direktnachrichten oder geschlossenen Gruppen, etwa auf Telegram oder auf Gaming-Plattformen wie Roblox. Dorthin wird man oft erst eingeladen, wenn man in den Kommentaren aufgefallen ist oder Interesse gezeigt hat.

taz: Welche Rolle spielt eigentlich KI-generierter Content?

Oehlmann: Das ist wieder eine neue Technologie, die islamistische Akteure dankend annehmen und für sich nutzen. Sie arbeiten im großen Stil mit künstlicher Intelligenz.

taz: Wie muss man sich das vorstellen?

Oehlmann: Es geht um simple Bilder und Videos, die sich häufig um Untergangsfantasien drehen oder einfache Gut-Böse-Botschaften transportieren. Solcher Content lässt sich durch KI mit sehr wenig Aufwand in großer Zahl produzieren. Man tippt ein paar Stichworte in ein KI-Tool und hat kurz darauf ein fertiges Bild oder Video. Gleichzeitig lassen sich die Posts in wenigen Sekunden übersetzen und so viel mehr Menschen erreichen.

taz: Und inhaltlich?

Oehlmann: In den Posts wird oft die Realität aufgegriffen, aber verzerrt und potenziert. So wird etwa ein reales, ohnehin erschütterndes Foto eines Vaters in Gaza mit seinem toten Kind zu einem Foto mit drei toten Kindern verändert. Es wird eine noch heftigere Version kreiert, um die emotionale Wirkung zu verstärken. Das wird dann mit islamistischen Erzählungen verbunden.

taz: Gaza spielt also weiterhin eine große Rolle für islamistische Rekrutierung?

Oehlmann: Der Nahostkonflikt war schon vor dem 7. Oktober 2023 ein wichtiges Mobilisierungsthema. Und was seitdem geschah, wird noch lange nachhallen. Auch Diskriminierungserfahrungen bleiben, genauso wie das Gefühl vieler Muslime, in Deutschland nicht dazuzugehören.

taz: Und das ist dann Grundlage der Radikalisierung?

Oehlmann: Längst nicht jeder, der islamistische Posts sieht, wird radikalisiert. Wichtig sind oft persönliche Faktoren, die dazu kommen. Teils steht eine Identitätskrise am Anfang, zum Beispiel bei Menschen, die nach Deutschland geflohen sind und nicht richtig Fuß fassen. Oder es

gibt einen anderen Bruch in der Biografie, etwa wenn jemand einen Freund verliert oder ein Elternteil. Radikalisierung ist immer komplex und multikausal.

taz: Abdul B. scheint sich in einem Konflikt mit seinem Vater befunden zu haben.

Oehlmann: Solche Faktoren führen nicht automatisch zu Radikalisierung. Aber es kann sein, dass Leute dann an den falschen Stellen neuen Halt suchen. Umgekehrt wissen islamistische Akteure genau, wie sie Leute in solchen Situationen in den sozialen Medien ansprechen müssen. Wie man ihnen das Gefühl gibt, dazuzugehören.

taz: Islamisten inszenieren sich als traditionell, antimodern und antiwestlich. Wie passt das zusammen mit der Nutzung von KI als moderner westlicher Technik, die riesige soziale Umwälzungen mit sich bringen könnte?

Oehlmann: Das wird pragmatisch gesehen: Da wird zwar rhetorisch gegen „den Westen“ und seine Technik gewettert, gleichzeitig aber ganz selbstverständlich mit KI-Tools produziert, mit TikTok-Filtern gearbeitet und auf Plattformen wie Instagram oder Telegram kommuniziert. Der Widerspruch wird kaum reflektiert, weil der Zweck, möglichst viele Menschen zu erreichen, über die Konsistenz der eigenen Ideologie gestellt wird.

taz: Wie lässt sich Islamismus in den sozialen Medien bekämpfen?

Oehlmann: Es gibt Organisationen, die eigenen Content produzieren, um über Islamismus aufzuklären. Andere gehen gezielt in die Kommentarspalten und versuchen, gefährdete Personen zu identifizieren und mit ihnen ins persönliche Gespräch zu kommen, etwa in privaten Chats. Es geht darum, ihnen ein Alternativ-Angebot zum Islamismus zu machen.

taz: Hören desorientierte Jugendliche wirklich auf Sozialarbeiter:innen, die ihnen in die DMs sliden, also aus

dem Nichts Privatnachrichten schreiben?

Oehlmann: Menschen radikalisieren sich aus ganz unterschiedlichen Gründen, deshalb brauchen wir auch unterschiedliche Angebote, um sie zu erreichen. Es geht nicht darum, jemandem ungefragt hinterherzuschreiben oder zu belehren – solche aufsuchende Online-Arbeit funktioniert nur, wenn sie freiwillig, niedrigschwellig und glaubwürdig ist.

In einem Fall kann es sein, dass man auf Instagram auch nichtislamistische Posts zu der Frage findet, ob man als Muslima Nagellack tragen darf. Bei einer anderen Person braucht es den Kommentar einer Sozialarbeiterin, der einen gefährdeten Jugendlichen erreicht. Das Problem ist aber, dass wir mit unseren Angeboten in den sozialen Medien den gleichen Mechanismen unterliegen wie die islamistischen Accounts, die wir bekämpfen.

taz: Wie meinen Sie das?

Oehlmann: Wir können gute Inhalte produzieren, aber am Ende ist es vom Algorithmus abhängig, ob das auch jemand sieht. Die Algorithmen belohnen vor allem Inhalte, die stark emotionalisieren und polarisieren – da sind die extremistischen Accounts strukturell im Vorteil. Die Plattformbetreiber müssten mehr Verantwortung übernehmen und uns verlässliche Möglichkeiten geben, mit unserem Content die Menschen zu erreichen, um die es geht. Und es wäre wichtig, extremistische Inhalte schneller zu löschen.

taz: Braucht es mehr staatliche Regulierung?

Oehlmann: Deutschland und die EU haben es lange versäumt, das Internet als einen Raum zu begreifen, für den man Regeln vorgibt. Konkret würde es schon helfen, wenn Plattformen zu kürzeren Löschfristen für extremistische Inhalte verpflichtet würden, wenn Präventionsprojekte verlässlichen, auch finanziellen Zugang zu Reichweite bekämen und wenn es mehr Transparenz darüber gäbe, nach welchen Kriterien Algorithmen solche Inhalte verbreiten oder eben nicht. Vorerst würde es aber auch schon helfen, wenn der Staat mehr Geld zur Verfügung stellen würde. Wir könn-

ten dann Werbeplätze für die Präventionsangebote kaufen.

taz: Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) hat gerade 5 Millionen Euro zusätzlich für Islamismus-Prävention versprochen.

Oehlmann: Die Art der Verteilung ist wichtig. Es gibt viele hochprofessionelle Organisationen in Deutschland, die Islamismus-Prävention machen. Man sollte ihnen die Chance geben, größer zu denken. Das lässt die Logik der Projektförderung in Deutschland aber aktuell nicht zu. Im Moment müssen sich die Organisationen ständig neu erfinden, um immer wieder neue Fördergelder einzuwerben. Und wie die Projekte künftig ausgewählt werden, ist nach der jüngsten Reform des Förderprogramms „Demokratie Leben!“ auch unklar.

taz: Wie ginge es besser?

Oehlmann: Die Bundesregierung sollte die zentralen Akteure der Islamismus-Prävention an einen Tisch holen und mit ihnen eine langfristige Strategie erarbeiten, die auch dauerhaft finanziert wird. Das sollte auch staatliche Stellen und die Universitäten miteinschließen. Im Moment laufen Präventionsarbeit durch die Zivilgesellschaft, Forschung und die sicherheitspolitischen Maßnahmen weitgehend getrennt. Mit einer gemeinsamen Strategie könnten wir vor die Welle kommen.



Foto: BAG RelEx

Jamuna Oehlmann ist Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (Bag RelEx). Dabei handelt es sich um einen Dachverband von Organisationen, die sich in der Islamismus-Prävention und Demokratieförderung engagieren. Oehlmann war bis Mitte November 2025 Mitglied der Taskforce Islamismus-Prävention des Bundesinnenministeriums. Die Taskforce wurde von CSU-Innenminister Alexander Dobrindt inzwischen abgesägt.

genossenschaft

taz ☘

Valentin Ihßen, Beate Kesper
Genosse seit 2025, Genossin seit 2018

Generationskonflikt

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt

Steuerung oder Markt? Beides!

Das neue Windenergie-auf-See-Gesetz lässt die Ausbauziele unverändert, will aber Investitionen besser absichern

Von Bernward Janzing

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) will Anlagebetreibern für Offshore-Windparks künftig mit einem neuen Instrument mehr Sicherheit verschaffen. Sogenannte zweiseitige Differenzverträge (Contracts for Difference, CfD) sollen für den Anlagenbetreiber ähnlich wie eine garantierte Einspeisevergütung wirken. CfDs funktionieren so: Wenn die Erlöse am Markt unterhalb des zuvor festgelegten Fixpreises liegen, bekommt der Betreiber die Differenz als Subvention erstattet. Erzielt er in Zeiten hoher Strompreise Erlöse, die über diesem Wert liegen, muss er den Übergewinn abführen. So ist der CfD eine Art Festvergütung mit Umweg über den Markt. Zudem sollen Offshore-Flächen bald über ein Zwei-Stufen-Modell ausgeschrieben werden: In der ersten Runde wird ermittelt, ob mindestens ein Bieter bereit ist, das Projekt marktwirtschaftlich ohne Förderung zu realisieren. Ist das nicht der Fall, gibt es eine zweite Stufe, bei der die Höhe der garantierten Absicherung im Gebotsverfahren ermittelt wird. Dieses Konzept ist Teil des nun vorliegenden Referentenentwurfs für ein neues Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG).

Der Bundesverband Windenergie Offshore (BWO) begrüßt die Pläne zur Einführung von CfDs. Lange schon macht sich die Branche für das Konzept stark, weil es die Risiken für die Investoren minimiert. Die CfDs böten „Investoren langfristige Planungssicherheit“ und leisteten damit „einen wichtigen Beitrag, um verlorenes Vertrauen in den deutschen Markt zurückzugewinnen“, so der BWO. Kritik übt die Windlobby aber an dem zweistufigen Modus: Das Ausschreibungsdesign müsse „Risiken beherrschbar machen – nicht denjenigen belohnen, der bereit ist, die größten Risiken einzugehen“, sagt BWO-Geschäftsführer Stefan Thimm.

Das gesetzliche Ausbauziel von 70 Gigawatt Offshore-Windenergie bis 2045 bleibt mit der Novelle des WindSeeG unverändert. Der Ausbau werde allerdings verstetigt, erklärt das BMWE. Ab 2035 sollen jährlich im Schnitt knapp 3.000 Megawatt in Betrieb gehen. Jährlich sollen Flächen mit einer Kapazität von 2.000 bis 4.800 Megawatt ausgeschrieben werden. Die Offshore-Wirtschaft begrüßt dieses Ziel: „Für Hersteller, Häfen, Schiffe und Zulieferer ist ein langfristig verlässlicher Ausbaupfad entscheidend, damit Kapazitäten aufgebaut und Investitionen abgesichert werden können.“

Das Wirtschaftsministerium will mit dem neuen WindSeeG auch ein altes Problem lösen: Um die Systemkosten zu senken, sollen Ausbau und Netzanbindung enger miteinander synchronisiert werden. Mehr Spielräume soll eine weitere Neuerung bringen: Um Investoren mehr Planungssicherheit zu geben, soll die Regellaufzeit neuer Offshore-Windparks von 25 auf 35 Jahren erhöht werden.

Die Branche kritisiert, dass im Gesetzentwurf „eine einseitige Rückgabe von Zuschlägen weiterhin nicht vorgesehen“ ist. Das Wirtschaftsministerium begründet das damit, dass dadurch „die Verbindlichkeit des Ausschreibungsverfahrens sichergestellt und dem Erfordernis langfristiger Planungshorizonte im Planungs- und Genehmigungsprozess Genüge getan“ werde. Die Branche hatte hingegen einen einmaligen Rückgabemechanismus vorgeschlagen. Die Idee: Unternehmen dürfen im Rahmen einer einmaligen Aktion erhaltene Zuschläge zurückgeben, dafür würden sie aber ihre bereits geleisteten Zahlungen verlieren. Zudem dürfte das betreffende Unternehmen bei der Wiederausschreibung nicht erneut antreten und müsste seine Voruntersuchungsergebnisse einem Nachfolger zur Verfügung stellen. Damit würde man schnell Klarheit für alle Beteiligten schaffen, so die Branche. Der Energiewende käme das zugute, weil ein neuer Investor die Chance bekäme, ein bislang stockendes Projekt doch zu realisieren. „Ein geordnetes Ende mit schneller Wiederausschreibung ist besser als ein ungeordnetes Scheitern nach Jahren“, so der BWO.



Zahl des Tages

147 Kilo Müll

Vielleicht kennen Sie es, zum Beispiel von ihrem Fahrradkorb: Dort stapeln sich schnell leere Bürgerkartons oder To-go-Becher – zumindest in Großstädten. Europa hat ein Verpackungsmüllproblem. Ab Mittwoch gilt nun eine neue EU-Verpackungsverordnung, die das ändern soll. Bis 2040 sollen 15 Prozent weniger Abfall entstehen als 2018. Damals kamen pro Kopf und Jahr 173 Kilogramm zusammen. Dementsprechend sollen es 2040 höchstens 147 Kilogramm werden. Künftig müssen Verpackungen recyclingfähig und so klein wie möglich sein. Die Verordnung legt außerdem Grenzwerte für Ewigkeitschemikalien (PFAS) fest, die im Verdacht stehen, gesundheitsschädlich zu sein.

Gemeinsam gegen Hitze

Der Bundesumweltminister will dem Bund mehr Handlungsspielraum beim Umgang mit steigenden Temperaturen geben. Der Weg dahin wird steinig

Die Zuständigkeit für den Umgang mit steigenden Temperaturen soll nach dem Willen von Bundesumweltminister Carsten Schneider eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. „Ich halte es für zwingend notwendig“, sagte der SPD-Politiker in Berlin. Er werde im zweiten Halbjahr einen Vorschlag machen, wie das Grundgesetz entsprechend angepasst werden sollte.

„Ich möchte, dass wir im Grundgesetz eine Möglichkeit schaffen, dass der Bund eine Kompetenz für Handlung, Taten, aber auch Ausgaben hat. Das haben wir bisher nicht“, sagte Schneider. Derzeit könne der Bund Anpassungsmaßnahmen wie etwa Klimaanlagen oder die Schaffung

von mehr Schatten nur sehr schwer als Modellprojekte finanzieren.

Für die nötige Grundgesetzänderung braucht es allerdings eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und damit die Unterstützung der Linken, mit der die Union nicht zusammenarbeiten möchte. Schneider sieht „eine harte Auseinandersetzung“ voraus. „Das Grundgesetz ändern Sie nicht jeden Tag einmal.“

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, diese Einführung einer sogenannten Gemeinschaftsaufgabe in dem Bereich zu prüfen. Auch die Bundesländer müssten zustimmen, die dadurch aber Kompetenzen an den Bund abgeben müssten

– ebenfalls ein möglicher Konflikt vor einer Grundgesetzänderung.

Die Unterstützung von Menschen angesichts der Erderwärmung sei auch eine soziale Frage, betonte Schneider. Menschen mit geringem Einkommen oder vulnerable Gruppen hätten im Zweifel eine schlechter gedämmte oder gekühlte Wohnung, keinen Garten und weniger Wohnraum.

Zum Verhältnis von Klimaschutz und Wirtschaft sagte Schneider: „Jeder, der bisher behauptet hat, Klimaschutz schadet der Wirtschaft, erlebt heute, dass kein vorhandener Klimaschutz der Wirtschaft schadet. Jeder Tag kostet 500 Millionen Euro, fast eine halbe Milliarde geringere Wirtschaftsleistung“, betonte der Minister. (dpa)

„Erst mal den Wasserhaushalt in den Griff kriegen“

Verkehrsminister Bilger will wegen niedriger Pegel Flüsse ausbauen. Hydrobiologe Dietrich Borchardt erklärt, wann bauliche Maßnahmen Sinn machen – und was noch wichtiger wäre

Interview Nanja Boenisch



Dietrich Borchardt, Hydrobiologe und Umweltingenieur, ist leitender Wissenschaftler am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Magdeburg und Berater für Wasserforschung für den Vorstand des UFZ. Als Seniorprofessor für Aquatische Ökosystemanalyse und Management ist er an der TU Dresden tätig.

taz: Herr Borchardt, Bundesverkehrsminister Steffen Bilger will die Wasserstraßen in Deutschland ausbauen. Rücken jetzt Bagger an?

Dietrich Borchardt: Es ist schwer zu beurteilen, was der Minister damit meint. Unter Gewässerausbau versteht man verschiedene Dinge, die im Wasserhaushaltsgesetz rechtlich definiert sind. Einmal gehört die dauerhafte bauliche Umgestaltung von Gewässern dazu, die Begradigung, Vertiefung, Verbreiterung von Flüssen, auch zum Beispiel der Uferausbau mit Steinschüttung oder dergleichen. Es gehört aber auch die Renaturierung dazu, also die Zurückentwicklung eines Gewässers, das in der Vergangenheit ausgebaut wurde, in einen natürlicheren Zustand.

taz: Was wäre denn sinnvoll? Borchardt: Es ist am wichtigsten zu gucken, wo und wie genau sich die extremen Wasserstände, die wir aus der jüngeren Vergangenheit nicht kennen, in unseren Gewässern auswirken – und wo Engstellen sind. Dann müssen Prioritäten gesetzt werden: Wo ist ein baulicher Eingriff verhältnismäßig? Wo drohen unerwünschte Nebeneffekte?

taz: Welche Nebeneffekte können das sein?

Borchardt: Eine Vertiefung von Flussläufen bedeutet immer, dass Wasser aus den angrenzenden Uferzonen und Flussauen abgezogen wird. Das heißt, der Wasserstand in der Landschaft wird noch weiter verringert, was wir im Sinne des Wasserhaushalts, des Naturschutzes, der Landwirtschaft oder der Forstwirtschaft nicht anstreben sollten. Unsere Landschaft ist ohnehin schon zu stark entwässert. Und: Wenn man Gewässer durch Ausbaggern vertieft, muss man Sedimente bewegen, in denen sich verbreitet Schadstoffe befinden. Diese sollte man nicht aktiv in die Umwelt mobilisieren.

taz: Ein Nadelöhr, das ausgebaut werden soll, ist der Mittelrhein zwischen Mainz und St. Goar. Macht das Sinn?



Diese Sportboote in einem Seitenarm des Rheins bei Nackenheim in Rheinland-Pfalz saßen schon Anfang August auf Grund Foto: Andreas Arnold/dpa

Borchardt: Für zwei Fahrrinnenvertiefungen dort ist das Planfeststellungsverfahren schon abgeschlossen, für den dritten Teilabschnitt läuft es aktuell. Bei diesen Verfahren soll genau die Abwägung erfolgen zwischen den Auswirkungen des Eingriffs in Natur und Umwelt und den Vorteilen für eine verbesserte Nutzbarkeit als Wasserstraße. Bei einem sauber geführten Planfeststellungsverfahren gehe ich davon aus, dass die Belange sinnvoll abgewogen wurden. Aber eine Fahrrinnenvertiefung ohne diese Abwägung auf der gesamten Länge einer Wasserstraße würde die Wasserknappheit nur verschlimmern.

taz: Gibt es Alternativen?

Borchardt: Wassermenge geht vor Vertiefung. Wir müssen in Wasserüberschusszeiten Wasser in den angrenzenden Bereichen speichern – mit Schwammlandschaften. In Trockenzeiten würde das Wasser von dort verzögert abfließen und den Abfluss im Gewässer so stabilisieren, dass eine Tiefenproblematik gar nicht erst auftritt. Ich muss erst mal den Landschaftswasserhaushalt in den Griff kriegen, bevor ich baulich einfach zusätzliche Wassertiefe schaffe. Bei der Gewässerrenaturierung kommen wir bisher aber nur sehr langsam voran.

taz: Was würden Sie als Erstes tun, um den Wasserhaushalt in den Griff zu kriegen?

Borchardt: Ich würde konsequent das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz in seinen wasser- und gewässerbezogenen Zielen umsetzen. Da geht es um die Renaturierung von Feuchtgebieten – aus Gründen des Wasserhaushalts und der Kohlenstoffbindung für den Klimaschutz. Ich würde die Forst- und Landwirtschaft angehen. Waldflächen müssen stärker als Wasserspeicher gedacht werden. Der Humusgehalt der Böden in der Getreidewirtschaft müsste dringend als Faktor der Wasserspeicherung wahrgenommen werden. So kann die Landwirtschaft zur Bodenfeuchte und Grundwasserneubildung beitragen – und später selbst profitieren, etwa für die Bewässerung ihrer Flächen. Und ich würde die kleinen Fließ- und Standgewässer in der Landschaft als Schlüsselemente einer Schwammlandschaft renaturieren, um das Wasser in Zeiten des Überschusses zu speichern und in Zeiten des Mangels zu strecken. Die Verbindungen werden im Moment noch zu selten gesehen.

taz: Auch von Vertreter:innen der Binnenschifffahrt?

Borchardt: Da gibt es sicherlich auch ein progressives Lager. Einige Industriezweige oder Unternehmen, die BASF zum Beispiel, nehmen niedrigwassergängige Schiffe in Betrieb, die bei gleicher Ladung viel weniger Tiefgang brauchen. Oder

sie reagieren mit ihrer Logistik darauf, dass der Klimawandel die Flüsse massiv verändert. Der Rhein verbindet die großen Häfen in Amsterdam und Rotterdam mit den deutschen Industriezentren, bis nach Basel. Dann gibt es noch wichtige Schifffahrtskanäle, etwa in Nordrhein-Westfalen, den Mittelandkanal oder den Nord-Ostsee-Kanal. Jede dieser Wasserstraßen braucht eine zugeschnittene Lösung.

taz: Bilger will die Förderung für die passenden Schiffe 2027 fortführen.

Borchardt: Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit für die Anschaffung neuer Schiffe. Es braucht aber noch eine längerfristige Perspektive: Welche Bedingungen haben wir in 20, 30 Jahren? Unternehmen müssen davon ausgehen, dass Lieferketten nicht uneingeschränkt funktionieren – und dann müssen sie verschiedene Logistikwege miteinander verschränken. Wenn ein Transportweg ausfällt, wechseln sie auf den anderen. Aber nicht pauschal, sondern ereignisbezogen. Um das organisatorisch hinzukriegen, braucht es ein gutes Frühwarnsystem und gutes Krisenmanagement. Denn diese Extremereignisse werden wir voraussichtlich häufiger erleben. Dann können wir nicht erst mit einer spontanen Krisenkonferenz reagieren, wenn sie eintreten.

Soll wieder vorankommen: Bau eines Windparks in der Ostsee Foto: Paul Langrock

Verbot von Schlacke im Wartestand

Das niederländische Parlament will Reststoffe aus der Stahlproduktion verbieten, weil sie giftige Schwermetalle enthalten. Doch es gibt Gegenwehr

Aus Amsterdam **Tobias Müller**

Haushoch türmen sich die grauschwarzen Berge hinter dem Zaun auf. Zwei Bagger fahren auf dem Gelände herum. Hinter den Bergen erhebt sich eine Kulisse aus Schornsteinen, die Wolken von bemerkenswertem Umfang in allen Formen und Farben ausstoßen. Immer wieder bleiben Ausflügler*innen mit Fahrrädern stehen und machen Fotos. Die Kombination aus Dünen und Nordseehimmel, vor denen sich eine Landschaft aus schwerindustriellen Abfallstoffen entfaltet, lässt manche Münder offenstehen.

Was zahlreiche Tourist*innen am Rand des kleinen Küstenorts Wijk aan Zee auch in diesem Sommer beeindruckt, ist Teil einer brisanten, äußerst zähen politischen Debatte: Werden die Niederlande Schlacke – die Reststoffe aus der Stahlproduktion – ab 2027 permanent verbieten? Annet Bertram, Staatssekretärin für Infrastruktur, spricht sich

im Namen der liberal-rechten Regierung dafür aus, es sei denn, die Benutzung sei „im Hinblick auf Umwelt und Gesundheit sicher“.

Im Zentrum der Diskussion befindet sich der Konzern, dem das Areal gehört: Tata Steel. Einst als Koninklijke Hoogovens eine industrielle Trumpfkarte des Landes und seit 2007 in Händen der indischen Tata Group, ist der Standort heute der größte niederländische Emittent von CO2 und Stickstoff. Zum Einfluss auf die Gesundheit der Anwohner*innen wurden mehrere Studien veröffentlicht, die deutlich erhöhtes Auftreten von Lungen- und asbestbedingtem Krebs in der Region belegen. Auch Herz- und Gefäßkrankheiten und Bluthochdruck sind verbreiteter als im Landesdurchschnitt.

Nach einer Sammelklage von 800 Anwohner:innen und anschließender Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft gab diese im Juli bekannt, Tata Steel wegen absichtlichen und widerrechtlichen

Ausstoßens gesundheitsschädigender Stoffe den Prozess zu machen. Ende November wird dieser eröffnet. Im Zuge der jahrelangen öffentlichen Auseinandersetzung um die Umweltbelastung durch Tata Steel rückten auch die Schlacken in den Mittelpunkt. Am Standort fallen davon jährlich 650.000 Tonnen an.

Als einziger Produzent ist Tata der entscheidende Faktor, wenn es um das Totalverbot geht

Laut dem in jeder niederländischen Kommune vertretenen Gesundheitsdienst GGD führt Kontakt mit Stahlschlacken zu Reizungen von Atemwegen, Haut und Augen sowie Nasenbluten, zudem enthalten sie Schwermetalle. Das staatli-

che Umwelt- und Gesundheits-Institut RIVM warnte 2023, bei Kontakt mit Regen- oder Grundwasser würden „alle denkbaren Schwermetalle“ in Boden und Oberflächenwasser gespült. Je größer die Mengen an Schlacken, umso wahrscheinlicher sei dieser Effekt.

In den Niederlanden werden Schlacken vielfach weiterverwendet, etwa als Baumaterial oder Untergrund von Wegen und Deichen. Eine Genehmigung braucht es dafür nicht. Daher gibt es über die tatsächliche Verbreitung kaum Informationen. Die Investigativplattform Investico veröffentlichte im April 2025 eine Liste mit 115 betroffenen Orten. Ein halbes Jahr später umfasste diese bereits 216 Orte. Das Problem ist damit wesentlich größer und struktureller als lediglich Tata Steel.

Zugleich ist das Unternehmen, das derzeit wegen der Lagerung Hunderttausender Tonnen auf seinem Gelände den Boden sanieren

muss, als einziger Produzent der entscheidende Faktor, wenn es um das Totalverbot geht. Für diesen Vorschlag der Partij voor de Dieren (PvdD) sprach sich im Juni 2025 eine Parlamentsmehrheit in Den Haag aus. Beschlossen wurde zunächst aber eine abgeschwächte, zeitlich begrenzte Version. Für ein definitives Aus sollte das RIVM erst nähere Untersuchungen durchführen.

Weil diese im Frühjahr jedoch noch immer nicht begonnen hatten, verlängerte Staatssekretärin Betram die vorübergehende Maßnahme einmalig bis Januar 2027. Die in der Sache gut informierte Regionalzeitung NH Nieuws führt dies auf erheblichen Druck des Konzerns zurück. Anfang August veröffentlichte sie eine Rekonstruktion der „innigen Beziehungen zwischen der Tata-Lobby und dem politischen Den Haag“. Erstere habe den Beamten eingeschärft, ein Totalverbot führe zu einer finanziellen Katastrophe.

Harter Bruch: der industrielle Komplex des Stahlwerks von Tata vor der Dünenlandschaft von Wijk aan Zee
Foto: Robin Utrecht/ANP/imago



Wenn der Preis nicht mal die Produktion deckt

Bäuer*innen weltweit können vom Verkauf ihrer Waren nicht leben. Zivilorganisationen fordern ein EU-Verbot von Dumpingpreisen

Von **Leila van Rinsum**

Nach dem Börsenboom von Kakao Ende 2024 kam der Crash. Von einem Rekordhoch von fast 13.000 US-Dollar für eine Tonne Kakaobohnen fiel der Preis bis Anfang 2026 auf 3.000 US-Dollar. Und während von dem Plus beim Höhenflug nur ein geringer Teil bei den Bäuer*innen angekommen war, spürten sie den Absturz umso mehr. Kakao-Bauer Stevis Owuso aus Berekum in Ghana sagte der Ghana News Agency im April, er könne seine Arztrechnungen nicht bezahlen, nicht mehr für den Unterhalt der Familie aufkommen und sich die Schulgebühren für seine Kinder nicht leisten.

In Ghana regelt die staatliche Behörde Cocobod den Export.

Sie soll die Preise stabilisieren, indem sie die Bohnen von den Bauern zu einem garantierten Preis abnimmt. Nach dem Crash blieb sie auf den teuren Bohnen sitzen und konnte die Bäuer*innen nicht auszahlen. Die Händler kauften den Kakao hingegen zu Preisen, die meist sogar unter den Produktionskosten lagen.

Ob Kakao aus Ghana, Baumwolle aus Indien oder Milch aus Deutschland – dass Bäuer*innen gezwungen sind, ihre Waren billiger zu verkaufen, als sie sie produziert haben, ist weltweit ein gängiges Problem. Während in der EU ein hochsubventioniertes System eingreift, dass Marktkonzentration begünstigt und zu Höfesterben führt, ist die Realität vieler Bäuer*innen im Globalen Süden ein Leben in Ar-

mut. Hinzu kommt: Sie haben wenig Spielraum, um den Ursachen von Ernteausfällen etwa durch Investitionen in Klimaanpassung entgegenzuwirken.

Dabei geht es nicht nur um Nachfrage und Angebot. Vergangene Krisen haben gezeigt, dass eine hohe Marktkonzentration in vielen Bereichen zu einer Übermacht der Lebensmittelhersteller führt, die Profit aus den hohen Preisen schlagen – sei es infolge der Pandemie, Russlands Überfall auf die Ukraine oder zuletzt des Irakkriegs.

In Deutschland kritisierte die Monopolkommission vergangenes Jahr, dass während der Pandemie Abnehmerpreise geringer stiegen als Verbraucherpreise. Sie führte dies auch auf die Marktkonzentration zurück: Hier kontrollieren vier Unternehmensgruppen – Edeka, Rewe, Schwarz (Lidl) und Aldi – rund 85 Prozent des Marktes und damit die Preise.

Mit dem Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetz gibt es seit 2021 eine Regulierung, die unlautere Handelspraktiken verbieten soll, auch wenn sie Lieferanten aus Ländern außerhalb der EU betrifft. Das Gesetz setzt eine entsprechende Richtlinie der EU um und verbietet etwa verspätete Zahlungen oder kurzfristige Stornierungen.

Aber bei der Umsetzung werden wieder die Abhängigkeitsverhältnisse deutlich. Lieferan-

ten können Beschwerde beim Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) einlegen. Seit 2021 sind 21 Beschwerden eingegangen – keine einzige von Lieferanten außerhalb der

„Bäuer*innen müssen in ihre Betriebe investieren können, um nachhaltiger, produktiver und damit zukunftsfähig zu wirtschaften“

Appell der Verbände

EU, teilt das BLE der taz mit. Im Evaluierungsbericht 2025 begründet die Behörde die wenigen Beschwerden mit der „Sorge der betroffenen Lieferanten, dass sich eine Beschwerde bei der Durchsetzungsbehörde negativ auf ihre Lieferbeziehung auswirken könnte“. Viele zögen Beschwerden später zurück.

Einige Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die vor allem kleinere Höfe vertritt, sowie Handelsorganisationen für fairen Handel wie Fairtrade kritisieren eine entscheidende Lücke im Gesetz: Sie fordern ein Verbot von Preisen unter Produktionskosten. Der Vorstoß wird derzeit wieder stärker dis-

kutiert, weil die EU-Kommission die Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken reformieren will. Die Erfahrungen bislang zeigen: Einzelne unfaire Geschäftspraktiken zu verbieten, reicht allein nicht aus, im Kern des Problems steht der Preis.

„Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland, Europa und weltweit müssen von ihrer Arbeit leben können“ und auch Landarbeiter*innen existenzsichernde Löhne zahlen, schreiben die Organisationen in einem Appell. Bäuer*innen müssten zudem in ihre Betriebe investieren können, „um nachhaltiger, produktiver und damit zukunftsfähig zu wirtschaften“.

Auf eine kleine Anfrage der Fraktion der Linken hin verweist die Bundesregierung im Juli auf eine Studie des Thünen-Instituts, die 2023 „keinen nachweisbaren Nutzen für ein solches Verbot feststellen konnte“. Das Institut hatte darin das spanische und italienische Verbot des Einkaufs unter-

halb der Produktionskosten untersucht. Die Bundesregierung folgt stattdessen den Forderungen der großen Verbände, die Verhandlungsposition der Erzeuger in der Wertschöpfungskette zu verbessern.

Die konventionellen Landwirtschaftsverbände, etwa der Deutsche Bauernverband oder die Bundesvereinigung der deutschen Lebensmittelindustrie, lehnen ein Verbot als Eingriff in die „Preissetzungsfreiheit der Vertragsparteien“ ab. Sie fürchten unter anderem „erhebliche bürokratische und administrative Kosten“ und Wettbewerbsnachteile, wenn Produktionskosten offengelegt würden. Auch die Monopolkommission lehnte in ihrem Sondergutachten ein Verbot für Deutschland aus diesen Gründen ab.

„Faire Erzeugerpreise sind die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, hier wie weltweit“, hält Claudia Brück, Vorständin bei Fairtrade Deutschland dagegen.



Trocknende Kakaobohnen bei einem Anbaubetrieb in Ghana
Foto: Joerg Boethling/imago

Anzeige



Wohn- und Ferienheim
Heideruh e.V.
Antifaschistische Erholungs-
und Begegnungsstätte
Ahornweg 45
21244 Buchholz
www.heideruh.de

**Festwochen
100 Jahre Heideruh**

14. August ab 16 Uhr:
Kai & Funky von TON STEINE
SCHERBEN feat. Birte Volta

20. August ab 14 Uhr
Tag der offenen Tür mit Blicken
hinter die Kulissen und gutem Essen



taz  **shop**

Räucherblätter zur Insektenabwehr.

Is ja dufte: Unerwünschte Insekten werden mit für uns wohlriechendem Räucherwerk fern gehalten. Erhältlich in den „Duftnoten“ Kaffee und Eukalyptus&Lavendel mit jeweils 12 Blättern für **8,90 €**

Passend dazu der schicke Räucherstäbchenhalter aus Speckstein für **12,90 €**
Beide Produkte stammen aus Indien und wurden produziert für Weltpartner.

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin
Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen
Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.

ausgewählt · nachhaltig · solidarisch

„Sie werden die Situation ausnutzen“

Kolumbiens vom Erdbeben besonders betroffene Region Chocó leidet seit Langem unter bewaffneten Gruppen. Das könnte sich verschärfen, sagt Juana Corral

Interview Bernd Pickert

taz: Frau Corral, das Erdbeben vom 10. 8. hat vor allem das Departement Chocó getroffen. Warum ist diese Region im Nordwesten Kolumbiens so besonders?

Juana Corral: Es ist eine Region mit sehr prekären Lebensbedingungen, die seit vielen Jahren vom Staat vergessen wurde. Ich hatte im April die Gelegenheit, dorthin zu fahren: Es gibt kein Trinkwasser, der Strom fällt andauernd aus, viele Schulen standen kurz vor dem Einsturz. Es gibt kein Krankenhaus der ersten Versorgungsstufe. Jetzt, nach dem Erdbeben, werden die Verletzten nach Medellín gebracht, weil es kein angemessenes Gesundheitssystem für die Region gibt, und das war schon vorher so. Es handelt sich also um eine Region, die unter der Vernachlässigung durch den Staat und auch unter Rassismus gelitten hat, der diese Region ja schon seit Jahren betrifft.

taz: Die Region ist durch den bewaffneten Konflikt ziemlich stark betroffen. Was bedeutet für den Chocó die Ankündigung des neuen Präsidenten, dass der gesamte Friedensprozess beendet ist?

Corral: Die vom Konflikt betroffenen Gemeinden fordern humanitäre Vereinbarungen, sie wollen nicht weiter unter dem Krieg leiden, unter den Ausgangssperren und Vertreibungen und für sie ist es wichtig, dass die humanitären Vereinbarungen eingehalten werden. Und wenn nun der Präsident de la Espriella sagt, dass er mit keiner Gruppe eine Vereinbarung treffen wird, bedeutet das, dass diese Forderungen der Gemeinden im Sande verlaufen.

taz: Es mag zynisch klingen, aber kann es sein, dass das Erdbeben eine Chance für die Region darstellt, mehr Aufmerksamkeit und mehr Unterstützung zu erhalten – vom Staat oder durch internationale Hilfe?

Corral: Das könnte dann sein, wenn die Situation dazu führt, nachhaltige Strukturen zu schaffen – und nicht nur Dinge zu schicken, die nur für den Moment des Erdbebens gedacht sind. Aber: Die internationale Gemeinschaft war seit langer Zeit in Chocó präsent. Das Ende von USAID und die Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit in der Europäischen Union haben dazu geführt, dass die internationalen Organisationen keine Leute mehr vor Ort entsenden konnten. Das hat direkte Konsequenzen: je weniger Zusammenarbeit vor Ort, desto stärker die Präsenz bewaffneter Gruppen. Das ist besorgniserregend.

taz: Wenn wir uns in drei Monaten wieder treffen und über die Auswirkungen sprechen, die das Erdbeben auf die Entwicklung und die Perspektiven der Region Chocó gehabt hat – was, glauben Sie, werden Sie mir sagen?

Corral: Ich bin keine Hellseherin, aber ich glaube, dass vier Dinge passieren könnten, die mit dem bewaffneten Konflikt zu tun haben. Zum einen gibt es eine ernste humanitäre Lage. Das Interethnische Solidaritätsforum berichtet, dass es im Jahr 2026 in Chocó 26.578 Menschen in abgeriegelten Gebieten und 1.680 Vertreibungen gab.

taz: Was heißt „abgeriegelte Gebiete“?

Corral: Eine bewaffnete Gruppe kommt. Sie legen Tretminen rund um die Siedlung, die Menschen können nicht hinaus. Sie haben keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, es gibt mehr Gewalt gegen Frauen und es wird soziale Kontrolle über die Bevölkerung ausgeübt. Ich denke, dass diese Abriegelungen zunehmen, weil durch das Erdbeben viele Straßen abgeschnitten sind. Zweitens werden die bewaffneten Gruppen wahrscheinlich die Lage ausnutzen, um Zwangsrekrutierungen durchzuführen. Drittens, wie vorhin schon erwähnt: Je weniger internationale Helfer vor Ort sind, desto stärker sind die bewaffneten Gruppen. Und viertens: Ich denke, dass sich die sozioökonomische Lage verschärfen könnte.

taz: Was sollte die internationale Gemeinschaft tun, abgesehen von der Bereitstellung sofortiger Nothilfe?

Corral: Die Gemeinschaften weiterhin politisch unterstützen. Das muss man auch von der deutschen Regierung verlangen.



Juana Corral ist Politologin. Sie ist in Bogotá geboren, lebt seit Anfang der 2000er-Jahre in Deutschland und ist Koordinatorin von Kolkó – Menschenrechte in Kolumbien e. V.

In der Mitte ein kleiner „freier“ Streifen an einem Strand mit Konzessionen im italienischen Santa Severa Foto: Yara Nardi/reuters

Kampf gegen Abzocke an Italiens Stränden

Die Vereinigung Mare Libero kämpft für die eigentlich längst vorgesehenen freien Zugänge der Strände. Bisher vereiteln das lukrative Konzessionen

Aus Rom Michael Braun

„Ein Sonnenschirm, zwei Liegen, macht 40 Euro.“ Diese Worte werden im August Hunderttausende mal gesprochen in den Strandlidos Italiens. Am 15. August – dem „Ferragosto“, den „Ferien des Augustus“, der seinem Volk schon vor 2000 Jahren eine Auszeit verordnete – erreicht Italien Jahr für Jahr den Höhepunkt der Sommersaison. Dann drängen Millionen Einheimische und ausländische Tourist*innen ans Meer. Doch vor dem Sprung ins Wasser heißt es für das Gros von ihnen erst einmal zahlen. Und das nicht zu knapp.

Denn die 40 Euro sind nur der Durchschnittspreis. In schickeren Orten wie Positano an der Amalfiküste ist man schnell mit 90 Euro pro Tag dabei. Die müsste natürlich niemand ausgeben – schließlich gibt es ja auch die freien Strände. Gibt es sie wirklich?

Danilo Ruggiero, Präsident der mittlerweile in ganz Italien aktiven Vereinigung Mare Libero

(Freies Meer), hat da seine Zweifel: „Italiens Strände gehören durchweg dem Staat, doch über die Jahre sind sie per Vergabe der Lido-Konzessionen de facto privatisiert worden.“

Italien hat rund 8.000 Kilometer Küsten, 3.400 Kilometer davon sind Strände. Und auf denen sind mittlerweile gut 11.000 Konzessionäre der *stabilimenti balneari*, der Strandbäder aktiv. „Die verfügen da über ein Huhn, das goldene Eier legt“, sagt Ruggiero. Im Schnitt zahlen sie jährlich zwei Euro Pacht pro Quadratmeter – das bringt dem Staat nur gut 90 Millionen Euro jährlich ein.

Die Saisoneinnahmen eines Lidos dagegen liegen nach konservativen Schätzungen bei 260.000 Euro pro Saison, je zur Hälfte mit der Vermietung von Schirmen und Liegen erwirtschaftet sowie mit Restaurant- und Barbetrieb.

Und die freien Strände? „Die liegen in der Regel an den unattraktiven Ecken, an Flussmündungen etwa oder neben Häfen“, sagt Ruggiero. Oder es gibt sie

gar nicht. Beispiel Rimini. Über Kilometer hinweg reiht sich da ein *stabilimento* ans andere, stehen Tausende Sonnenschirme in Reih und Glied. Badespaß? Nur für zahlende Gäste.

Möglich sei das nur, weil „die Gesetzeslage in Italien schlicht illegal ist“, findet Ruggiero. Ein Gesetz von 1993 sah vor, dass die Betreiber der Lidos ihre Konzessionen alle sechs Jahre automatisch verlängern konnten. Damit war im Jahr 2006 eigentlich Schluss, als die EU die Bolkestein-Richtlinie verabschiedete. Nach der müssen regulär auch Lidos europaweit ausgeschrieben werden.

Italiens Regierungen aber verlängerten quer über die Parteigrenzen die Konzessionen einfach „provisorisch“, weil die Materie angeblich so komplex sei und vor dem Schritt zu Ausschreibungen erst einmal gründlich studiert werden müsse. 2016 erklärte der Europäische Gerichtshof, dann im Jahr 2021 auch Italiens höchstes Verwaltungsgericht, diese Verlängerungs- und Verzögerungspraxis für illegal.



Der „Widerstand“ gegen den Westen wird zur Priorität

Entscheidende Posten im iranischen Militärapparat werden neu besetzt. Sie gelten als Hardliner – und Vertreter des sogenannten revolutionären Geistes

Von Teseo La Marca

Es ist seine wichtigste offizielle Maßnahme bisher als Irans neues Staatsoberhaupt. Modschtaba Chamenei, der Sohn des getöteten vorherigen Obersten Führers Ali Chamenei, soll am Montag sechs entscheidende Posten im Militärbereich neu besetzt haben.

Die ernannten Kommandeure bilden das Rückgrat des iranischen Sicherheits- und Militärapparats. Manche Posten waren seit den israelisch-amerikanischen Angriffen im Frühling vakant, so etwa der Generalstab der iranischen Streitkräfte, dem sowohl die reguläre Armee als auch die Revolutionsgarden untergeordnet sind. Hier rückte nun der Revolutionsgardist Ali Abdollahi nach, der in den letzten Monate die Kommandozentrale der iranischen Streitkräfte, zu der die Armee und die Revolutionsgarden gehören, anführte.

Andere Posten wurden nach der Tötung der letzten Führungsperson vorerst provisorisch durch Nachrücker ersetzt – und zwar in der Reihenfolge, die der frühere iranische Staatschef Ali Chamenei noch festgelegt hatte.

So nahm beispielsweise Ahmad Wahidi die Stelle von Mohammed Pakpur ein, des getöteten Oberbefehlshabers der Revolutionsgarden. Er wurde nun von Modschtaba Chamenei bestätigt.

Im Rahmen der Neubesetzungen wurden außerdem Kiumars Hejdari zum stellvertretenden Generalstabschef der Streitkräfte, Mostafa Isadi wurde zum stellvertretenden Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden berufen. Zudem übernahm Ali Osmaei die Führung der Marine der Revolutionsgarden, während Hossein Taeb an die Spitze der Basidsch-Milizen trat. Heydari und Osmaei stehen unter westlichen Sanktionen.

Erst am Tag zuvor hatte Chamenei den ehemaligen Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden Mohsen Resaei, zum Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats ernannt, dem wichtigsten sicherheitspolitischen Entscheidungsgremium der Islamischen Republik.

Laut Beobachtern zeigen die Neubesetzungen, dass Modschtaba Chamenei, allen Spekulationen rund um seinen Gesundheitszustand zum

Trotz, offenbar noch am Leben ist. Denn sie sollen unmissverständlich seine Handschrift tragen. Zum einen handelt es sich um langjährige Vertraute aus Chameneis persönlichem Umfeld, zum anderen stehen sämtliche neue Führungspersonen für ein klares ideologisches Programm: Kampf gegen den Westen um jeden Preis.

Das Prinzip der „Muqawama“ – des antiimperialistischen Widerstands unter islamisch-iranischer Ägide – scheint wichtigste Priorität des iranischen Regimes unter Modschtaba Chamenei geworden zu sein.

Chamenei verband die Postenvergabe mit einem entsprechenden Aufruf an den neuen Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden, Ahmad Wahidi: Während sich die Truppen auf „schlagkräftige Offensivoperationen gegen den Feind“ vorbereiten sollen, sei es Wahidis Aufgabe, „den revolutionären Geist“ unter den iranischen Streitkräften zu stärken.

Diesen Geist verkörpern sämtliche neue Führungspersonen, die für Kenner der Islamischen Republik in Wirklichkeit keine neuen Gesichter, son-

dern alte Bekannte sind, nämlich radikale Veteranen aus den frühesten Tagen der Islamischen Revolution.

Sie verbinden Erfahrung auf dem Schlachtfeld aus dem Iran-Irak-Krieg mit schiitisch-islamistischer Märtyrerieologie, die den Kampf gegen den Westen zur religiösen Pflicht verklärt. Dieser Kampf hat für das iranische Regime auch eine innenpolitische Dimension. Demnach gelten interne Kritiker als verlängerter Arm des verfeindeten Westens und müssen entsprechend behandelt werden. Das zeigt sich auch daran, wie iranische Regimekräfte am 8. und 9. Januar dieses Jahres Tausende weitgehend unbewaffnete Demonstranten töteten.

Die Ernennung von Hossein Taeb zum Leiter der Basidsch-Miliz, die bei der Niederschlagung von Protesten eine zentrale Rolle spielt, hat vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung. Taeb ist der ehemalige Chef des Geheimdienstes der Revolutionsgarden. Als solcher soll er offenbar das wissende Auge der Geheimdienste direkt mit der Faust der fanatischsten Anhänger der Islamischen Republik verbinden.

Sambias vergiftete Demokratie

Am Donnerstag will sich Sambias Präsident Hakainde Hichilema wiederwählen lassen. Sein einstiger Hauptrivale Edgar Lungu ist tot, das politische Klima extrem angespannt. Sogar pensionierte Generäle warnen jetzt in sorgenvollen Tönen vor den Folgen

Aus Lusaka **Arnold Mulenga**

Im südlichen Afrika ist es aktuell eher kühl, aber die politische Temperatur in Sambia vor der entscheidenden Wahl an diesem Donnerstag ist am Siedepunkt, Gewalt, gegenseitige Fälschungsvorwürfe, ethnische Hassrede und Vorwürfe des Autoritarismus kennzeichnen den Wahlkampf, der jetzt mit der Neuwahl des Präsidenten und des Parlaments zu Ende geht. Und besondere Aufmerksamkeit in einem der wenigen Länder Afrikas, das noch nie unter längerer Militärherrschaft stand, erregen jetzt öffentliche Äußerungen dienender und pensionierter Militärangehörige, die das vergiftete Klima geißeln.

„Wie verurteilen entschieden und eindeutig jede Form politischer Gewalt, unabhängig von ihren Urhebern“, lautet eine Erklärung mehrerer pensionierter hoher Generäle zur Schlussphase eines schmutzigen Wahlkampfs. „Kein Sambier sollte für die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Grundrechte Einschüchterung, Verletzung oder Tod erleiden. Menschenleben sind heilig und müssen jederzeit geschützt bleiben.“

„Wenn pensionierte Militärangehörige aus den Schatten heraustreten, um innenpolitische Reibungen öffentlich zu kommentieren, deutet das auf eine tief sitzende Sorge in der Elite um die Stabilität hin“, sagt der politische Analyst Brian Polombwe in der Hauptstadt Lusaka. Zuvor waren aus Sambias Sicherheitsapparat Warnungen gegen den Missbrauch von künstlicher Intelligenz und sozialen Medien im Wahlkampf ergangen. Deepfakes, gefälschte Videos und manipulierte Onlineveröffentlichungen seien verbreitet und würden Politiker diffamieren, Sicherheitskräfte aufhetzen und den Frieden gefährden.

Für Polombwe steht nicht weniger als die nationale Sicherheit auf dem Spiel. Er sieht zwar keinen drohenden Militärputsch, wie ihn in den vergangenen Jahren mehrere afrikanische Länder erlebt haben – in Sambia wurden 1990 und 1997 Putschversuche schnell niedergeschlagen, seitdem ist das Land politisch stabil. „Die Intervention der pensionierten Generäle ist ein politisches Stresssymptom“, sagt er aber. „Es ist kein Vorläufer einer Machtübernahme des Militärs, sondern ein Feueralarm, der die Zivilisten wachrütteln soll.“

Auf jeden Fall ist dies Sambia angespannteste Wahl seit dem Ende des Einparteiensys-

tems 1991. Der 2021 erstmals gewählte 64-jährige Präsident Hakainde Hichilema von der UPND (United Party for National Development) will sich wiederwählen lassen und sieht sich einem Bündnis der meisten Oppositionsparteien Tonse Alliance („Tonse“ heißt Koalition) gegenüber, die mit dem 55-jährigen Brian Mundubile als Spitzenkandidat antritt.

Es gibt Vorwürfe des Stimmenkaufs, und im Wahlkampf hat es Tote gegeben, wofür die Opposition Unterstützer der Regierungspartei verantwortlich macht. So wurde Anfang August der Autokonvoi von Oppositionskandidat Mundubile im Westen des Landes gestürmt und mehrere Oppositionspolitiker verletzt. Die Opposition machte die UPND verantwortlich, Hichilema verurteilte die Gewalt.

Der jüngste Vorfall war die Ermordung des prominenten Geschäftsmannes Stelios Shula Sardanis am vergangenen Wochenende. Der griechischstämmige 64-jährige wurde am frühen Sonntagmorgen in seinem Haus auf dem bekannten Tourismusressort Chaminuka Lodge von 15 Bewaffneten überfallen und starb auf dem Weg ins

lizeigewahrsam in einem Auto ohne Kennzeichnung an einen unbekannten Ort verschleppt wurde. „Als Familienangehörige hinterherfahren wollten, wurden sie mit Festnahme bedroht“, so die Erklärung der Angehörigen. Findlay benötigte medizinische Behandlung. Die UPND weist alle Vorwürfe zurück. „Die politische Gewalt, von der die Tonse-Gruppe spricht, ist bloßes Gerede“, erklärt die Regierungspartei. „Sie existiert nicht.“

Das angespannte Klima dürfte sich auf den Wahltag übertragen. Die Opposition vermutet, dass die Wahlkommission nicht neutral arbeiten wird. Laut den Wahlregeln müssen die Wahlzettel mit einem Kreuz („X“) markiert werden. Sind damit Wahlzettel ungültig, wenn stattdessen ein Haken („“) gesetzt wird?

Es genüge, wenn der Wählerwille eindeutig ausgedrückt sei und dabei die Identität des Wählenden geheim bleibe, erklärte jetzt der oberste Wahlleiter Brown Kasaro. „Das Gesetz schreibt nicht vor, dass ein Kreuz die einzige zulässige Markierung ist“, sagte er. „Die Wähler sollen den Stimmzettel ankreuzen, aber die Abwesenheit eines Kreuzes macht einen Stimmzet-

nach Sambia gebracht und mit Wählerkarten ausgestattet worden, behauptete Tonse-Generalsekretärin Celestine Mukandila vergangene Woche vor Journalisten. „Wir bleiben wachsam und wollen den demokratischen Prozess schützen“, warnte sie.

Zugleich beschwerte sie sich, dass drei Tonse-Mitglieder bei der Rückkehr von einem Sicherheitstraining in Russland verschleppt worden seien. Sicherheitsbeamte hätten Gideon Kalopa, Victor Mzuzymbva und Dickson Tembo bei der Landung am Flughafen Lusaka weggebracht. Die UPND nannte die Anschuldigungen „Verschwörungstheorien“, die davon ablenken sollten, dass die Opposition nicht begründen könne, warum man sie wählen sollte.

Die Wahl findet in einem Klima des politischen Wandels statt, das schon in mehreren Ländern des südlichen Afrikas Regierungsparteien hinweggefegt oder zumindest in starke Bedrängnis gebracht hat. Präsident Hichilema wurde 2021 bei seiner sechsten Präsidentschaftskandidatur gewählt, er ist Sambias siebter Präsident seit der Unabhängigkeit 1964 – und er gilt als reichster Mensch des Landes.

In seiner Amtszeit hat sich der ehemalige Unternehmer auf Strukturereformen konzentriert, die die Wirtschaft stärken und damit soziale Entwicklung ermöglichen sollen. Er hat in Verhandlungen über 6 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden umschulden oder streichen können und dem Land damit 5,8 Milliarden US-Dollar fällige Schuldendienstzahlungen erspart. Für das laufende Jahr prognostiziert der IWF ein Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent nach Negativwachstum bei Hichilemas Amtsübernahme, die Inflationsrate ist von 22 auf unter 10 Prozent zurückgegangen.

Sambias Wirtschaft, stark vom Kupferexport abhängig, diversifiziert sich, die früher ständigen Stromausfälle werden seltener. Schulgebühren wurden abgeschafft, womit die Zahl der beschulten Kinder um 2,5 Millionen steigen konnte und auch Tausende neue Lehrerarbeitsplätze entstanden. Auch für Studierende gibt es Verbesserungen, etwa mehr Förderungen und die Wiedereinführung gestrichener Essensbeihilfen. Außerdem setzt die Regierung auf Digitalisierung.

All das soll Hichilema die Wiederwahl bringen, hofft er jedenfalls. Auf der UPND-Abschlusskundgebung in Lusaka sagte er,

seine Regierung habe in der zu Ende gehenden fünfjährigen Amtszeit eine Million Arbeitsplätze geschaffen. Sein regionaler Wahlkampfleiter Spiki Mulemwa rief: „Deswegen rufen wir die Sambier dazu auf, sich hinter seine Führung zu scharen und ihn wiederzuwählen, weil er sich der Förderung des Wohlergehens der Bürger im ganzen Land verschrieben hat.“

Doch Hichilemas lang anhaltende Fehde mit seinem Vorgänger Edgar Lungu, den er bei den

ist nun Tonse-Vizepräsidentschaftskandidat.

Obwohl Lungus Familie sich durchsetzen konnte, was den Umgang mit dem toten Edgar Lungu angeht, ist dieser bis heute nicht beerdigt worden. Der Verdacht besteht, dass der Tote im Falle eines Wahlsieges der Opposition in Sambia doch noch in seine Heimat zurückkehren könnte. Der Familie geht es vor allem darum, dass Hichilema nicht dabei ist, wenn Lungu beerdigt wird.

Der Historiker Sishuwa Sishuwa weist darauf hin, dass Präsident Hichilema sich seit seiner Wahl 2021 mehrmals merkwürdig benommen hat. Er weigert sich, im Präsidentenamtssitz State House zu wohnen wie alle seine Vorgänger, angeblich weil er an Hexerei glaubt. Stattdessen pendelt er jeden Tag. Dass Hichilema über ein Jahr lang den Willen der Familie seines Vorgängers nach dessen Tod missachtet habe, sei „bizarrr und gegen die afrikanische Kultur“, so Sishuwa. „Das nährt bloß die Wahrnehmung, dass Hichilema abergläubisch ist und es als lebensgefährliche Bedrohung für sich selbst sieht, wenn er nicht die Kontrolle über den Leichnam seines Vorgängers behält.“

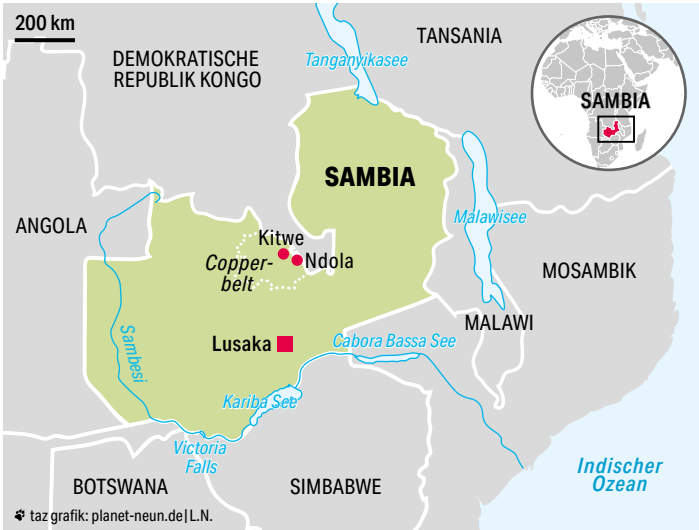
Kritiker werfen Hichilema auch zunehmendem Autoritarismus vor. So feuerte er Verfassungsrichter, die ihm während seiner Zeit in der Opposition nicht wohlgesonnen waren. Seine Gesetze gegen Cyberkriminalität erschweren Kritik. Im November 2025 sah er sich erstmals größeren Protesten unzufriedener Jugendlicher ausgesetzt.

Tonse-Präsidentschaftskandidat Mundubile konzentriert seinen Wahlkampf nun auf die angebliche Notwendigkeit, Sambias Demokratie zu retten, und auf eine Politik, die die Armen – vor allem im Bergbaug Gebiet Copperbelt entlang der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo – stärker in den Fokus nimmt. „Sambia gehört uns allen“, sagte der 55-jährige Jurist auf einer Kundgebung. „Wir können Entführungen, Einschüchterung und den Einsatz bewaffneter Männer gegen Bürger nicht hinnehmen.“

Insgesamt treten 14 Präsidentschaftskandidaten an. Über 8,7 Millionen Wahlberechtigte sind registriert, bei einer Gesamtbevölkerung von 22,5 Millionen Menschen eher wenig, aber deutlich mehr als die 7 Millionen vor fünf Jahren. Fast die Hälfte von ihnen sind Jugendliche, die entweder im informellen Sektor tätig oder arbeitslos sind.



Anhänger des amtierenden Präsidenten Hakainde Hichilema in Lusaka am 10. August Foto: Anita Reed/ap



Krankenhaus. Oppositionelle sagen, er wurde getötet, weil er den UPND-Dissidenten Gary Nkombo unterstützte – Sambias ehemaliger Minister für ländliche Entwicklung, der 2025 mit dem Präsidenten brach und nun als Unabhängiger für das Parlament kandidiert.

Ein weiterer Geschäftsmann, Valden Harry Findlay, befindet sich seit einer Woche ohne Anklage in Haft, angeblich, weil er den Wahlkampf der Opposition finanziert. Seine Familie wandte sich an die Öffentlichkeit, nachdem er am Montag aus dem Po-

tel nicht an sich ungültig. Was zählt, ist, dass der Wählerwille klar ist und der Wahlzettel die Anforderungen an seine Gültigkeit erfüllt.“ Dennoch zirkulieren Warnungen davor, auf den Zetteln lediglich Häkchen zu setzen. „Jedes andere Zeichen als ein Kreuz macht den Stimmzettel ungültig“, behauptet der Akademiker Sishuwa Sishuwa. „Das ist die Rechtslage.“ Man darf gespannt sein.

Die Tonse-Opposition wirft der Regierungspartei schon vor der Wahl Manipulation vor. Angolaner und Kongolesen seien



debatte

Brandmauer gegen links

Linke Gewaltromantik schadet dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie spielt denen in die Hände, die die wahren Feinde der Demokratie links ansiedeln

Ulf Poschardt ist einer der wirksamsten publizistischen Demokratiegefährder der Republik. In seinem *Welt*-Kommentar vom 6.7.2026 mit Rio-Reiser-Anspielung „Es ist vorbei, bye, bye, Antifa!“ zum AfD-Parteitag in Erfurt nutzt er linke Gewalt gegen Journalist:innen rechtspopulistischer Medien, um Zivilgesellschaft zu dämonisieren: antirassistische Initiativen, Gewerkschaften, NGOs, kritische Medien, Faktenchecker – sowie SPD, Grüne und Linkspartei als ihre politischen Stützen.

Wer politische Gegner körperlich bestraft, schützt niemanden vor Faschismus

Poschardt fantasiert – anschlussfähig an Rechtsextremist:innen – eine wirtschaftlich-kulturelle Zerstörung der Republik durch „linksliberale Verlierer“ und „Shitbürger“ herbei. Aber militante Linke haben ihm erneut die Vorlage geliefert – und damit all denjenigen, die die wahren Feinde der Demokratie links ansiedeln. Ausgerechnet jetzt, da Sachsen-Anhalt das erste rechtsextremistische Versuchslabor der Republik werden könnte.

Daraus wird eine toxische Dreieckslage: reale Gefahr durch Rechtsextremist:innen, publizistische Stützung durch Pseudoliberale, Steilvorlagen von links außen. Die Brandmauer gegen Rechtsextremismus ist alternativlos. Die AfD lässt sich nicht durch Duldung, Kooperation oder eine Kopie ihrer Migrations- und Kulturkampfpolitik schwächen. Studien zeigen: Wenn demokratische Parteien rechtsextreme Positionen übernehmen, normalisieren sie diese – und stärken das Original.

Der antifaschistische Schutzwall braucht jedoch ein linkes Pendant. Nicht gegen die Lehramtsstudentin Lisa Poettinger: Ihre Kritik an Profitmaximierung ist vom Grundgesetz gedeckt und ihr Ausschluss vom bayerischen Referendariat absurd. Die Grenze von legitimem Aktivismus liegt dort, wo ziviler Ungehorsam in Einschüchterung, Selbstjustiz oder Gewalt gegen politische Gegner kippt – und erst recht dort, wo Unbeteiligte leiden. Wie im Fall der ehemaligen RAF-Aktivistin Daniela Klette: bewaffnete Raubüberfälle, traumatisierte Opfer – und ein Solidaritätsmilieu, das Terrorgeschichte noch immer zu revolutionärem Widerstand verklärt. Oder Lina E.: Wegen Selbstjustiz an Neonazis zu über fünf Jahren verurteilt, aber wegen guter Führung und glaubhafter „Lossagung“ von Gewalt nach zwei Dritteln der Strafe entlassen. Politisch zeigen beide Fälle, wie Szeneloyalität innerlinke Aufarbeitung blockiert.

Die doppelte Brandmauer ist kein Hufeisen. Linksextreme Gleichheitsutopien jenseits von Stalinismus haben Schnittmengen mit Demokratie und Grundgesetz; rechtsextreme Ungleichwertigkeitsvorstellungen nie, selbst wenn sie gewaltfrei bleiben. Demokratiefeindlich wird Linksextremismus dort, wo er Pluralismus,

Rechtsstaat und Mehrheiten durch Gewalt, Wahrheitsmonopol oder Erziehungsdiktatur ersetzt. Die größere Bedrohung der Demokratie kommt von rechts; Verfassungsschutzberichte und BKA-Zahlen stützen diese Asymmetrie. Aber lässt sich daraus ein Recht auf gewaltförmigen Widerstand in Demokratien ableiten?

Die Black Panthers zeigen die Ambivalenz von Militanz und Demokratisierung: Sie entstanden unter rassistischer Segregation und systematischer Polizeigewalt. Produktiv waren nicht Strafaktionen gegen politische Gegner, sondern Selbstschutz und soziale Infrastruktur: Polizeibeobachtung, Frühstücksprogramme, Rechtsberatung, politische Bildung. Der Hauptbefund der Protestforschung lautet: Wo Wahlen, Gerichte, Öffentlichkeit, Versammlungsfreiheit und legale Opposition noch real funktionieren, verringern gewaltförmige Taktiken oft Unterstützung, erleichtern Repression und beschädigen legitime Anliegen. Radikale Flügel können Moderate manchmal stärken; Gewalt selbst baut aber keine demokratische Mehrheitsmacht. Hingegen beteiligen gewaltfreie Bewegungen mehr Menschen und verändern eher Institutionen.

Marx’ Revolutionsmodell lässt sich auf moderne Demokratien nicht übertragen. Es gibt kein einheitliches revolutionäres Subjekt, keine homogene Mehrheit, die nur von falschem Bewusstsein befreit werden müsste. Militante Linke verweisen auf reale, dringliche Krisen: Klimawandel, wachsende Ungleichheit, rechtsextremistische Aushöhlung der Demokratie. Und da die aus Expert:innensicht nötigen Maßnahmen zurzeit keine gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten bekommen, erscheint ihnen Gewalt als legitime Notwehrstrategie.

Notwehr gegen rechtsextremistische Angriffe ist legitim und legal. Gewaltförmiger politischer Widerstand wird aber erst dort legitimierbar, wo demokratische Strukturen systematisch beseitigt werden und andere Abhilfe nicht mehr möglich ist. Solange demokratische Institutionen noch tragen, bedeutet politische Gewalt fast immer, dass eine Minderheit sich über den Mehrheitswillen hinwegsetzt. Sie produziert so keine Aufklärung, sondern die sektenartige Selbstbestätigung einer Avantgarde des objektiven Interesses. So verliert sie den Anschluss an die Gesellschaft, die sie aus guten Gründen verändern will.

Wer politische Gegner körperlich bestraft, schützt niemanden vor Faschismus. Er verwandelt Täter in Opferfiguren, stärkt rechte Trotzmilieus und macht demokratischen Antifaschismus angreifbar. Faschismus bekämpfen heißt: bedrohte Menschen schützen, antidemokratische Netzwerke offenlegen, Institutionen verteidigen, pseudoliberale Steigbügelhalter enttarnen, mühsam Mehrheiten gewinnen.

Dazu muss die demokratische Linke mit linker Gewaltromantik brechen – so eindeutig, wie sie zu Recht von Konservativen die Abgrenzung vom Rechtsextremismus verlangt. Antifaschismus wird nicht stärker, wenn er nach alter RAF-Manier den Ausnahmezustand vorwegnimmt, auf den der Faschismus abzielt. Leider kann das neue Lied von Danger Dan genau so gelesen werden, zumal er darin Lina E. explizit grüßt.



Andreas Petrik ist Professor für Politikdidaktik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).



Wetten, die Demokratie gewinnt? Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

Hinweis der Redaktion: In der Ausgabe vom 7. August ist unter dem Namen von Andreas Petrik aus Versehen ein Text einer anderen Autorin erschienen. Wir bitten dafür um Entschuldigung.

Barbara Dribbusch über die „Frühstartrente“ für Kinder

Omas Sparschwein 2.0

Früher lief die Sache mit dem Sparen so: Oma schenkte ein Sparschwein zum Geburtstag und steckte, um die Kleine an das Geld und an die Sparsamkeit heranzuführen, 3 Mark in das Schweinderl. Wenn das Kind jetzt jede Woche vom Taschengeld etwas abknapsen und in das Tierchen stecken würde, dann hätte man irgendwann mal so viel Geld zusammen, um sich die große gelbe Schwimmente zu kaufen. So weit die Erinnerung der Boomerin. Das Sparschwein von heute heißt: „Frühstartrente“. Und die Oma sieht aus, als hätte sie sich als Lars Klingbeil verkleidet.

Der am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf zur „Frühstartrente“ sieht vor, dass der Staat im Monat 10 Euro auf das Konto aller Sechsjährigen einzahlt, bis zum 18. Lebensjahr. Jedenfalls dann, wenn die Eltern ein entsprechendes Altersvorsorgedepot bei einer Bank eröffnen. Mit der milden Gabe soll die „finanzielle Bildung“ gefördert werden, „indem schon Kinder und Jugendliche sich mit Fragen der Vorsorge beschäftigen“, erklärt Bundesfinanzminister Klingbeil. Dem-

nächst könnte die Bundesregierung eine Art Monopoly mit dem Thema „Sparen fürs Alter“ herausbringen. Wer nicht geschickt agiert oder wen das Würfelglück beziehungsweise Investitionsglück verlässt, für den heißt es: „Gehen Sie zurück auf Los!“

Ein wenig Geld an die Kleinen zu verteilen, auf dass sie oder ihre Eltern an die Finanzmärkte herangeführt werden, wirkt ein wenig aus der Zeit gefallen. Denn die 10 Euro fließen unterschiedslos, also auch an reiche Kinder mit Erbschaftserwartung, deren Eltern sich mit Investments gut auskennen. Und die Armen könnten mit den 10 Euro im Monat nicht die Streichung des Sofortzuschlags von 25 Euro im Monat kompensieren, den ebendiese Bundesregierung aktuell für Hunderttausende Kinder und Jugendliche plant.

Dass man mit sechs Jahren nicht für eine Schwimmente, eine spätere Ausbildung, oder einen Immobilienerwerb bei der Familiengründung, sondern fürs Alter sparen soll, zeigt überdies eine bedrückende Wahrheit: Aus dem kollektiven Sicherungssystem ist in Zukunft nicht mehr viel zu erwarten.

Simone Schmollack über Geschichtsbildung zur DDR

Ladet Zeitzeugen ein!

Die DDR war ein demokratisches Land. Nee, die war doch so schlimm wie Nazideutschland. Und die Stasi? War die nicht so was Ähnliches wie die Gestapo? In etwa solche Antworten bekommt man, spricht man heute mit jungen Menschen über die DDR. Egal, ob in Kaiserslautern in Rheinland-Pfalz oder im brandenburgischen Pritzwalk.

Wobei der Blick der Jüngeren im Osten in den vergangenen Jahren verstärkt geprägt ist durch die Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern, von denen manche nach und nach gefährlich ostalgisch werden. Kurz und gut: Das Wissen jüngerer Menschen über einen der wichtigsten Teile jüngster deutscher Geschichte ist mangelhaft bis gar nicht vorhanden.

Der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke ist deshalb für ihre Idee zu danken, Schüler:innen für mindestens einen Besuch in eine DDR-Gedenkstätte zu schicken. Mittlerweile gibt es genug Orte, die die DDR bildhaft und differenziert beschreiben – von Poliklinken und Kita-Plätzen für alle über Meinungs- und Rei-

sebeschränkungen für die allermeisten bis hin zu Stasi-Gefängnissen für jene, die am heftigsten aufmuckten.

Die DDR-Diktatur sollte im Geschichtsunterricht einen ebenso starken Raum einnehmen wie die Historie der Bundesrepublik. Am besten laden sich Lehrkräfte dafür kluge, ausgewogene Zeitzeugen ein, sie können am besten die unterschiedlichen Facetten des Alltags zwischen Ahrenshoop und Zittau beschreiben. Klischees, Stereotype und Vorurteile existieren schon genug. Und die können politische Haltungen sowie extreme bis extremistische Fehleinschätzungen bewirken.

Ein intensiverer Geschichtsunterricht garantiert zwar nicht in jedem Fall ein besseres Geschichtsverständnis. Aber er sollte mindestens dafür sorgen, die Gegenwart klarer einordnen zu können.

So wie die DDR weder Sozialparadies noch ausschließlich Unrechtsstaat war, ist die heutige Bundesrepublik nicht mehr das Wirtschaftswunder der 1960er Jahre, aber auch (noch) kein *failed state*.

Bernward Janzing über Offshore-Windkraft

Ohne Förderung geht es nicht

Es ist eine Blockade mit Ansage. Unternehmen, die sich in den deutschen Seegebieten bei Auktionen Flächen zum Bau von Offshore-Windparks gesichert haben, dürfen sie bei Zweifeln an der Rentabilität bisher nicht wieder zurückgeben. Auch die Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes, das nun als Entwurf vorliegt, will daran nichts ändern.

Nun sollte man den Unternehmen den Rückzug in der Tat nicht zu einfach machen, Verbindlichkeit ist nötig. Aber wenn ein Investor kalte Füße kriegt, warum ermöglicht man ihm dann nicht unter Auflagen, die betreffende Seefläche aufzugeben, damit sie in einer nächsten Auktion erneut vergeben werden kann? Konkrete Fälle wurden schon bekannt. Im Mai sickerte durch, dass die Konzerne TotalEnergies und BP mit der Umsetzung geplanter Projekte hadern. Überraschend ist das nicht: Seit die Unternehmen ihre Zuschläge erhielten, hat sich der Markt stark verändert – die Anlagenpreise und die Zinsen sind nach dem Ende der Niedrigzinsphase deutlich gestiegen.

Hinzu kommt, dass schwerer zu prognostizieren ist, wie sich die Erlöse am

Strommarkt entwickeln. Denn nicht nur die Windkraftanlagen machen sich gegenseitig die Preise kaputt, weil immer dann, wenn viel Wind weht, der Strompreis im Großhandel verfällt. Auch negative Börsenpreise, die von der Photovoltaik verursacht werden, führen zunehmend zu Mindererlösen bei der Windkraft.

Wer Flächen ersteigert hat, die er aufgrund veränderter Rahmenbedingungen zu den damals vereinbarten Konditionen nicht mehr nutzen kann, sollte sie deshalb auch wieder zurückgeben können – für andere Investoren. Die könnten dann aufgrund des neuen Ausschreibungsmodells auf die vermutlich attraktiveren Differenzverträge zurückgreifen und wären damit anders abgesichert als die bisherigen Investoren. Aus Sicht der Energiewende wäre das ein sinnvoller Schritt.

Doch das Konzept hat zwei Seiten. Die Differenzverträge senden ein Signal, das die Branche gern vermeiden hätte: Von einer Finanzierung am Markt ist Offshore-Windkraft weiter entfernt als erhofft. So viel Ehrlichkeit muss dann auch sein.

talkshow

„Bild“ will Becken

Ein Verein der Schwarzen Community reserviert das Berliner Volksbad einen Mittag. Die Springerpresse nennt das Diskriminierung von Weißen. Das ist – gerade im Wahlkampf – nichts als Hetze

von Clara Dünkler

Es ist der Aufreger der Stunde bei Bild, Welt, Nius und Co: Diskriminierung im Schwimmbad. Untypische Themensetzung, könnte man denken, aber nein, besagte Medien haben natürlich ihren eigenen Zugang gefunden. Sie werfen den Betreibern eines öffentlichen Schwimmbeckens in Berlin vor, Menschen aufgrund ihrer weißen Hautfarbe auszuschließen. Was dahinter steckt? Eine rechte Medienkampagne.

Die wichtigsten Zutaten hierfür sind: eine große Portion vermeintliche Verschwendung von Steuergeldern, Schimpfen auf ein angebliches Elitenprojekt, die Verdrehung von linken Argumenten und zu guter Letzt eine kleine Prise Wahrheit. Dabei ist darauf zu achten, dass diese feinst säuberlich aus dem richtigen Kontext entfernt wird.

Hintergrund der Kampagne ist das Projekt der Berliner Volksbühne. Anlässlich der neuen Intendanz von Matthias Lilienthal gibt es in der Sommerpause statt Bühne ein Becken. Das riesige Schwimmbecken ist von August bis Anfang Oktober mitten in Berlin vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz aufgebaut. Eintritt frei – nur Zeitslots müssen gebucht werden.

An den meisten Tagen kann kommen, wer es schafft, einen dieser Slots zu buchen. An manchen Tagen sind allerdings einige Stunden für Vereine reserviert, die sich in der einen oder anderen Weise für ein offenes Berlin engagieren.

Einer davon ist der Verein Each One Teach One (Eoto). Am kommenden Freitag sind die Schwimmbahnen für einige Stunden nur für den Verein vorgesehen. Wer kommen will, muss sich über diesen anmelden. Theoretisch kann das jede:R machen, das Event ist aber speziell für Menschen aus der Schwarzen Community gedacht.

Eoto setzt sich für die Interessen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland und Europa ein. Gestartet als Kiez-Bibliothek im Berliner Stadtteil Wedding bietet der Verein mittlerweile auch Workshops und Seminare an. Ein Ort, an dem Menschen der Schwarzen Community sich austauschen und unterstützen können.

Der Verein wird unter anderem vom Bundesprogramm Demokratie leben! gefördert. Allein das dürfte die rechte Medienblase provoziert haben, an dem geplanten Badespaß Anstoß zu nehmen. Die AfD nimmt dankend an, was die Springerpresse ihnen so willig auf dem Tablett serviert. So postete die Partei in den sozialen Medien ein KI-generiertes Bild mit dem Titel „Rassentrennung auf Staatskosten“. Darauf Schwarze Menschen, die Spaß im Volksbad haben. Schlimmeres scheint sich die AfD nicht ausmalen zu können.

Nicht nur AfD, auch die CDU springt auf. Die Berliner CDU-Bezirksverordnete in Berlin-Pankow, Aileen Weibeler, postet ein Reel dazu auf Instagram. Darin beschwert sie sich, dass sie ihre Pläne, am Freitag ins Volksbad zu gehen, än-

dern muss. Und das nur aufgrund ihrer Hautfarbe. Stimmung machen, egal wie – es ist schließlich Wahlkampf in Berlin.

Bei der Aktion von Eoto geht es nicht darum, weiße Menschen auszuschließen, selbst, wenn sich diese offenbar kaum vorstellen können, dass es einmal nicht um sie geht. Sondern darum, einen sicheren Ort für Menschen der Schwarzen Community zu schaffen. Viel zu oft gehören öffentliche Orte, wie auch Schwimmbäder, nicht dazu.

Einmal einen Nachmittag Schwimmspaß einer von strukturellem Rassismus und ständiger Diskriminierung betroffenen Community zu überlassen, ist nicht zu viel verlangt. Die rechten Medien sehen darin aber einen Angriff auf die freie Gesellschaft. Es wird argumentiert, dass damit das „Volks“-Bad seinen Zweck verfehle, da nicht das ganze Volk baden könne. Ausdruck einer freien und offenen Gesellschaft ist aber gerade das: Die Gruppen zu unterstützen, die benachteiligt sind.

Zumal weitere Termine exklusiv für andere Vereine und Gruppen reserviert sind. Beispielsweise für den Streetworkerverein Gangway, der sich um obdachlose Jugendliche und Erwachsene kümmert. Da erkennt allerdings niemand eine Diskriminierung von Nicht-Streetworker:innen. Einmal bleibt das Bad auch ganz zu, um den Verein Flussbadberlin zu unterstützen, der sich für den Spreekanal einsetzt. Das erwähnen aber weder Bild, Welt noch Nius in ihrer Berichterstattung. Es eignet sich wohl schlechter als Kampagne.

Kein Erzfeind, sondern Busenfreund

Vor 10 Monaten explodierte eine Bombe vor dem Haus des italienischen Investigativjournalisten Sigfrido Ranucci. Nun wurde ein mutmaßlicher Auftraggeber festgenommen

Aus Rom **Michael Braun**

War es die Camorra? Waren es in Rom aktive albanische Mafiosi? Kaum war am 16. Oktober 2025 eine Bombe vor dem Haus des prominenten Investigativjournalisten Sigfrido Ranucci explodiert, schossen die Spekulationen ins Kraut.

Schließlich hat der 65-jährige Ranucci, seit neun Jahren Moderator und Chefredakteur der auf dem Staatssender RAI ausgestrahlten Sendung „Report“, sich im Laufe seiner Karriere viele Feinde gemacht, in der Politik – besonders verhasst ist er dort den Postfaschisten der Partei Giorgia Melonis, Fratelli d'Italia –, in der Wirtschaft, aber auch bei diversen mafiösen Organisationen, denen sich „Report“ regelmäßig widmete.

Hunderte Menschen versammelten sich am Tag nach dem Anschlag vor Ranuccis Haus, um ihm ihre Solidarität zu versichern. Und Solidaritätsadressen hagelte es aus allen Richtungen, aus der RAI selbst, aus den Journalistenverbänden, aus den Parteien, ja selbst von Ministerpräsidentin Meloni.

Doch wie es jetzt scheint, steckt hinter der Bombe, die zwei Autos der Familie Ranucci zerstörte, gar kein Erzfeind, sondern ein Busenfreund. Der Mann heißt Valter Lavitola, er betrieb zuletzt ein gehobenes Restaurant in Rom, das Bistrotto Cefalù, in dem Ranucci zwei, dreimal im Monat einkehrte, um gemeinsam mit dem Inhaber guten Fisch und Meeresfrüchte zu verspeisen.

Erstmals zeichnete sich die Wende in dem Fall schon Ende Juni ab. Damals ließ die Staatsanwaltschaft Rom drei Männer und eine Frau verhaften, die den Anschlag durchgeführt haben sollen. Die vier stammen aus der Camorra-Region Kampanien, und einige von ihnen sollen auch Camorra-Kontakte haben. In Wirklichkeit aber führte die Spur in eine ganz andere Richtung.

Die vier nämlich sollen von dem Kameruner Gomes Clesio Tavares für die Tat angeheuert worden sein. Der wiederum ist seit Jahren die rechte Hand von Lavitola – und die beiden haben sich im Knast kennengelernt.

Nach der Verhaftung der vier Tatverdächtigen versicherte Ranucci, er könne sich partout nicht vorstellen, dass Lavitola, der damals schon als möglicher Auftraggeber genannt wurde, hinter dem Anschlag stecke. Letzterer wiederum spekulierte in zahlreichen Interviews über die „wah-



ren“ Auftraggeber, aus der Mafia oder sonst woher.

Am Montag aber wurde Lavitola in Haft genommen und ein weiterer Haftbefehl gegen Tavares, der sich gegenwärtig in Kamerun befindet, ausgestellt. Und die von der Untersuchungsrichterin niedergelegte Begründung der Haftbefehle erzählt die irre Geschichte einer völlig aus dem Gleis geratenen Freundschaft – in der auch die Bombe offenbar als Freundschaftsdienst gemeint war.

Irre Geschichten hat der 60-jährige Lavitola allerdings in den letzten Jahrzehnten immer wieder geschrieben. Zunächst machte er damit auf sich aufmerksam, dass er im Jahr 1996 nach dem Niedergang der Sozialistischen Partei deren früher glorioches Parteiorgan *L'Avanti!* übernahm. Diese Tageszeitung las zwar niemand mehr – doch Lavitola türkte über Jahre hinweg die Auflagezahlen und strich so bis 2009 insgesamt 23 Millionen Euro an staatlicher Presseförderung ein, die ihm allerdings auch seine erste Haftstrafe von 3 Jahren und 8 Monaten eintrugen.

Den *L'Avanti!* nutzte Lavitola auch, um mit Gianfranco Fini einen Gegenspieler Silvio Berlusconi im Rechtslager zu Fall zu bringen: Lavitola veröffentlichte im Jahr 2010 Papiere aus dem karibischen Saint Lucia, die offenlegten, wie Finis Familie sich an einem Immobiliendeal bereichert hatte. Berlusconi zu Diensten war der Journalist auch im Jahr 2007 gewesen, als er für 3 Millionen Euro einen Senator des Mitte-links-Bündnisses zum Frontwechsel bewegte und so die Mitte-links-Regierung unter Romano Prodi zu Fall brachte.

Treu an der Seite Berlusconis: Dies war damals sein Motto. Doch von seinem Chef verlangte er dann 5 Millionen Euro, als Schweigegeld rund um die Bunga-Bunga-Sexgeschichten. Deshalb gab es wegen versuchter Erpressung eine erneute Verurteilung zu 2 Jahren und 8 Monaten.

Insgesamt viereinhalb Jahre saß er ab – und widmete sich dann dem Restaurantgewerbe. Damals erst lernte er Ranucci kennen. Der wiederum war ursprünglich an Lavitola vor allem als „Quelle“ inter-

essiert. Heute sagt Ranucci denn auch, es habe sich um eine „interessierte Freundschaft“ gehandelt. Zugleich aber erklärt er, die zwei hätten sich auch im Familienkreis getroffen.

Eines darf als sicher gelten: Lavitola hatte offenbar einen Narren an Ranucci gefressen – und in ihm die Chance gesehen, wieder ein großes Rad zu drehen, statt sich mit Doraden und Austern herumzuschlagen. Seit 2024 jedenfalls redete er bei jeder Gelegenheit, auch in zahlreichen WhatsApp-Nachrichten, auf Ranucci ein, der solle doch in die Politik gehen, mit ganz großen Ambitionen. Lavitola sah in ihm nicht weniger als den möglichen nächsten Spitzenkandidaten des Mitte-links-Bündnisses gegen die Meloni-Rechte. Für sich selbst hatte er die Rolle des Richelieu, des Einflüsterers eines Ministerpräsidenten Ranucci, vorgesehen.

Völlig aus der Welt ist dieser Gedanke nicht. Schließlich genießt der prominente Ranucci beim Mitte-links-Wahlvolk hohes Ansehen, schließlich hat die Linke bisher keine*n Frontmann oder -frau, auf den sich alle einig könnten.

Auch nach dem Attentat machte Lavitola unverdrossen weiter, gab gar eine Meinungsumfrage in Auftrag, um Ranuccis Chancen zu testen. Und auch die Bombe vor Ranuccis Haus schien ein gelungener Beitrag, um den Fast-Märtyrer Ranucci noch populärer zu machen. Wie die Staatsanwaltschaft festhält, wusste der TV-Moderator nichts von diesen verrückten Machenschaften. Allerdings fragen sich auch viele seiner Sympathisant*innen, wieso er überhaupt eine so innige Freundschaft mit dem mehr als windigen Lavitola pflegen konnte.

Eine Freundschaft wiederum, die von der Meloni-Rechten jetzt als Steilvorlage aufgenommen wird, um den unbequemen Journalisten endlich aus der RAI zu kegeln. Selbst wenn es dafür auch in den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft keinerlei Belege gibt, behaupten diverse Abgeordnete von Fratelli d'Italia jetzt, Ranuccis Sendung „Report“ sei von Lavitola „beeinflusst“ worden. Einen ersten Erfolg haben sie erzielt: Die Meloni-treue RAI hat ihre Ethikkommission auf Ranucci angesetzt.

Journalist Sigfrido Ranucci im Studio der Rai-3-Fernsehsendung „Report“
Foto: Maria Laura Antonelli/Zuma Press/imago

Eine unabhängige Stimme aus Addis Abeba

Die bekannteste äthiopische Zeitung „Addis Standard“ wird zunehmend zum Objekt staatlicher Repressalien. Zuletzt wurde Chefredakteur Yonas Kedir entführt

Von **Dominic Johnson**

Äthiopien ist für Journalisten ein schwieriges Pflaster. In dem autoritär regierten Vielvölkerstaat mit 140 Millionen Einwohnern sind Transparenz und Informationsfreiheit weitgehend unbekannt. Unabhängige Berichterstattung außerhalb der Hauptstadt ist kaum möglich – vor allem seit dem Krieg zwischen der Zentralregierung und der rebellischen Nordregion Tigray von 2020 bis 2022, der bis heute schwelt und zu dem sich weitere Konflikte gesellen. Auf dem globalen Index der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) liegt Äthiopien auf 148 von 180 Plätzen, zwischen Usbekistan und Ka-

sachstan, aber immerhin vor Ägypten, Sudan und Schlusslicht Eritrea.

Das liegt auch an mutigen Journalisten in der Hauptstadt Addis Abeba, die von dem als Modernisierer angetretenen jungen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed bisher halbwegs geduldet wurden. Am bekanntesten ist der *Addis Standard*. Gegründet 2011 von der Journalistin Tsedale Lemma, publiziert das als gedruckte Monatszeitschrift entstandene Medium inzwischen täglich online, sowohl auf Englisch – mit globaler Leserschaft – als auch auf Äthopiens Amtssprache Amharisch und der meistverbreiteten Sprache Oromo.

Neben Nachrichten und Analysen gibt es aktuell eine Artikelse-

rie des Soziologen Tesfatsion Dominiko über „Äthiopiens unvollendeten Kampf um Demokratie“, dessen zweite Folge über die Parlamentswahlen vom Juli, bei denen Abiy Ahmeds Regierungspartei fast alle Sitze gewann, eine düstere Bilanz zieht, typisch vorsichtig formuliert: „Wir sind eine sehr alte Zivilisation mit einem eigenen demokratischen Erbe, das wir seit einem Jahrhundert unter einer Erzählung des Zentralismus vergraben.“

Das Blatt ist Schikanen gewohnt. Zu Beginn des Tigraykrieges wurde der Produktionschef verhaftet. 2021 wurde der *Addis Standard* schon einmal unter dem Vorwurf der Verbreitung „terroristischer“ Inhalte ge-

schlossen. Am 24. Februar 2026 entzog Äthiopiens Medienbehörde EMA der Publikation die Onlinelizenz. Dagegen reichte ihr Verlag Jakenn Publishing Klage ein, eine Entscheidung steht noch aus. Im April wurde ein hochrangiger Redakteur zwei Wochen lang inhaftiert.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte dieser Konflikt Anfang August. Am Abend des 1. August, wie der Verlag sowie das Committee to Protect Journalists (CPJ) mitteilen, wurde Chefredakteur Yonas Kedir von Bewaffneten aus seinem Haus geholt, mit verbundenen Augen weggeführt und an einem unbekannten Ort in einem Keller von maskierten Männern verhört und des

Landesverrats bezichtigt. Ein Militärfahrzeug brachte ihn am nächsten Tag nach Hause zurück, wo seine elektronischen Geräte konfisziert wurden. Gleichzeitig besetzten Sicherheitskräfte die *Standard*-Redaktionsräume und nahmen zahlreiche Geräte mit, bevor am 3. August ein Räumungsbescheid innerhalb von 72 Stunden erging.

Der Verlag machte die Vorgänge nach zwei Tagen öffentlich; was jetzt genau die Lage ist, ist nicht bekannt. Jakenn hat eine eigene Webseite eingerichtet, um die Vielzahl an juristischen Vorgängen zu dokumentieren. Aber immerhin: Der *Addis Standard* erscheint noch – auf den ersten Blick furchtlos wie eh und je.

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

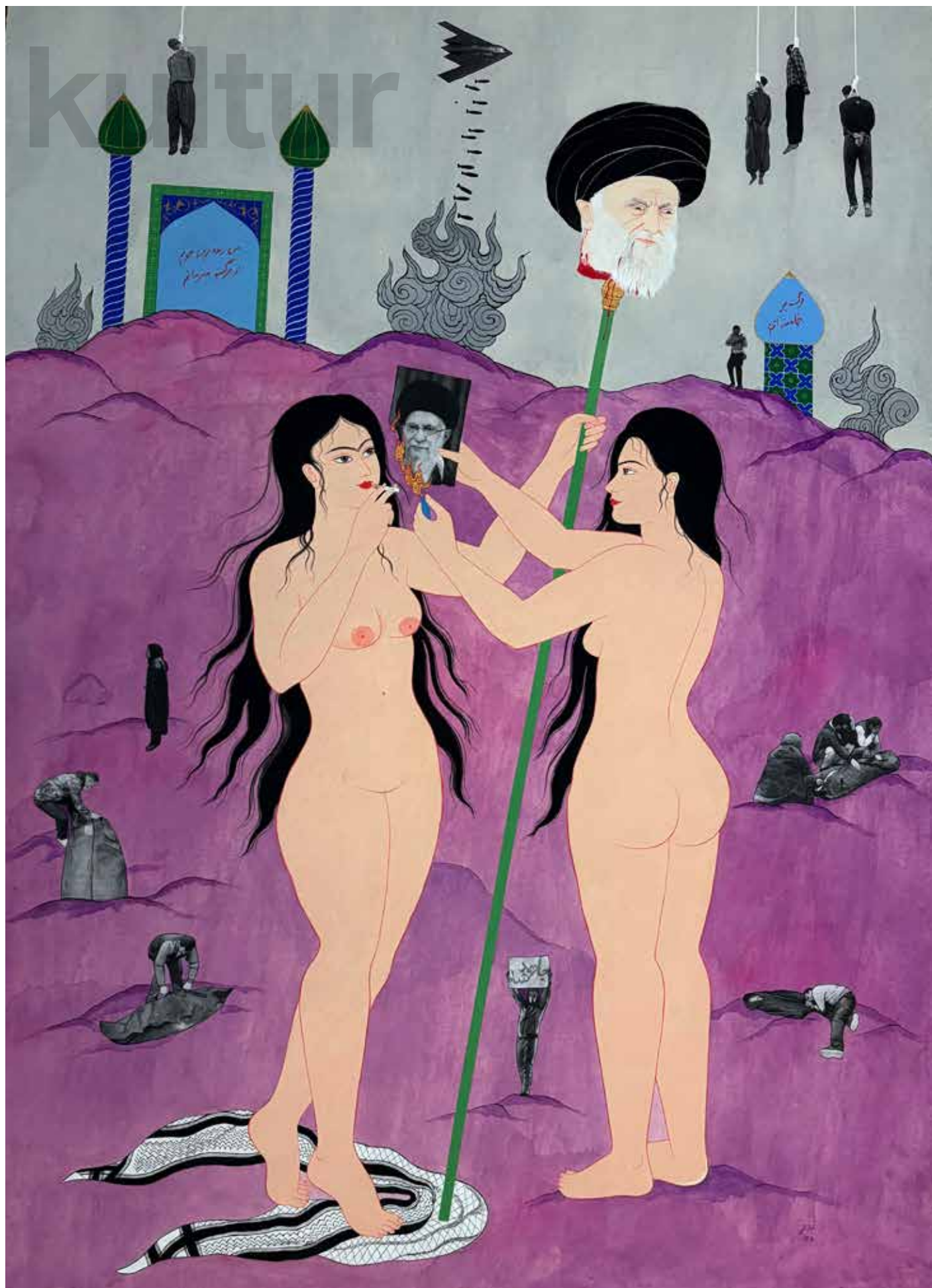
Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.

taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM



Der Kopf des Ajatollahs am Spieß:
Aynaz Najafis Gouache „Teheran Femmes II“, 2026
Foto: Courtesy die Künstlerin und Kunstverein Ruhr

„Die Mullahs traten an die Stelle von Holofernes“

Die iranische Malerin Aynaz Najafi wird im Kunstverein Ruhr ausgestellt. Sie spricht über die Entwicklung ihrer Bildsprache und die Bedrohung im Exil

Interview **Radek Krolczyk**

taz: Frau Najafi, einige Ihrer Bilder werden momentan im Kunstverein Ruhr in Essen gezeigt. Der Titel der Gruppenausstellung im Kunstverein Ruhr heißt „Summer of a Revolution“. Wie blicken Sie auf diesen Titel angesichts der Situation in Iran?

Aynaz Najafi: Es ist ein starker Titel – er macht denjenigen Mut, die für einen Regimewechsel in Iran kämpfen. Gleichzeitig stimmt er angesichts der zerschlagenen Januarrevolution traurig. Auch der anschließende Krieg weckte Erwartungen, die erneut enttäuscht wurden. Bezogen auf die Situation in Iran ist der Titel ambivalent. Er steht sowohl für Hoffnung als auch für Enttäuschung.

taz: Wie verhält sich der Titel zu Ihren Bildern?

Najafi: Sie finden sich darin wieder, gerade in diesem Widerspruch. In der Essener Ausstellung hängt zentral ein größeres Bild, das ich in diesem Jahr nach der Niederschlagung der Proteste gemalt habe. Im Vordergrund sehen wir zwei selbst-

bewusste, nackte Frauen, die das islamische Regime besiegt haben und den abgetrennten Kopf des Ajatollahs auf einen Speer gespießt präsentieren. Um sie herum spielen sich traurige Szenen ab. Man sieht die Opfer des islamischen Regimes: Menschen, die trauernd neben Leichensäcken kauern, andere, die an Stricken um ihren Hals aufgehängt wurden.

taz: Das große Setting ist in strahlenden Farben gemalt, dann sieht man kleine, schwarz-weiße Zeichnungen, die wie hineingeklebte Fotografien aussehen.

Najafi: Bunte Traumbilder stehen den grauen Bildern der Wirklichkeit entgegen. Ich habe die Dokumentarfotos, die nach dem Massaker entstanden sind, mit dem Zeichenstift übertragen. Meine Bilder stehen in vielerlei Hinsicht unter dem Einfluss alter persischer Miniaturmalerei.

taz: Was hat es mit diesen Miniaturen auf sich?

Najafi: Ihre Tradition reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Man nutzte sie, um Mythen oder Geschichten persischer Könige zu er-

zählen. Nur selten verwendete man die Miniaturform für religiöse Erzählungen. Immer wieder werden in islamischen Gesellschaften bildende und darstellende Künste verboten. Es ist eine Religion der Schrift, nicht des Bildes. Wenn gemalt wird, dann meist abstrakt und dekorativ.

taz: Die figürliche Miniaturmalerei hat sich nach der islamischen Eroberung des persischen Reiches entwickelt?

Najafi: Die persische Gesellschaft war stets dynamisch und keineswegs monolithisch, wie die islamische Republik behauptet, die ja selbst gerade mal seit knapp 50 Jahren besteht. Bleiben wir bei der Miniaturmalerei des 16. Jahrhunderts, so finden sich in den privaten Sammlungen des Landes sogar Darstellungen nackter Frauen.

taz: Auf welche Weise haben Sie zu Ihrem Malstil gefunden?

Najafi: Es war ein langwieriger Prozess. Als ich noch in Iran lebte, habe ich mir Ästhetik und Technik der Miniaturmalerei angeeignet. Von einem Meister dieser Disziplin bekam ich Privatunterricht. Ich habe

dann versucht, diese Malweise zu aktualisieren. Eines meiner frühen Bilder zeigt die Steinigung einer Frau. Ich habe Fotos gesehen, auf denen eine Frau, die vielleicht Ehebruch begangen hat, bis auf den Kopf eingegraben und dann von um sie herum stehenden Männern mit Steinen zu Tode beworfen wurde. Seit vierzig Jahren wird diese Strafe offiziell nicht mehr angewandt, man hat andere Mittel gefunden. Diese Fotos zu sehen, haben mir weh getan. Ich wollte die narrative Form der persischen Miniatur dazu verwenden, um vom Leiden, aber auch vom Kampf der iranischen Frauen zu erzählen. Meist habe ich zu dieser Zeit symbolisch verschlüsselte Szenen gemalt. Eine Frau, auf die ein Gewehr gerichtet ist, hätte ich nicht malen können. Die Kritik am patriarchalen Staat wäre eindeutig gewesen, und ich wäre möglicherweise verhaftet worden. Also musste ich mir etwas anderes einfallen lassen. So habe ich beispielsweise eine Frau gemalt, die über einer Flamme in kochendem Wasser saß.

taz: Wie veränderte sich Ihre Malerei mit der Ankunft in Italien?

Najafi: Es war das Jahr, in dem Mahsa Amini aufgrund eines unordentlich gebundenen Kopftuches verhaftet und auf der Polizeiwache ermordet wurde. Es folgten unter dem Ruf „Frau, Leben, Freiheit“ landesweite Proteste und ihre brutale Niederschlagung. Meine Bildsprache ist direkter geworden. Neben der Freiheit, mich künstlerisch auszudrücken, kam neues Wissen hinzu. In den italienischen Museen entdeckte ich die Malerei der Renaissance und des Barock. Ich war begeistert von den Bildern Artemisia Gentileschis. Ihre Darstellung der Enthauptung des assyrischen Kriegsherren Holofernes durch Judith, eine junge Israelitin, habe ich in einem meiner Bilder übernommen. Es erschien mir sinnbildlich für die nötige Wehr gegen ein System patriarchaler Gewalt. In meinen Bildern traten später an die Stelle Holofernes' die Mullahs.

taz: Sie haben persische Miniatur- mit italienischer Renaissance-malerei zusammengebracht?

Najafi: Es erschien mir schlüssig zu sein. Beispielsweise habe ich eine Pietà nach Botticelli gemalt. Die Mutter hält ihren toten Sohn im Arm, aber umstellt von Gewehren. Ich habe ihnen sogar nach Art christlicher Ikonen aus Blattgold einen Heiligenschein aufgesetzt, aber das Kleid der Mutter und den Torbogen über ihnen mit persischen Mustern verziert.

taz: Welche Merkmale der persischen Miniaturmalerei finden sich hier neben den Verzerrungen?

Najafi: Für meine Bilder verwende ich keine Leinwände oder Holztafeln, sondern festes, faserreiches Papier. Die Hintergründe male ich transparent, mit Aquarell, die dichten Flächen der Körper mit Gouache. Zusätzlich verstärke ich die Figuren mit einer schwarzen Konturzeichnung. Außerdem male ich nicht perspektivisch, was in der Malerei der Renaissance, der das Motiv Botticellis entstammt, enorm wichtig ist.

taz: Wird so ein universelles Bild daraus?

Najafi: Nicht nur die Motive, auch die Mittel sind in gewissem Sinne universell. Die flachen, perspektivlosen Figuren findet man so auch in der Altarmalerei des europäischen Mittelalters. Ohne ihre Perspektive werden die Szenen naiv und direkt.

taz: Wie kommen Ihre Bilder außerhalb Irans an?

Najafi: Ich habe Ausstellungen in Galerien in Italien, aber auch in den USA. Meine Bilder werden gekauft und ich kann davon leben. Das war in Iran anders. Selbst meine symbolischen Bilder konnte ich nicht ausstellen und sie nur heimlich verkaufen. Beispielsweise an Touristen, die sie vorher in meinem Instagram-Account gesehen haben. Aber es gibt auch Rückschläge: Vor einiger Zeit ist mein Account gesperrt worden und ich habe einige Tausend Follower verloren. Für meine Sichtbarkeit war er enorm wichtig. Wahrscheinlich haben mich sehr viele Leute gemeldet. Jedenfalls bekomme ich über Social Media immer wieder von regimetreuen Iranern Hassnachrichten und Morddrohungen. Die gibt es auch in Italien. Man schrieb mir, man würde mich auch in Rom finden. Was ich nicht verstehe, ist die Unterstützung des iranischen Regimes durch die italienische Linke. Leute, die sich für progressiv halten, gehen für diese Schlächter auf die Straße und verklären sie zu antiimperialistischen Heroen. Man kann sich hier in Europa kaum vorstellen, welches Leid dieses Regime der iranischen Bevölkerung zufügt.

„Summer of a Revolution“. Kunstverein Ruhr, Essen, bis 20. September



Aynaz Najafi wurde 1992 in Isfahan, in Iran geboren. Sie hat einen Master in Geschichte des antiken Iran. Sie studierte anschließend persische Miniaturmalerei und entwickelte daraus ihren Stil. Seit 2022 lebt sie in Rom und studierte an der Akademie der Schönen Künste Brera in Mailand.

Foto: Arthur Heger

szene

Was für ein schöner Abend

Es ist eine dieser lauschigen Nächte auf der Roten Insel in Schöneberg. F. und ich sitzen an einem Tisch auf der Straße. Die Stadtluft ist schwer, aber sanft, wir essen Flammkuchen, trinken Wein. Ich bin tiefenentspannt. So könnte es immer weitergehen.

Ein Radfahrer verliert seinen Pulli im Fahren. Ich winke und rufe: „Da, Ihr Pulli!“ Er bedankt sich, fährt zurück und steht, um seinen Pulli aufzuheben, mitten auf der Kreuzung.

„Nicht dass er jetzt von einem Auto erfasst wird“, sage ich. „Das würde ich mir nie verzeihen.“ F. nickt: „Das mit den kleinsten Entscheidungen, die dann zu irgendwas Fatalem führen.“

In dem Moment rasen drei Jungs auf Rollern auf uns zu, lassen die Roller direkt vor unserem Tisch krachend fallen und rennen wie verrückt den Gehweg herunter. Wir sehen ihnen nach.

„Was war das jetzt?“, fragt F. „Hm“, mache ich. Die Jungs kommen wieder zurückgerannt und schnappen sich die Roller. „Entschuldigung!“, ruft der Größere, in einem schwarzen T-Shirt. „War ‚ne Wette.“

„Ah gut. Wir dachten schon, es wäre was passiert“, sage ich. „Nee, ich hab Geburtstag!“ „Oh, na dann herzlichen Glückwunsch“, rufe ich. „Feiert ihr?“ „Ja, hab zum Rollern eingeladen.“ Er hält eine graue Geschenktüte hoch und sagt ziemlich stolz: „Guck mal, ich hab das Parfum bekommen. Kostet 300 Euro.“ „Wow, irres Geschenk!“, staune ich. Er sprüht sich davon aufs T-Shirt, eine süßliche Wolke weht herüber. „Riecht gut“, finde ich.

„Ja“, sagt er und lächelt. „Tschüss. Schönen Abend.“ Wir sehen ihnen nach und F. sagt: „Was für ein schöner Abend jetzt schon. Uns geht’s gut, der Radfahrer hat seinen Pulli wieder, ohne überfahren worden zu sein, du musst dir nicht den Rest des Lebens Vorwürfe machen und die etwa 14-jährigen feiern den Geburtstag mit viel zu teurem Parfum und rasanten Rollerfahrten.“

Isobel Markus



Hier jedenfalls ist die Welt in „The End of Oak Street“ noch in Ordnung
Foto: Warner Bros.

Vor der Titanoboa sei gewarnt

Der Regisseur David Robert Mitchell bringt in seinem Spielfilm „The End of Oak Street“ das Weltall in Unordnung. Und reichlich Dinos in eine Vorstadtidylle

Von Tobias Obermeier

Gleich vorweg: Dieser Film dürfte nichts für Menschen mit einer ausgeprägten Schlangenphobie sein. Der Anblick der Titanoboa cerrejonensis und wie sich dieses graubläuliche, 13 bis 15 Meter lange und vor 60 Millionen Jahren lebende Urzeitungetüm in schleichender Stille durch die Gänge eines Hauses windet, unbemerkt von den sich dort aufhaltenden Menschen, auf der Suche nach seiner nächsten Beute, könnte für Menschen mit jener Angstausschüttung zu einer kleinen Belastungsprobe werden.

Der Regisseur David Robert Mitchell hat sich für seinen neuen Spielfilm „The End of Oak Street“ eine skurrile Prämisse ausgedacht. Was wäre, wenn im Jahr 1982 ganze Straßenzüge eines amerikanischen Vororts durch eine Anomalie im Universum in jene prähistorische Zeit versetzt werden, als Dinosaurier die Erde dominierten? Dass die Titanoboa, die größte Schlange aller Zeiten, erst kurz nach dem Aussterben der Dinosaurier existierte, ist dabei völlig unerheblich. Ebenso die Erklärung

für dieses kosmische Ereignis. Die Lust an der Inszenierung dieses in 80er-Nostalgie getränkten Riesenechsenpektakels steht im Vordergrund.

Am Anfang seiner Idee sei schlicht das Bild eines Dinosauriers gewesen, der im Müll eines Vorstadtgartens wühlt, wie Mitchell selbst sagt. Einer dieser Gärten gehört zum Haus von Gregg (Ewan McGregor) und Denise Platt (Anne Hathaway). Das Paar lebt in einer Suburbia-Idylle mit großzügigem Einfamilienhaus, wie sie die Kinogeschichte schon dutzendfach gezeigt hat. Doch der Haussegen hängt schief.

Gregg hat seinen vorherigen Job verloren und ist kaum zu Hause, da er zu viel Zeit damit verbringt, als Pizzabote genügend Geld in die Familienkasse zu spülen. Denise schreibt im Keller an einem Roman über eine Frau, die sich aus der Enge der Vorstadt befreien will. Ein verdächtig ähnliches Sujet zu ihrem eigenen Leben. Ihre Teenagerkinder Brian (Christian Convery) und Audrey (Maisy Stella) müssen derweil die Streitereien ihrer Eltern ertragen. Da braucht es selbstredend eine äußere Ge-

fahr, um die Familie wieder zusammenzuschweißen.

Die Kleinfamilie als Nukleus bürgerlicher Selbstgewissheit – das gilt auch hier. Sobald die Dinosaurier – sanftmütige Pflanzenfresser wie zähnefletschende Prädatoren – nach einem nächtlichen Lichtblitz in den Vorort eindringen und durch die Straßen stampfen, geht es ums nackte Überleben. Von einem nachbarschaftlichen Zusammenhalt ist hier schnell nichts mehr zu sehen. Abgesehen von einem verwaisten Mädchen, das sich der Familie Platt in diesem Survival-Parcours anschließt, sind die Nachbarn seltsam abwesend.

Mitchell zeigt sie als Randfiguren, die wahlweise zerfleischt, zerdrückt und auseinandergerissen werden. Den einsetzen den Schrecken verstärkt er vor allem durch den Verzicht auf schnelle Schnitte.

Mike Gioulakis lässt seine Kamera in diesen langgezogenen Bildern immer wieder um die Figuren wandern und kreisen, wodurch eine große Raumtiefe entsteht. Etwa wenn die Platts mit ihrem Auto in die Einfahrt zurückrasen und ins Haus flüch-

ten, während eine Meute Dinosaurier im Hintergrund über die Nachbarn auf der anderen Straßenseite herfällt. Oder wenn sie durch das Badfenster zusehen müssen, wie ihr Nachbar nebenan den Verstand verliert und auf seinem Dach von Flugsauriern zerlegt wird.

Die vorherigen Filme von David Robert Mitchell, sein Independent-Horror „It Follows“ (2014) und der verschrobensurreale Neo-Noir-Slacker-Film „Under The Silver Lake“ (2018), waren von einer großen erzählerischen Eigenheit gekennzeichnet. Mit „The End of Oak Street“ hat er nun seinen ersten Blockbuster hingelegt, der für IMAX-Leinwände gedreht wurde und mit einem geschätzten Budget von 85 Millionen US-Dollar das große Publikum ansprechen soll. Dass Dinosaurier nach Steven Spielbergs „Jurassic Park“ (1994) nach wie vor Publikum ins Kino locken, zeigt ein Blick auf das Jurassic-World-Franchise. Alle vier Teile seit 2015 haben weltweit mehr als 4,4 Milliarden US-Dollar eingespielt.

„The End of Oak Street“ ist irgendwo zwischen Survival-Thriller und Spielberg’schem

Abenteuerfilm zu verorten, zuweilen mit bitterbösem Humor garniert. Das funktioniert leider nur bedingt. Denn Mitchell lässt die Vielschichtigkeit, mit der er seine Figuren zunächst anlegt, einfach ins Leere laufen. Nebenhandlungen werden angerissen, nur um sie im weiteren Verlauf völlig zu vergessen. Schauwerte schlagen Storytelling.

Das ist umso ärgerlicher, wenn sich der Film gar keine Mühe mehr gibt, seiner Zeitreise-Geschichte ein einigermaßen kohärentes Ende zu geben. Den Ärger mildern auch nicht kopulierende Dinos, die für einen Polaroid-Schnappschuss erhalten müssen, oder eine fantastische Anne Hathaway, die mit der Schrotflinte einen Allosaurus, den anderen großen Giganten neben T-Rex, erlegt. Es liegt der Verdacht nahe, hier wurde ein sehr eigenwilliger Regisseur von einem Filmstudio und dessen Gewinnerwartungen ausgebremst. Hätten sie ihn doch einfach machen lassen.

„The End of Oak Street“. Regie: David Robert Mitchell. Mit Anne Hathaway, Ewan McGregor u. a.

Anzeige

KLASSEN

KULTUR

KAMPF!!!

In Zeiten von Rechtsruck und Kulturkampf braucht es aktive und laute Gegenöffentlichkeit. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

taz.de/abo

10x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

Von Sophia Zessnik

Es gibt Bücher, die einen berühren, sanft und wohlwollend. Und es gibt Bücher, die einen schütteln, aufwecken und manchmal auch abstoßen. Zur zweiten Kategorie gehört „Fiasko“, ein Erzählband, der die englischsprachige Literaturlandschaft begeistert.

Autor Tony Tulathimutte, Sohn thailändischer Einwanderer, aufgewachsen in Massachusetts, Absolvent der Stanford University und des renommierten Iowa Writers’ Workshop, ist literarisch kein Unbekannter. Sein Debütroman „Private Citizens“ aus dem Jahr 2016 wurde vom *New York Magazine* als „der erste große Millennial-Roman“ gefeiert: eine bissige Satire über vier Stanford-Absolvent:innen, die sich im San Francisco der Nullerjahre zwischen Start-up-Kultur, Aktivismus und Selbstfindungsseminaren verlieren. Für seine Kurzgeschichten erhielt er unter anderem den Whiting Award sowie den O. Henry Award. Kein Debütant also, der sich erst noch beweisen müsste, sondern einer, der mit seinem zweiten Buch sein Profil zu schärfen weiß.

In sieben, lose miteinander verbundenen Kapiteln zeichnet Tulathimutte nun Menschen, die an der Liebe, am Begehrterwerden, letztlich am eigenen Selbstbild scheitern. „Fiasko“ heißt diese Sammlung im Deutschen, wobei ihr englischer Titel „Rejection“ weitaus besser passt. Denn Ablehnung ist nicht nur das, was die Protagonist:innen erfahren – von ihrem Umfeld, der Welt, ja sogar ihrem Schöpfer, sie ist auch das, was sich beim Lesen einstellt. Denn zur Sympathieträger:in taugt keine der Figuren.

Da ist zu Beginn „der Feminist“, ein junger Mann, der unter Frauen sozialisiert wurde und doch eine unbändige Wut auf sie zu haben scheint, einzig, weil sie ihn nicht „ranlassen“. Seine Geschichte folgt dem gängigen Radikalisierungsmuster innerhalb der Incelkultur, in die der Charakter nach und nach abzurutschen scheint. Noch bevor sich sein ganzer Frust entladen kann, endet die Geschichte, die Gewalt, die folgt, spart der Autor aus.

Eine seiner Affären, Alison, deren Story in „Pics“ aufgerollt wird, bleibt ebenso unentschlüsselt zurück wie er: Nach einer Nacht mit ihrem besten Freund Neil verfängt sie sich in einer Spirale aus Selbstsabotage, endlosen Gruppenchat-Nachrichten und einem spontan gekauften Raben, des-



Der amerikanische Autor Tony Tulathimutte, fotografiert im September 2025 in Göteborg, Schweden
Foto: Staffan Löwstedt/SVD/TT/imag

Nur die Form des Absturzes variiert

Hier schreibt jemand, der die Sprache des „Chronically Online“-Daseins verinnerlicht hat: Tony Tulathimutte begeistert und verstört die englischsprachige Literaturwelt

sen Anschaffung so gut durchdacht ist, wie fast jede ihrer Entscheidungen. Wie schon beim „Feministen“ bleibt auch bei ihr die Erkenntnis aus, nur die Form des Absturzes variiert.

Ähnlich ergeht es den übrigen Figuren: einem jungen Mann in „Ahegao“, der weniger mit seiner Homosexualität hadert als mit einer sehr spezifischen, kaum aussprechbaren sexuellen Vorliebe, die ihm sein Leben zerlegt. Um den Lesenden diese vorzuführen, ergeht sich das Kapitel in einer nicht enden wollenden Szene von Filmanweisungen, der man lieber nicht bis zum Grande Finale folgt. Einem Tech-Bro namens Max, der in „Our Dope Future“ mit derselben grenzenlosen Selbstüberschätzung eine Beziehung – mit Alison – einzugehen versucht, mit der er zuvor sein gescheitertes Start-up verteidigt hat. Und einer jungen Trollin namens Bee, die in „Main Character“ das halbe Internet gegen sich aufbringt, ohne dabei auch nur ansatzweise ins Zweifeln zu geraten.

Was einen dennoch daran hindert, „Fiasko“ einfach zuzuklappen, ist Tulathimuttes Tempo. Seine Sätze haben etwas Getriebenes, fast Atemloses, als

würde die Prosa selbst unter dem permanenten Erwartungsdruck der Figuren leiden. Was Tulathimutte wirklich drauf hat, ist, jeder seiner Figuren eine eigene Stimme zu verleihen. Gekonnt wechselt er dabei zwischen Erzählerperspektiven wie -zeiten umher. Generell merkt man: Hier schreibt jemand, der die Sprache der Foren, der Dating-Apps, des „Chronically Online“-Daseins nicht bloß zitiert, sondern verinnerlicht hat. Das erzeugt einen eigenartigen Sog.

In seiner Kompromisslosigkeit liegt die Stärke des Buchs. Tulathimutte moralisiert nicht, er urteilt nicht vorschnell: Er hält seinen Figuren einen Spiegel vor, der so gnadenlos ehrlich ist, dass man als Leserin unweigerlich auch sich selbst darin zu suchen beginnt. Das ist unangenehm. Das ist auch der Grund, warum man weiterliest, selbst dort, wo man eigentlich schon genug gesehen hat.

Doch spätestens im letzten Drittel beginnt dieses Konglomerat aus Losern latent zu langweilen. Das Prinzip ist längst verstanden, die Variationen wiederholen sich, und die anfängliche Schockwirkung nutzt sich ab: noch ein Charakter, der sich selbst im Weg steht, noch eine Pointe, die auf Kosten der Fi-

gur geht. Die satirische Wucht der ersten Geschichten weicht einer gewissen Ermüdung, die auch die formalen Spielereien der letzten beiden Kapitel nicht ganz auffangen können.

Da ist einmal eine Liste von Metaphern, mit der man nicht recht etwas anzufangen weiß. Zudem ein fingierter Ablehnungsbrief an den Autor selbst, der jegliche Kritik an „Fiasko“ vorweg- und ihr so den Wind aus den Segeln nimmt. Das mag ein genialer Kniff des Autors sein, sich selbst und seine Arbeit zu reflektieren. Für den Lesenden selbst ist es ein Ärgernis. „Mit dieser perversen Art der Rechtfertigung bereitest du uns eigentlich nur den Boden für eine umso entschiedener Ablehnung“, heißt es da etwa und ebendies trifft den Kern der Lektüre. Tulathimutte hat also tatsächlich ein ziemliches Fiasko fabriziert, ein Buch, das man ablehnen kann. Aber erst, nachdem man es bis zur letzten Seite gelesen hat.

Tony Tulathimutte: „Fiasko“. Aus dem Englischen von Stefanie Jacobs, Stefanie Ochel und Jan Schönherr. dtv Verlag, München 2026, 384 Seiten, 26 Euro

Obacht, jetzt wird’s berührend!

Der Film „Sunny Dancer“ von George Jaques spielt in einem Sommercamp für krebskranke Jugendliche. Witz gehört zum Ernst des Themas für ihn auch dazu

Von Katharina Böhm

Dass ein Film, der in einem Sommercamp für krebskranke Jugendliche spielt, mit furchtlosem Humor vorangeht, ist erst mal ein gutes Zeichen. Als die 17-jährige Ivy (Bella Ramsey) von ihren Eltern in ebenjenes Ferienlager chauffiert wird, ruft ihre Mutter den möglichen neuen Freund:innen der Tochter vor Abfahrt zu: „Wenn sich einer von euch mit ihr anlegt, ist Krebs sein geringstes Problem!“

Am besten stellt man sich das in britischem Englisch vor. Lachen ist also erlaubt, denkt man erleichtert und stellt weiter fest, dass Diagnosen und Krankheitsverläufe in dieser Geschichte nur am Rande stattfinden. Sie stellen die emotionale Kulisse, vor der die jungen Menschen im Coming-of-Age-Film „Sunny Dancer“ Dinge erleben dürfen, die altersgerechter erscheinen als vier Runden Chemotherapie.

Ivy hat noch keinen Schulabschluss, weiß aber schon, wie sie mit Glatze aussieht und was Remission bedeutet. Das hinterlässt Spuren, auch bei erfolgreicher Behandlung. Die Hoffnung der Eltern: Vier Wochen im „Children Run Free“-Camp werden dem Kind neuen Lebensmut einhauchen. Weil auch ein Teenager mit Annamese ein Teenager ist, stößt Ivy allein der Name des gut gemeinten Ferienprogramms ab. Die mit Sinnsprüchen tapezierten Räume hat sie da noch gar nicht betreten.



Spaß mit Seifenblasen: Ivy (Bella Ramsey) und Jake (Daniel Quinn-Toye) in „Sunny Dancer“
Foto: capelight

Bella Ramsey ist als kindliche Königin aus „Game of Thrones“ oder der apokalyptischen Videospiel-Adaption „The Last of Us“ bekannt. In George Jaques’ zweiter Regiearbeit spielt Ramsey nun eine junge Frau, die es mit innerlichen Herausforderungen aufnehmen muss. Bei Ankunft am Ferienort wirkt Ivy skeptisch und auffallend schlagfertig, ihre unbefangene, empfindsame Seite steckt längst unter einem Panzer. Selbstverständlich werden die Wochen im Camp daran rütteln. Es wird auf einer Insel gezeltet, im Wald zu viel Wodka getrunken, Freundschaft geschlossen. Zwei Menschen verlieben sich so kopflos und schnell ineinander, wie es sich für ihr Alter gehört.

Das sind erwartbare Entwicklungen, die „Sunny Dancer“ wie so vielen Gen-

refilmen nicht schaden. Und über die Montagesequenzen, die Ivy im Stil eines weichgezeichneten Camp-Imagefilms mit ihrer neuen Clique zusammenwachsen lassen, lässt sich hinwegsehen. Obwohl die Gruppe um die Protagonistin eher stereotypisch gezeichnet ist: Man schließt den Cast aus neuen oder unerwarteten Gesichtern ziemlich problemlos ins Herz. Mit dem Film als Gesamtwerk gelingt das nicht so leicht.

„Sunny Dancer“ gesteht den Jugendlichen zwar zu, mehr zu sein als Figuren im Pflegehemd, die Mitleid wecken und Gesündere zu etwas mehr Dankbarkeit inspirieren. Seinem Publikum gönnt er dagegen wenig Spielraum. Nahezu jede Szene, die von der emotionalen Verfasstheit der Protagonist:innen kündigt, wird nach etwa fünf seligen Se-

kunden mit jener Kategorie Filmmusik garniert, die noch den Affektärmsten beibringt: Obacht, jetzt wird’s berührend! So wird ein weiterer Film eines besseren Scores beraubt, während sich eine Falte zwischen Zuschaueraugen schiebt, die eben noch feucht werden wollten.

Vielleicht hat der junge Regisseur Sorge um den ursprünglich unbefangenen Umgang mit dem Thema bekommen? Das könnte auch erklären, warum eine Geschichte, die sonst auf dramatisch inszenierte Schicksalsschläge verzichtet, schließlich doch noch die Unglückskeule schwingt. Dabei haben die befreienden Witze und schönen Momente gar nicht verschleiert, dass schwere Erkrankungen das Leben in ein Davor und ein Danach teilen.

„Sunny Dancer“ berührt gerade dann, wenn sich zwei Mädchen nebenbei erzählen, wie sie mit dem therapiebedingten Haarverlust umgegangen sind oder das erste Mal so eilig herbeisehnen, weil sie fürchten, dass ihnen nicht genug Zeit dafür bleibt. Muss das Schicksal also zwingend ein mieser Verräter sein, damit eine emotionale Geschichte als gelungen gelten kann? Ivy und die anderen im Camp hätten darauf wahrscheinlich eine Antwort.

„Sunny Dancer“. Regie: George Jaques. Mit Bella Ramsey, Neil Patrick Harris u. a. Großbritannien 2026, 106 Min.

Bye, bye, KI-Hype geht bereits wieder vorbei

Streamingdienst Spotify kennzeichnet ab September die Profile von KI-generierten Künstler:innen. Ein Paradigmenwechsel bei der sonst so techvernarrten Plattform

Von Kristoffer Cornils

Der schwedische Streamingdienst Spotify gab am Dienstag bekannt, dass Profile von Künstler:innen, deren Identitäten KI-generiert sind, in Zukunft gekennzeichnet werden. Sogenannte „AI Persona Badges“ werden für Nutzer:innen ab September sichtbar.

Diese Kennzeichnung bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Machart der Musik, sondern vielmehr auf Bilder und andere Elemente, die den Eindruck entstehen lassen könnten, es handle sich um reale Personen. Musik der *artificial artists* wird überdies nicht in algorithmische und redaktionelle Empfehlungen aufgenommen.

Spotify hatte bereits im April mit „Verified by Spotify“ eine Kennzeichnung von echten Musiker:innen eingeführt und bietet Künstler:innen die Möglichkeit, den Einsatz von KI in einzelnen Songs zu kennzeichnen. Auch die AI Persona Badges werden auf Basis freiwilliger Meldung zu den Profilen hinzugefügt, doch prüft Spotify ebenso selbst Verdachtsfälle. Damit stellt die Einführung der Kennzeichnung einen Paradigmenwechsel des Unternehmens im Umgang mit KI-generierten Inhalten dar.

Obwohl der Branchenführer in Deutschland zuletzt häufiger in der Kritik stand, angefangen mit den viralen Erfolgen der KI-Fake-Rock-Band The Velvet Sundown bis hin zu „Coverversionen“ bekannter Hits wie Stromae’s „Papaoutai“. Vor allem Künstler:innen und Bands aus dem Mittelbau und vom unteren Rand haben im Streamingzeitalter enorm damit zu kämpfen, dass Unbefugte über ihre Künstlerprofile KI-generierte Musik veröffentlichen. KI ist zentraler Teil der Produktstrategie von Spotify. Sie verspricht, zukünftig als „agentischer“, das heißt KI-getriebener, Service zu funktionieren.

Wohl auch deshalb schob man der Flutung des Dienstes – laut Angaben des Konkurrenten Deezer werden derzeit pro Tag rund 90.000 vollständig KI-generierte Musikstücke auf die Plattformen geladen – kaum einen Riegel vor. Ein Sinneswandel hin zu „mehr Transparenz und Vertrauen“, wie es in einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung heißt, wird nicht begründet. Neben dem Inkrafttreten von strengeren EU-Regeln im Umgang mit KI könnte allerdings auch wachsender ökonomischer Druck eine Rolle bei der Entscheidung gespielt haben.

Einerseits fordert die Musikindustrie seit geraumer Zeit mehr Transparenz, andererseits hat Spotify inzwischen mehr Konkurrenz von den Streamingdiensten Deezer und Qobuz, die mit größerer Offenheit schon früher gepunktet haben: Deezer etwa kennzeichnet bereits seit Anfang 2025 KI-Musik als solche und entfernt sie schnell aus allen Empfehlungen. Das harte Durchgreifen scheint sich ausgezahlt zu haben: Deezer meldete für das Jahr 2025 erstmals Profit, die Abozahlen steigen moderat an.

Womöglich ließe sich der unerwartete Schritt von Spotify hin zu mehr Transparenz also auch so erklären: Erfolge der Wettbewerber haben verdeutlicht, dass signifikante Teile des Publikums eine KI-freie Hörerfahrung bevorzugen. Vielleicht ist das auch der Anfang vom Ende des forcierten Hypes um KI-Musik.

„Aus kurzfristigen ökonomischen Interessen wird eine Partei gewählt, die den menschengemachten Klimawandel leugnet. Was muss eigentlich noch passieren? Ein Sommer mit 50 Grad und Rationierung von Trinkwasser?“

1Mj3tl39F zu „AfD-Umfragehoch vor den Ostwahlen“, taz.de vom 10. August 26

wortwechsel

Nicht den Strippenziehern und Brandstiftern ergeben

Die Wahlprognosen für die AfD lassen viele ratlos zurück. Könnte eine Politik, die in der eigenen Lebenswelt positive Spuren hinterlässt, helfen? Oder gibt es keine Lösung?



„Es geht nicht um eine andere Politik, um eine „Alternative“, sondern allein um die Zerstörung des Bestehenden“ Foto: Fritz Engel/Agentur Zenit

Es geht um Zerstörung

„Krise der Demokratie: AfD wählen als Triebabfuhr“
taz vom 4. 8. 26
Die Beobachtungen sind zwischenzeitlich alle empirisch unterfüttert. Es geht nicht um eine andere Politik, um eine „Alternative“, sondern allein um die Zerstörung des Bestehenden.
Ich kenne einige dieser Menschen mit diesem Drall nach rechts und beobachte bei fast allen zwei Dinge: zum einen eine tiefe Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, zum anderen einen unpolitischen, fast naiv-kindlichen Blick auf die Verhältnisse. Letzteres meint vor allem, dass sie die Offenheit der Gesellschaft und des politischen Systems, die dadurch bedingten Aushandlungsprozesse nicht verstehen können oder sogar als Bedrohung empfinden. Sie wollen klare Verhältnisse, eigentlich ein behütetes, planbares und, ja, auch das: ein glückliches Leben.
Was helfen und die hohen Zustimmungsraten runterdimmen könnte, ist eine Politik, die in der eigenen Lebenswelt positive Spuren hinterlässt. Es ist mittlerweile eine Binse: Aber eine funktionierende Deutsche Bahn hätte mehr Wirkung als alle aktuellen Programme zur Demokratieförderung zusammen!
Kreislner auf taz.de

Einfach mal aufregen

Saubere Analyse, der Liebermann'sche Fress- und Brechreiz, den sie auslöst, bestätigt mir ihre Richtigkeit. Und NEIN, nicht jeder Kommentar muss eine Lösung

anbieten, manchmal muss man sich einfach nur aufregen dürfen.
Randbemerker auf taz.de

Der gute Ernst

Lieber Georg, ich weiß, dass Dein Onkel Ernst fiktiv ist, zumal der Name unter Senioren etwas überrepräsentiert ist – nach 1960 geborene Ernste sind selten, das kann ich als langjähriger Hausarzt bestätigen.
Allerdings muss ich zu Deinem Artikel anmerken, dass ich, Ernst Soldan, *1950, die Grünen mitgegründet hab, das war 1984 in Heidelberg als Grün-Alternative Liste (GAL), sie seitdem wähle und seit November 2025 an den Hamburger Prüfl-Demos für ein AfD-Verbot teilnehme. Deshalb bitte ich Dich, meinen Namen nicht weiter zu verunglimpfen. Herzliche Grüße, Ernst (14-facher Onkel)

Ich will nicht sein wie sie

Und genau das ist es, was mir solche Angst macht. Ich will nicht, dass Onkel Ernst und Cousine Petra mit ihrer unerwachsenen Weidel'schen Fußaufstampferei und ihrem gebrüllten blanken Hass bei gleichzeitigem Ohrenzuhalten hier – mir, uns – alles kaputttreten. Und ich merke, wie aus meiner gefühlten Ohnmacht ihrer nicht mehr eingehetzten, von jeder Reflexion und Empathie unbefleckten Emotion gegenüber eine dieser gar nicht unähnliche verzweifelte Wut wächst. Ich will nicht so sein wie sie und ich will mich den Strippenziehern, Nutznießern, Brandstiftern nicht ergeben. hierbamala auf taz.de

Scheuklappen ablegen

„Warum ich die Vorsilbe „Deutsch“ wieder ablegte“, taz vom 4. 8. 26
Vielen Dank an Mohammed Ibrahim, dass er seine Familiengeschichte mit uns geteilt hat, die exemplarisch für das Schicksal vieler Flüchtlingsfamilien ist, dabei jedoch in seinem Fall gedeihlich ausgegangen ist.
Wie viele Familien sitzen in gottverlassenen Lagern in Sudan, Kenia oder in Birma, für die sich buchstäblich niemand interessiert und die keinerlei Lobby haben?! Was mich aber ärgert – wie kann er sein „deutsch“ ablegen? Er hat doch einen deutschen Pass! Damit ist er per definitionem deutsch.
Entscheidet man sich für die deutsche Staatsbürgerschaft, sitzt man mit sehr vielen komischen Menschen im selben Boot. Ob er sich nach dem Bindestrich als Araber, Libanese oder Franke fühlt und bezeichnet, macht da keinen Unterschied. Und wenn er wirklich nicht versteht, warum Menschen mit schwarz-weißem Tuch und hysterischen Slogans auf den Lippen so viel Ablehnung entgegenschlägt, soll er sich vorstellen, eine vergleichbare Demo unter dem Davidstern zöge durch sein Berlin und riefte „Tod den Arabern“! Scheuklappen bitte ablegen!
Clemens Kremer, Hannover

Systemisches Problem

„Skandal um Professor in Großbritannien: Ein Märchenerzähler, dessen Märchen alle hören wollten“
taz vom 9. 8. 26
Der Fall verdeutlicht ein systemisches Problem, welches auch an deutschen Hochschulen omnipräsent ist. Oft sind den Mitarbeitenden die Hände gebunden, wenn sie Verstöße gegen die wissenschaftliche Praxis beobachten und theoretisch melden müssten. Sei es aus finanzieller Abhängigkeit oder bedingt durch die hohen Hürden, die mit einer solchen Meldung einhergehen. Der Fall von Jason Arday legt nahe, wie gravierend und offensichtlich die Verstöße erst sein müssen, bis es überhaupt zur Prüfung kommt. Und selbst dann bleibt das Risiko einer Anzeige des Fehlverhaltens groß, da die Universitäten alle juristischen Mittel ausschöpfen, um ihr Selbstbild zu verteidigen.
Ebenso riskieren Forschende, in ihren kleinen Communitys in Ungnade zu fallen und ihrer Karriere ein frühzeitiges Ende zu setzen. Professoren und Professorinnen lassen sich hier metaphorisch als die unantastbaren Feudalherren an der Universität beschreiben.
Das Hochschulsystem hat sich im Zuge der managerialen und ökonomischen Neuausrichtung in ein Dilemma manövriert und ist sehr anfällig für sogenannte Schaumschläger geworden. Unter dem gegenwärtigen Publikations- und Innovationsdruck erhalten diejenigen eine höhere Chance, die sich gut vermarkten können und ein enges soziales Netzwerk verwalten.
Allerdings sollten Hochschulen und Länder zeitnah nachjustieren, den mit KI-basierten Sprachmodellen ist es gegenwärtig noch leichter geworden, den Schein zu wahren und das geschenkte Vertrauen in die Forschung zu verspielen.
Andreas Deim, Dresden

meinungsstark

Schiefes Politikerbild

„Benjamin, du lieber Anarchist“, taz vom 7. 8. 26
Ihr Artikel macht mich nachdenklich. Natürlich ist es vollkommener Blödsinn, Kinderserien als links(extrem) zu bezeichnen. Trotzdem sind sie, wegen ihres schiefen Politikerbildes, kritikwürdig. In diesen Serien gibt es keine Parlamente, denen Bürgermeister und andere Politiker Rechenschaft schuldig sind. Ein einzelner Politiker bestimmt alleine. Er handelt stets im eigenen Interesse, ohne ethische Orientierung.
Nun werden sie einwenden, dass solche Kinderserien mit Übertreibungen arbeiten und humorvoll geschrieben werden. Dieser richtige Hinweis übersieht jedoch, dass Kinder nicht die nötige Reflexionsfähigkeit haben, um diese schiefen Bilder richtig einzuordnen. So setzen sich bereits in Kindern Vorurteile gegenüber Politikern fest. Ich selbst habe übrigens „Fix und Foxi“ und „Micky Mouse“ gelesen, sowie „Bibi Blocksberg“ gehört. In allen drei Serien hatten Politiker dieses Negativbild – ausnahmslos! Aus Transparenzgründen weise ich noch darauf hin, dass ich selbst Parteimitglied bin. Ich bin schon seit Jahren der Meinung, dass die Ursache für die Politikverdrossenheit nicht alleine bei uns Politikern gesucht werden kann. Oliver Hajunga, Egelsbach

Antisemitismus salonfähig

„Nahostkrieg: Haben wir verloren?“, taz vom 12. 8. 26
Was die propalästinensische Bewegung sicherlich erreicht hat, ist, dass Antisemitismus wieder salonfähig geworden ist, auch wenn er sich hinter einem vermeintlichen Antizionismus versteckt. Vor allem in der linken Bewegung hat dies dazu geführt, dass eigene antisemitische Tendenzen, Gedanken und Aussagen nicht hinterfragt werden, wie es beispielsweise beim Rassismus/Sexismus zum Glück seit Jahren geschieht. Von daher stimme ich Frau Wiedemann zu. Wir haben verloren. Alle. Und keine Besserung in Sicht. Philipp Gefßner, Leipzig

Hierarchie im Dienst der Freiheit

„Bundeswehr-Serie“, taz vom 4. 8. 26
Ach, liebe taz, wo fange ich an? Vielleicht bei den „aggressiven Männern mit geleckten Nazi-Frisuren“. Dass der Fassonschnitt neuerdings als weltanschauliches Schnelltestverfahren taugt, war mir entgangen. Dann die Betten. Sie müssen gemacht werden. Ordentlich sogar. Auch Rasur, Auftreten und Sprache folgen Regeln. Erschütternd. In einer Armee. Manchmal ist eine Falte einfach eine Falte. Aber militärische Ausbildung beginnt nun einmal mit verlässlicher Routine im Kleinen, bevor man Menschen Verantwortung für sehr viel Größeres überträgt, und das unter viel stärkerer Belastung, als kritische Blicke aus den „weiten, eisblauen Augen“ (wenn das mal keine weitere subtile Nazi-Metapher ist) des seitlich Rasierten erdulden zu müssen.
Auch „jawohl“ statt „ja“ und „zwo“ statt „zwei“ wertet die taz als Indiz autoritärer Unterwerfung. Dabei dient standardisierte Sprache vor allem dazu, dass unter Lärm und Stress nicht jeder kreativ aneinander vorbeikommuniziert. Weiter geht es mit „fadem Kantinenessen“ und – festhalten – Waffen. Dass dies moniert wird, überrascht dann doch (etwa so wie Schläuche bei der Feuerwehr). Besonders kühn wird es, wenn der Wunsch junger Menschen nach Disziplin fast nahtlos zu Erich Fromm, Autoritarismus und Faschismus führt. Vielleicht flieht aber nicht jeder, der Disziplin lernen möchte, vor der Freiheit. Vielleicht möchte er schlicht lernen, eine Aufgabe auch dann zu Ende zu bringen, wenn es kalt, nass, anstrengend und gerade nicht instagrammable ist.
Man kann über „Werbemillionen“ (in postkapitalistischen Medien immer verdächtig), Kasernenrealität, Führungskultur und die Inszenierung der Serie trefflich streiten. Aber wer in jedem gemachten Bett Unterwerfung, in jedem „zwo“ Faschismus und in jedem Hindernislauf Erniedrigung erkennt, beschreibt weniger die Bundeswehr als das eigene feuilletonistisch betreute, ideologische Fremdeln mit ihr. Die Bundeswehr ist weder Erziehungsparadies noch autoritäres Gruselkabinett, sondern das schwierige Paradox einer wehrhaften Demokratie: Hierarchie im Dienst der Freiheit. Und vor allem: Notwendig. Christian Gummig, Hamburg

gezwitzcher

Themen wie Umweltschutz, Gerechtigkeit und gemeinwohlorientiertes Handeln in Kinderbüchern als Linksextremismus zu labeln, ist das Ende von Demokratie. Das ist gefährlich und lächerlich zugleich

Andreas J zu „Benjamin, du lieber Anarchist“, taz.de vom 8. August 2026



taz  die tageszeitung,
friedrichstraße 21,
10969 berlin, **briefe@taz.de**

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

LE MONDE

diplomatie

Morgen in der taz

Wird Frankreich faschistisch?

Benoît Bréville und Pierre Rimbert über den potenziellen Umbau der Republik unter dem Rassemblement National

Genosse KI

Evgeny Morozov über die Chance auf Sozialismus im Datenzeitalter

Brief aus Minsk

Victor Martinowitsch über einen Nichtort der absoluten Ordnung und sterilen Sauberkeit

Sohn Nummer eins gegen Lula

Niklas Franzen über den Bolsonaro-Clan, der zurück an die Macht will

„Ich habe für die Zukunft geschrieben“

Mahmud Darwisch über Poesie als Waffe und die Hoffnung auf ein freies Palästina



* Unbedingt hören! Als Audiodatei auf unserer Webseite.
shop@taz.de • T. (030) 25 90 21 38

monde-diplomatique.de



Sexmassagen für Schiedsrichter

Nach dem schwachen Abschneiden bei der WM hat Südkoreas Fußballverband nicht nur sportliche Probleme. Ein Bestechungsskandal sorgt nun für



Dem mittlerweile zurückgetretenen Nationalcoach Hong Myung Bo wird Vetternwirtschaft vorgeworfen
Foto: NurPhoto/imaqo

Von **Felix Lill**

Die Polizei werde ihre Ermittlungen womöglich ausweiten, ließ ein Offizieller Anfang der Woche wissen. Sofern für die Angelegenheiten, um die es gehe, noch nicht die Verjährungsfrist von 15 Jahren abgelaufen sei, könnte es für die Verdächtigen also noch unangenehmer werden. Der Ruf ist aber schon ruiniert: Vertreter des Südkoreanischen Fußballverbands KFA haben offenbar ausländische Schiedsrichter, die Spiele mit südkoreanischer Beteiligung zu pfeifen hatten, mit erotischen Diensten bezirzt. Ein Bestechungsskandal?

Es sieht schwer danach aus: „Zwischen März 2011 und März 2012 bezahlte die KFA sexuelle Dienstleistungen für Gastschiedsrichter in Massagelons und anderen Etablissements für Erwachsene – sowohl vor als auch nach in Südkorea ausgetragenen Länderspielen“, berichtete die südkoreanische Presseagentur Yonhap am 10. August mit Verweis auf einen Prüfbericht der Regierung.

Über den Fall an sich regt sich die Öffentlichkeit schon seit letzter Woche auf. Da hatte die Polizei eine Razzia bei der KFA durchgeführt. Auf Basis eines bis dahin nicht öffentlichen Prüfberichts aus dem Jahr 2016 kam demnach heraus, dass die KFA eben in den Jahren 2011 und 2012 mit eigenen Kreditkarten den Schiedsrichtern „sexuelle Unterhaltung“ bezahlt habe. Es ging auch um Qualifikationsspiele für die Olympischen Sommerspiele in London 2012 sowie die Fußball-WM der Männer 2014 in Brasilien.

Viel dementiert wird nicht: „Wir bedauern zutiefst die Enttäuschung und die Besorgnis, die durch die verschiedenen Probleme und Kontroversen rund um den Verband seit der Fifa-Fußball-Weltmeisterschaft

2026 entstanden sind“, heißt es in einem Statement der KfA. Zudem wird betont: „Wir möchten jedoch klarstellen, dass derart unangemessenes Verhalten oder der Missbrauch von Firmenkreditkarten gegenwärtig keinesfalls stattfindet.“

Für die südkoreanische Gesellschaft stecken in dieser Cause gleich mehrere Aufreger. Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass die KFA gezielt Schiedsrichter mit vom Verband bezahlten sexuellen Dienstleistungen gefügig machen wollte, handelt es sich um einen Versuch der Korruption. Die KFA – und womöglich die involvierten Schiedsrichter – würden große Reputationsschäden erleiden, Sanktionen dürften folgen.

Für Südkorea ist es aber auch eine Sache des Anstands. Denn sexuelle Dienstleistungen sollte es offiziell nicht geben. Prostitution ist illegal, was erst in diesem Jahr nach einer Klage vom Verfassungsgericht in Seoul bestätigt wurde. Massagesalons, die neben Massagen auch erotische Elemente beinhalten, lassen sich kaum überwachen. Sollte die KFA das Geschäft wissenschaftlich unterstützt haben, hat sie hier Gesetze umkurvt. Auch wer eine Legalisierung von Sexarbeit befürwortet, kann hierin Fehlverhalten erkennen.

Ganz besonders in Südkorea. Im Land wütet seit Jahren ein Konflikt, der immer wieder als „Gender War“ bezeichnet wird, Krieg der Geschlechter. Während sich Frauen auf dem Arbeitsmarkt systematisch benachteiligt sehen, kritisieren nicht wenige Männer, dass sie zum verpflichtenden Militärdienst antreten müssen. Radikalere Gruppen von Frauen propagieren bei ihrer Forderung nach Gleichberechtigung, keinen Sex mehr mit Männern zu haben. So steht die Affäre um die KFA in einem besonde-

ren Licht.

Für den Verband ist die Lage damit nun noch schlimmer als ohnehin schon. Bei der Weltmeisterschaft der Männer war Südkoreas Nationalmannschaft enttäuschend in der Gruppenphase ausgeschieden. Die Aufregung hierüber – zumal in einer nominell eher schwachen Gruppe – war so groß, dass sich sogar der Präsident des Landes, Lee Jae Myung, vor die Öffentlichkeit stellte und Konsequenzen ankündigte. Ein Komitee wurde gegründet, das die Vorgänge im viel kritisierten Fußballverband untersuchen sollte.

Im Verband gab es rund um die Ernennung des mittlerweile zurückgetretenen Nationaltrainers der Männer, Hong Myung Bo, auch Vorwürfe der Vetterwirtschaft. Hong, einst Kapitän Südkoreas bei der sehr erfolgreichen Heim-WM 2002, war zuvor von 2013 bis 2014 ein erfolgreicher Trainer gewesen. Als der Verband 2024 nach der Entlassung des ebenfalls erfolglosen deutschen Trainers Jürgen Klinsmann einen neuen Nationaltrainer suchte, wurde auf sehr kurzem Dienstweg wieder Hong berufen.

Nun sucht die KFA auch nach einem neuen Vorsitz – und will hier mit einem neuen Wahlformat künftigen Krisen vorbeugen. Während an der Wahl der Präsidentin bisher nur rund 200 Personen beteiligt gewesen sind, soll es künftig um die 20.000 Wählende gehen, was auch aktive Profis- und Amateurfußballer einschließen würde. Die Idee: Wer den Verband anführen will, muss eine Art Wahlkampf führen und sich an seinen Versprechen messen lassen. In diesem Jahr soll die erste solche Wahl stattfinden.

Und die Aufarbeitung des Bestechungsskandals? Da ist die Nervosität rund um die mögliche Bezirzung per Sexwork auch schon in Japan an-



Foto: privat

Ann-Kathrin Leclère
Sportsfroindin

Perlen auch in Flauten finden

Ich bin ein Meerestier. Das hab ich schon immer gedacht, und ich erinnere mich von Zeit zu Zeit daran, wenn ich mindestens bis in den Knien im Wasser stehe. Seit Neuestem bringe ich deshalb jeden Tag im Freibad. Denn was interessiert mich die passiv-aggressive Mail eines Kollegen, wenn ich dabei in meinem Lieblingsbadeanzug auf dem Handtuch liege und Wasserperlen mein Gesicht runtertropfen?

Selbst jetzt, wo ich im Schlick des Badewannenwassers vom Berliner Müggelsee dümpel, denke ich das. Vor mir liegt das Board, an dem etwa in der Mitte ein Mast mit einem Segel befestigt ist. Eben haben wir ihn am Board befestigt, die Befestigung so fest reingedreht, wie man eine Bialletti drehen sollte, hab ich mir gemerkt.

Meine Erwartungen an meine erste Windsurfstunde sind hoch. Schon beim Wellenreiten hatte ich einen Höllenspaß, als ich es mal probiert habe. Ich weiß noch, wie ich damals ein Board mit zwei Freundinnen ausgiehen habe – drei Boards waren uns damals zu teuer – und es am Ende nicht mehr abgeben wollte. In meinem Kopf schwirren die Worte, die ich eben auf der Autofahrt zum See gelernt habe: Luv, Lee, Bug, Heck, Mast, Board, Schwert usw. Sie vermischen sich mit den Liedzeilen vom H₂O-Titelsong: „So come on this is our adventure, there's no telling where we'll go, and all I want is just to live amongst the H₂O!“

Der ganze Prozess, um überhaupt auf das Brett zu kommen, ist komplex. Hände auf dem Brett abstützen, mit Schwung die Knie auf das Brett heben, daraus in die Hocke und die Leine greifen, an der der Mast befestigt ist, und sich selbst aufrichten und den Mast auch. Dabei noch aufpassen, dass man nicht direkt wieder vom Board fällt.

Ich muss mich so sehr auf das Gleichgewicht konzentrieren, dass ich den Anweisungen, die ich dabei von einer Kollegin bekomme, die mir etwas Surfunterricht gibt, gar

nicht mehr folgen kann. „Nun im Uhrzeigersinn drehen“, sagt sie. Ich bleibe wie erstarrt stehen. Wo ist mein linker Fuß, wo mein rechter und in welche Richtung jetzt? Wo halte ich jetzt den Mast und in welche Richtung kommt das Segel?

Man hat viel zu tun. Nur der Wind lässt sich an diesem Augstgast Zeit und füllt die Luft höchstens mit einem lauen Lüftchen. Um Wind einzufangen, kann man das Segel mit dem Arm näher an sich heranziehen bzw. „die Tür schließen“, wie es in der Segelsprache heißt. Das Gesicht dreht man dahin, wo der Wind herkommt. In diesem Fall schaue ich deshalb in die malerisch untergehende Sonne.

Wahrscheinlich sieht
es von außen nur
halb so grazil aus,
wie ich mich fühle

Während ich die Segeltür in weichen Bewegungen öffne und schließe, fühle ich mich wie eine Meerjungfrau. „The world is my oyster and I am the pearl“, singe ich. Wahrscheinlich sieht es von außen nur halb so grazil aus, wie ich mich gerade fühle. Aber ist ja egal. Und die Flaute hat sogar was Gutes: So kann ich alle Bewegungen ganz langsam lernen und werde nicht davon gestört, dass der Wind mich irgendwo hinträgt, wo ich dann eh nicht wüsste, wie ich zurückkommen würde. Denn Lenken habe ich in der ersten Surfstunde jetzt eh noch nicht gelernt. Von daher bleibt es einfach beim Aufstehen, Segel richten, Reinfallen. Und ich kann nicht damit aufhören.

Für ein neues Hobby ist es mir leider zu teuer, zu aufwendig und ich wohne leider auch nicht in Rostock oder in Rocky Beach. Und die Aussicht, das nur auf dem Müggelsee zu machen, ist mir dann doch ein bisschen zu unromantisch. Aber ich denke natürlich jetzt schon darüber nach, wann ich es das nächste Mal ausprobieren kann, und dann hoffentlich mit mehr Wind.



Anzeige

taz **reisen**
in die Zivilgesellschaft

Nationalisten gegen multiethnische Traditionen

Sarajevo - Mostar - Jablanica - Visegrad - Gorazde - Srebrenica

BOSNIEN UND HERZEGOWINA mit Erich Rathfelder

Jugoslawien war vor dem Krieg ein multiethnischer und multireligiöser Staat. Heute sind die Ethnien auf dem Balkan zerstritten. Die schwache EU verliert an Reiz. Wir sprechen mit Menschenrechtlern, Lokalpolitikern, Journalisten u.a. über diesen Wandel – und mit jungen Menschen über ihre Perspektiven. Dazu gibt's herrliche Landschaften und gutes Essen.

18. – 24. Oktober 2026, 1.880 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (030) 2 59 02-1 17
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Abschiedsbriefe

Von Rudolf Anton Fichtl

Zu guter Letzt, so dacht ich mir,
sag ich dir’s möglichst milde:
Nicht eins der Kinder ist von dir.
Nimm’s nicht so schwer. Tschüss, Hilde

Dein Mundgeruch: spektakulär.
Noch krasser: deine Winde.
Ich hab gekämpft, ich kann nicht mehr.
So leid’s mir tut, Sieglinde

Wie sehr hab ich davon geträumt:
Von Strand und Whiskey-Cola.
Ich hab dein Konto abgeräumt.
Aus Rio grüßt Carola

Ich hab gekocht, gesaugt, gewischt,
von dir kam nie ein Danke.
Ich hab Arsen ins Bier gemischt.
Have good vibrations! Anke



Foto: Carmen Kirchhain

Strahlende Sieger

Sonnenfinsternis gesehen, Lottojackpot geknackt

Die für schräge Theorien immer empfängliche Wahrheit hat am Mittwoch aus sommerlochigem Mangel an ausgeklügelten Hypothesen prompt eine sehr eigene entwickelt. Grund ist der Hype um die Sonnenfinsternis, die am Mittwoch ihren Schatten auf Europa legte, während die Glücksspielagentur dpa die Frage aufwarf: „Wird der Lotto-Jackpot nun geknackt?“ Denn zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Lottos hat seit 39 Ziehungen niemand die sechs richtigen Gewinnzahlen plus Superzahl getippt. Das gab es noch nie, seit Casanova einst dem preußischen König Friedrich dem Großen den Vorschlag für eine Lotterie unter-

breitete. Seit Wochen liegt die Maximalsumme von 50 Millionen Euro im Jackpot, und der verdammte Kackpott wird und wird nicht geknackt. Was das mit der Sonnenfinsternis zu tun hat? Auf den ersten Blick nichts. Aber unsere Theorie lautet, dass die außergewöhnliche Stellung der Himmelskörper im Weltall auch auf die Ziehung der Lottokugeln ausstrahlt. Alles andere wäre ja totaler Quatsch! Und weil wir diesen ominösen Zusammenhang kennen, haben wir einfach die richtigen Lottozahlen getippt. Mitten in der Sonnenfinsternis hat die Wahrheit den Jackpot geknackt. 50 Millionen strahlende Euro. Da geht doch die goldige Sonne auf! Hurra!

Kühler Jongleur

Ronaldo heiratet Georgina eiskalt und ballsicher

Lange hatten die Schnattergänse vom Schulhof des Boulevards darauf gewartet: „Ronaldo hat geheiratet“, überschlugen sich am Mittwoch die Agenturen und berichteten, dass Ronaldo bereits einen Tag zuvor heimlich in einem mondänen Küstenort nahe Lissabon seiner Verlobten Georgina das Jawort gegeben habe. Genaueres weiß niemand – außer wie immer die Wahrheit, die als einziges Medium des Universums an der Vermählung des Galaktischen teilnehmen durfte. So antwortete Ronaldo auf die Frage des Standesbeamten, ob er will, statt „Si“ laut „Siuuu“ und sprang wie bei seinem Torjubiläum hoch in die Luft, um mit einer Drehung wieder zu landen. Dabei trug er einen weißen Frack mit goldenem Emblem auf der Brust: „CR7“. An seinen Handgelenken hingen 50 seiner Lieblingsluxusuhren von Rolex bis Tag Heuer. Nach der alkoholfreien Hochzeitsfeier, zu der nur leichtes Gemüse als Mahl gereicht wurde, zog sich das Paar für die Hochzeitsnacht in eine Kältekammer zurück, die bis zu 100 Grad minus bot. Doch statt die Ehe körperlich zu vollziehen, jonglierte Ronaldo die ganze Nacht mit seinen Bällen. Georgina soll begeistert gewesen sein.



Kältekammerfoto: ap



Mark-Stefan Tietze

Mittelmeer oder weniger

Heute kröne ich meinen Einkauf bei Rewe damit, dass ich an der Kasse das neue *Deine Küche*-Magazin einstecke. Das Kundenblatt des Handelsriesen präsentiert Rezepte, Verbraucherinfos, appetitliche Fotos und naive PR-Texte wie die teuren Food-Zeitschriften früher, bloß dass es nichts kostet! Die früheren Ausgaben, immerhin in Auflagen von knapp 100.000 erschienen, habe ich leider verpasst. In der Urlaubszeit aber lässt mir allein der Titel das Wasser im Mund zusammenlaufen. Auf dem Foto eines Mosaiks aus bunten Melonen- und Schafskäsewürfeln mit Minzblättchen werden „41 Rezepte für deinen Sommer“ angepriesen sowie das Schwerpunktthema „Essen wie am Mittelmeer“ – clever und für mich deutlich attraktiver als zum Beispiel „Essen wie im Mittelalter“ oder „im Schicksalsjahr 1941“! Zunächst verschaffe ich mir jedoch einen Überblick über die Rezepte, die doppelseitig

ange teasert werden. Aus der Vielzahl der Köstlichkeiten gucke ich mir „Bohnen-Hummus mit Auberginen“, „Melonen-Pizza“ und „Quinoa-Pizza mit Spinat“ aus. Dass ich letztlich nichts davon zubereiten kann, liegt an der grotesken Behandlung des mediterranen Themas. Auf vier Seiten erklären die studierten Ernährungswissenschaftlerinnen Anna und Jana, dass im Mittelmeerraum „Essen mehr als Nahrungsaufnahme“ sei, nämlich „eine Leidenschaft, eine Art zu leben“. Von der sie aber offenkundig nichts verstehen! Sonst würden sie nicht auf der Praxisseite unter der Schlagzeile „Nimm dies statt das!“ – versteckt zwischen „Olivenöl als Alternative zu Butter“ und „Frisches selbstgemachtes Pesto anstelle von Fertigsosse“ – allen Ernstes raten: „Vollkornbrot statt helle Weizenbrötchen“, angeblich punktet es mit Proteinen und Ballaststoffen. Das ist himmelschreiender Unfug. In keinem mir bekannten Mittelmeerland gibt es außer-

halb von Schweineställen Vollkornbrot. Zum Frühstück ist den Anrainervölkern ja selbst Weißbrot zu gesund, weshalb sie fettiges Blätterteiggebäck mit Zuckerüberzug dazulegen. Einem Magazin, das uns Lesern allen Ernstes Vollkornbrot als „Mittelmeerernährung“ verkauft, kann man nicht trauen. Das Problem ist nur: Was mache ich jetzt? Früher hätte ich damit gedroht, bei der nächsten derartigen Verfehlung das Abo zu kündigen. Das geht bei einem gratis verteilten Magazin allerdings nicht. Und Rewe zu boykottieren, wäre irgendwie Kanonen auf Spatzen. Mit ihren Produkten bin ich doch überwiegend zufrieden – allein das *Deine Küche*-Magazin folgt dem publizistischen Trend zum mutwilligen Fake. Es lügt uns den Mittelmeerraum zurecht, damit er zu den eigenen ernährungswissenschaftlichen Ratschlägen passt. Bestimmt will es eines Tages ein Apothekenmagazin werden. Die haben inzwischen Millionenauflagen.



das wetter

Ohne Keller

Die Stadt ohne Keller – der Wahrheit ist der Name bekannt – war in heller, dunkler und mittelgut ausgeleuchteter Aufregung, denn ein Hochwasser wurde erwartet. Was macht eine Stadt ohne Keller, wenn sie von einem Hochwasser heimgesucht wird? Niemand und nichts wird volllaufen, die durstigen Kehlen im Öll-Eck mal ausgenommen. Keine Feuerwehr wird keine Wasserpumpe anbringen müssen, um kein Wasser, in dem keine Weckgläser mit eingewecktem Obst herumschwimmen, abzupumpen. Aber auch gut.

gurke des tages

Und wieder könnte der „Front zur Befreiung der Gartenzwerge“ (FBG) ein Schlag gelungen sein, diesmal sogar gegen die Kunstwelt. Von „320 goldfarbenen Mozart-Figuren“ sind 210 „im Salzburger Mirabellgarten verschwunden“, wie das dortige Mozarteum mitteilte. „Das Schlimmste für einen Künstler ist, wenn sich seine Arbeit auflöst“, so der Künstler Ottmar Hörl gestern zur dpa. Oder haben sich die sogenannten Mini-Mozarts bloß nach Wien aufgemacht?

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionaltteil Nord:
Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



Kino Arsenal August 2026



Fieberträume – Die Filme von Nicolas Roeg THE MAN WHO FELL TO EARTH (Der Mann, der vom Himmel fiel, Nicolas Roeg, UK 1976 | 6. & 22.8.)

3.7.–30.8.

**Magical History Tour
Meet the Sound – Ton im Film, Klang
im Raum**

7.7.–15.8.

Retrospektive Jean Eustache

31.7.–28.8.

**Fieberträume –
Die Filme von Nicolas Roeg**

2.8., 15.00 Uhr, **16.8.**, 15.30 Uhr,
29.8., 14.30 Uhr, **30.8.**, 15.30 Uhr

Daumenkino Das Kinderprogramm

5.8., 19.00 Uhr

Raumgeben

8.8., 20.00 Uhr & **13.8.**, 19.00 Uhr

70 mm: ONE BATTLE AFTER ANOTHER

20. & 21.8., 20.00 Uhr

**17. Arsenal Summer School
Introduction to Humanities**

22.8., 14.00 Uhr

**Sommerfest im silent green
Das Arsenal Filminstitut
stellt sich vor**

24.–26.8.

Pop-Kultur Festival 2026

29.8., 20.00 Uhr

**Fenster zum Hof
Das Nachbarschaftsprogramm**

30.8., 20.00 Uhr

Persona non grata

31.8., 20.00 Uhr

Condition Report #16

31.8.–4.9.

**Kino 16 –
Einführung in das künstlerische
Arbeiten mit 16-mm-Film**



Arsenal Filminstitut e.V.
wird gefördert durch:



cargo

taz

FILM
DIENST



MBB
Medienboard
Berlin-Brandenburg

**arsenal
filminstitut**

Plantagenstraße 30
13347 Berlin
www.arsenal-berlin.de



Ohne Entlastungsvertrag wird der Pflegeberuf wieder unattraktiver Foto: Daniel Bockwoldt/dpa

Darf's wieder mehr Belastung sein?

Die erste Verhandlungsrunde zum Entlastungstarifvertrag an der Charité ist gescheitert. Pflegekräfte und Gewerkschaft planen, wie es jetzt weitergeht

Von **Anna Simbürger**

Timo Nieveler ist seit 6 Uhr morgens auf den Beinen. Er arbeitet als Krankenpfleger am Deutschen Herzzentrum der Charité auf einer Cardio-Intensivstation. Nach Feierabend ist er noch auf dem Campus unterwegs – im Dienst der Gewerkschaft. Vor einem Gebäude in der Oststraße auf dem Gelände der Charité hat sich um 17 Uhr an einem Donnerstagabend Ende Juli eine kleine Gruppe aus Aktivist*innen, Pflegekräften und einer Verdi-Mitarbeiterin versammelt. Gleich wollen sie ein Ansprachetraining durchführen.

Im Ansprachetraining lernen die Teilnehmenden, wie sie aktiv auf andere Kolleg*innen zugehen können und sie davon überzeugen, sich bei kommenden Streiks in den laufenden Tarifverhandlungen zu beteiligen. Den Entlastungstarifvertrag, den die Charité mithilfe einer Sonderklausel zu Ende Juni gekündigt hat, wollen die An-

gestellten nicht kampflos aufgeben. Der Vertrag wird zwar noch bis Ende des Jahres auslaufen, doch bereits jetzt bereiten sie sich auf den anstehenden Arbeitskampf vor.

Die Einführung des Entlastungstarifvertrags, der seit Januar 2022 an der Charité galt, war in der Geschichte der Krankenhausbewegung ein gewaltiger Durchbruch. Er wurde von der Belegschaft hart in einem Streik erkämpft. Erstmals wurden darin verbindliche Mindestanforderungen für die Besetzung von Pflegepersonal auf den Stationen festgelegt. Die Charité wurde somit zum Vorbild für die ganze Bundesrepublik. Der Vertrag galt für Pflegekräfte und andere Berufsgruppen wie zum Beispiel Ergo- und Physiotherapeut*innen.

Das darin festgelegte System arbeitet mit Entlastungspunkten, sogenannten Cheps: Wenn Pflegekräfte besonders belastende Schichten leisten müssen – zum Beispiel aufgrund von Personalmangel – erhalten

sie dafür Punkte. Diese Punkte können dann gegen zusätzliche freie Zeit oder gegen Geld eingetauscht werden. Die Kündigung des Vertrags setzt die Pflegekräfte unter enormen Druck. Viele befürchten eine erneute Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

„Ich bin davon überzeugt, dass es starke Streikbewegungen braucht“

Celine Bittger, Aktivistin

Grund für die Kündigung ist die neue Reform der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-Reform), die die Regierung am 10. Juli beschlossen hat. Der alte Tarifvertrag sah ein Sonderkündigungsrecht vor, sollten sich die Rahmenbedingungen für die Pflegefinanzierung ändern. Schon mit der Ankündigung

des neuen Gesetzes im April hat die Charité den Vertrag gekündigt. Nieveler weiß, was das nun bedeutet.

„Es bedeutet, keine Pause machen zu können oder Überstunden machen zu müssen“, sagt Nieveler. Und: „Es bedeutet auch, mit dem Gefühl nach Hause zu gehen, dass man eventuell Fehler gemacht hat.“ Durch eine Unterbesetzung an Pflegekräften werde nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Würde der Patient*innen gefährdet. „Wenn man mitten in einem Notfall ist und ein anderer Patient gerade klingelt, weil er auf Toilette muss, dann ist niemand da“, sagt Nieveler. Dem muss er dann sagen: „Du bist nicht der dringendste Fall.“ „Das sind einfach menschenunwürdige Situationen“, so der Pfleger.

Auf manchen Intensivstationen kommen drei Patient*innen auf eine Pflegefachkraft. Das ist die gesetzlich festgelegte Personaluntergrenze für Nachtschichten. „Jeder, der mal auf einer Intensivstation gear-

beitet hat, weiß, dass eine Drei-zu-eins-Versorgung patientengefährdend ist. Es macht einen auch selbst kaputt, diese Last zu tragen.“ Nicht nur die enorme psychische Belastung brennt die Pflegekräfte aus, auch körperlich ist der Beruf anstrengend. „Wenn ich nach einem langen Tag von der Arbeit nach Hause komme, dann tun meine Beine nur noch weh. Dann habe ich nicht mehr die Energie, noch zum Sport zu gehen oder etwas anderes zu machen“, sagt Nieveler. Nur für die Arbeit leben, das will aber keiner.

Viele Leute, die mit Nieveler die Ausbildung gemacht haben, sehen sich jetzt nach einer anderen Arbeit oder einem Studium um: „Ich habe eine Freundin, die hat angefangen, Soziologie zu studieren. Das ist schade, weil meistens sind es die talentiertesten und klügsten Leute, die dann auch die Perspektiven sehen, was anderes zu machen.“ Dabei brauche es mehr Personal, nicht weniger. Das Hauptproblem in der Pflege sei nicht das Geld, so Nieveler. „Man verdient gut. Das Hauptproblem ist der Personalmangel und die Arbeitsbedingungen“, sagt er. Pflegekräfte verdienen an der Charité nach Tarifvertrag in den meisten Fällen zwischen 3.500 und 4.700 Euro brutto.

Durch den Entlastungstarifvertrag hatten sich die Zustände in den letzten Jahren deutlich verbessert. Über 1.000 neue Stellen konnten so laut Verdi geschaffen werden, die Zahl der überlasteten Schichten verringerte sich. Mit Müttern nach der Entbindung ein Gespräch führen; für Angehörige da sein, nachdem ein lieber Mensch verstorben ist; der alten kranken Dame sagen, was ihre Perspektiven sind. Durch den Entlastungstarifvertrag war es möglich, genau diese Gespräche zu führen. „Man konnte sich Zeit nehmen für das, was Pflege als Beruf schön macht“, sagt Nieveler.

Mit dem Erkämpfen des Entlastungstarifvertrags haben die Charité-Pflegekräfte 2021 einen Präzedenzfall geschaffen, dessen Vorbild laut Verdi rund 20 Kliniken in ganz Deutschland folgten. Unterstützt werden die Angestellten in ihrem Vorhaben, ihn zu bewahren, deshalb von Aktivist*innen und Kolleg*innen aus anderen Kliniken. Celine Bittger war früher Klimaaktivistin und engagiert sich jetzt im

Bündnis „Berlin steht zusammen“. Ihre Motivation: „Diese ganzen Tarifaueinandersetzungen in der öffentlichen Daseinsversorgung gehen uns natürlich alle etwas an.“

„Ich bin davon überzeugt, dass es starke Streikbewegungen braucht. Schilder hochhalten, ein bisschen demonstrieren gehen – ich glaube nicht, dass sich dadurch etwas ändert“, meint die Aktivistin. Die aktuelle Auseinandersetzung an der Charité bezeichnet sie als „Leuchtturm-Auseinandersetzung“. Denn der Entlastungstarifvertrag an der Charité ist der erste, der mit der GKV-Reform angegriffen wird, und somit wieder ein Präzedenzfall.

Verdi führt den Arbeitskampf. Es gab bereits eine Verhandlungsrunde, die keine Einigung brachte. Ein Warnstreik folgte. Für Ende August ist eine zweite Verhandlungsrunde angedacht. Ben Brusniak, Verhandlungsführer von Verdi, gibt sich positiv: „Wir gehen davon aus, in Verhandlungen mit der Charité eine Lösung zu finden.“ Im Moment seien jedoch die Positionen noch weit auseinander. Die Forderungen von Verdi umfassen neun Punkte, unter anderem die Wiederinkraftsetzung des Tarifvertrags mit Anpassungen ab dem 1. Juli 2026.

Das System, um die Belastung und bedarfsorientierte Personalplanung zu ermitteln, soll verbessert werden. Zudem sollen weitere Bereiche und Berufsgruppen in den Tarifvertrag mit aufgenommen werden. „Es ist ungerecht, wenn von der gleichen Berufsgruppe Teile im Tarifvertrag erfasst sind, und andere nicht“, sagt Brusniak. Zum Beispiel sei die Radiologie mit im letzten Entlastungstarifvertrag aufgeführt gewesen, die Angiologie wiederum nicht. Auch eine bessere Einarbeitung und praktische Anleitung werden gefordert.

„Die Charité will den Standard des bisherigen Tarifvertrags absenken, während wir ihn weiterentwickeln wollen“, fasst Brusniak zusammen. Vier Wochen wurde 2021 gestreikt, um den Entlastungstarifvertrag an der Charité zu erwirken. Wie lange die Verhandlungen diesmal dauern werden, lässt sich noch nicht abschätzen. „Wir sind bereit“, sagt Nieveler. „Wir streiken so lange, bis wir gewonnen haben.“

Andreas Hergeth hat einen Blick auf die Kunstinstallation zum Gedenken an den Mauerbau vor 65 Jahren geworfen

Die Zeitzeugin stiehlt der Politprominenz die Show

Renate Werwig-Schneider trägt heute Perlenkette und passende Ohrringe, dazu eine Sonnenbrille. Es ist ein sonniger Tag – so wie vor 65 Jahren, als am 13. August 1961 der Bau der Berliner Mauer begann. Nur das es damals rund 10 Grad kühler war als an diesem heißen Mittwochmittag. Werwig-Schneider ist als Zeitzeugin geladen und hat viel zu erzählen. Minutenlang steht sie der angereisten Politprominenz Rede und Antwort, bevor diese vor dem Brandenburger Tor durch eine kleine Open-Air-Ausstellung geführt wird und die große Kunstinstallation zum Gedenken an den Mauerbau vor 65 Jahren aus der Nähe bestaunt.

Die rund 30 Meter lange und gut drei Meter hohe Installation von Hubertus Hamm erinnert an die Berliner Mauer, die hier einst verlief, ist aber natürlich keine Rekonstruktion, sondern Kunst. Das Ganze ist aus Aluminium, dessen Grau chargiert im Sonnenlicht.

Dieser temporäre Erinnerungsort ist faszinierend: Aus der Ferne betrachtet, steht die Kunstmauer wie ein monolithischer Block und undurchdringlich da, man kann nicht hindurchschauen. Wer dem Material aber auf die Pelle rückt, erkennt, dass es transparent ist, man kann von hüben nach drüben gucken und umgekehrt. Der Clou: Der Blickausschnitt durch die „Mauer“ wird immer kleiner, je näher man ihr kommt. Am Ende geht der Blick durch eine Art Gespinnst, das an Bienenwaben erinnert – und an die historische Tatsache, dass die Berliner Mauer aus Stahl und Beton nicht von Dauer war.

Über die Zeit der Spaltung, den alltäglichen Irrsinn diesseits und jenseits der Mauer und ihren Fall erinnert die Open-Air-Ausstellung „Mauerblicke. Berlin 1961–1990“ in neun Blöcken mit kurzen Texten auf Deutsch und Englisch und historischen Fotografien. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, führt unter anderem

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, und Wolfram Weimer, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, durch die Ausstellung – beide sind Geldgeber.

Ein Farbfoto von 1989 etwa zeigt, wie selbstverständlich die Mauer in Neuköllner Kleingartenkolonien dazu gehörte: Neben Beeten voller Gemüse steht direkt vor der Mauer, gewissermaßen am ruhigen Rand, eine Hollen-schaukel, darauf sitzen scheinbar glückliche Menschen, die bunte Magazine lesen.

Auf der östlichen Seite der Mauer entstanden solche beschaulichen Bilder kaum, auch wenn es touristische Schnappschüsse vorm Brandenburger Tor gab. Das lag von den Absperrgittern weit entfernt in nicht greifbarer Nähe. Auf den Bildern aus dem Osten dominieren die Sicherheitsvorkehrungen, die die Flucht aus der DDR verhindern sollten. Axel Klausmeier erinnert an gelungene wie vereitelte Fluchtversuche

und an das erste Todesopfer der Mauer: Günter Litfin wurde gezielt erschossen, weil er aus der DDR fliehen wollte.

An der Stelle kommt Renate Werwig-Schneider wieder ins Spiel, die gefragt wird, warum sie damals die DDR verlassen wollte? Sie hat zwei Fluchtversuche unternommen und musste dafür büßen, saß drei Jahre im berüchtigten Knast von Hohenschönhausen. Und das nur, weil sie „von Mitte nach Lichterfelde wollte“, wie sie erzählt, „das hätte nur eine Viertelstunde mit der S-Bahn gedauert“.

Die Zeitzeugin spricht von „einer echten Motivation“ zur Flucht: Sie war mit 14 Jahren von der Oberschule „geflohen“, weil sie in einer Kirchengemeinde aktiv war. Sie war nicht Mitglied der Freien Deutschen Jugend, der DDR-Jugendorganisation, und „flög später auch von der Uni“ – da „baute sich eine gewisse Abneigung gegen diesen Staat auf“. Einer ihrer Fluchtversuche ging schief, weil der Tunnel,

durch den sie fliehen wollte, verraten wurde. „Der Fluchttunnel in der Brunnenstraße wird auf der Tafel hier vorn thematisiert“, lotst Klausmeier die Zeitzeugin samt Tross aus Politik und Medien weiter.

In gleich mehreren Reden wird den Macher:innen von Installation, Ausstellung und Rahmenprogramm gedankt. Bis zum 16. August wird das Gedenken am Brandenburger Tor um Führungen, Lesungen, Konzerte und Gespräche mit Zeitzeugen:innen ergänzt. Nur am 15. August nicht, da sind Kunstinstallation und Ausstellung nicht zugänglich und abgesperrt, weil dort Rave the Planet vorbeizieht – eine Tanz- und Musikdemonstration für Demokratie und Freiheit. Das passt doch gut zum Thema Mauerbau und Mauerfall und Mauerjubiläum.

Das vollständige Programm ist auf der Internetseite mauerbau65.berlin abrufbar.

Timm Kühn über
Berlin im Mietenwahlkampf

Diese SPD
braucht es nicht

Das Denken von Sozialdemokrat:innen ist manchmal nur schwer nachzuvollziehen. Nehmen wir das neue Lieblingsthema des Spitzenkandidaten der SPD, Steffen Krach: die Verhinderung der Enteignung jener Wohnungskonzerne, die die Mieter:innen dieser Stadt seit Jahrzehnten ausplündern. Seit einigen Tagen erklärt Krach unentwegt das „Nein“ zur Enteignung zur roten Linie seiner Partei und grenzt sich damit von der Linkspartei ab, die den Volksentscheid, der genau das fordert, umsetzen will.

Welches Ziel verfolgt ein Steffen Krach mit dieser Positionierung? Sicherlich, es ist ein Alleinstellungsmerkmal, die einzige Partei zu sein, die sich sowohl als Partei der Mieter:innen und gleichzeitig auch als Schutzpatron der Immobilienkonzerne aufspielt. Aber wen soll diese Position überzeugen?

Einerseits will die SPD im Wahlkampf gegen den Mietenwahnsinn mitmischen, dessen Bekämpfung für die Berliner:innen weiter das wichtigste Thema dieser Wahl ist. Und mit dem kürzlich beschlossenen Mietenkataster hätte die SPD da sogar etwas anzubieten. Aus den Reihen der Partei stammt sogar ein eigenes Vergesellschaftungskonzept, das statt auf Enteignung auf eine weitreichende Mietmarktregulierung setzt. Man kann das, wie die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen, für eine Nebelkerze halten – doch Werbung machen könnte die Partei damit.

Gleichzeitig will die Partei aber im konservativen Milieu auf Stimmenfang gehen. Insbesondere der rechte Parteiflügel ist hier offenbar von dem Gedanken getrieben, den Abfluss der eigenen Wähler:innen zur CDU zu stoppen. Also bespielt Krach die Talking Points der Immobilienlobby.

Doch noch nicht einmal in seiner Ablehnung von Enteignungen ist Krach konsistent: Im nächsten Moment stellt er sich in den sozialen Medien dann vor das Russische Haus in Berlin-Mitte, das vom Putin-Regime betrieben wird, und fordert dessen Enteignung – und dann kritisiert er die Bundesregierung, weil die dort mitregierende SPD gemeinsam mit der CDU Vergesellschaftungen auf Landesebene verbieten will, was Krach auch wieder nicht gut findet.

Wie dieser Hickhackkurs die SPD aus der tiefen Vertrauenskrise führen soll, in der die SPD auch steckt, weil die Partei seit Jahren die Vergesellschaftung blockiert und weil ihr Spitzenpersonal immer wieder Investoreninteressen über das Allgemeinwohl stellt, weiß wohl nur Steffen Krach. Die Wähler:innen überzeugt das alles jedenfalls offenbar nicht: Auf mickrige 12 Prozent ist die Partei in Umfragen zuletzt zusammengeschrumpft.

Vielleicht wissen die Berliner:innen inzwischen auch: Wem die Interessen der Immobilienkonzerne am Herzen liegen, kann CDU wählen. Wer für Mieter:innen eintreten will, kann sich zwischen Grünen und Linken entscheiden. Eine Partei, die sowohl Kapital als auch Arbeit vertreten will, braucht es dagegen nicht. Insofern ist es wahrscheinlich auch nicht schade um diese SPD.

Eine kleine Festung:
Einer von zwei „Endmasten“ in Johannisthal, die 2025 angezündet wurden
Foto: Britta Pedersen/dpa



Ein Mast im Knast

Nach den Anschlägen auf die Stromversorgung rüstet Berlin beim Schutz kritischer Infrastruktur nach.
Am Tatort in Johannisthal ist der Umbau abgeschlossen

Von Hanno Fleckenstein

Es hat etwas von einem Hochsicherheitstrakt, was da am Königsheideweg in Berlin-Johannisthal in der Morgensonne glänzt: ein hoher Metallzaun, Nato-Stacheldraht, Pfähle mit schwenkbaren Überwachungskameras und Lautsprechern, sowie Bewegungssensoren und Stahlpoller gegen heranrasende Fahrzeuge.

Hinter den Mauern dieser modernen Festungsanlage ragen zwei große Strommasten in den Himmel. Oder, um genau zu sein, sogenannte Kabelendmasten, an denen insgesamt zwölf armdicke Hochspannungskabel in den Boden geführt werden – nochmal extra gesichert durch ein Metallgehäuse und Abwehr-dorne.

Genau an diesen beiden Masten hatten Unbekannte im September 2025 ein Feuer gelegt, das zwei der Kabel zerstörte und einen massiven Stromausfall auslöste. Rund 50.000 Haushalte und Geschäfte in Treptow-Köpenick waren bis zu drei Tage ohne Elektrizität. Es war der größte Blackout in Berlin seit Ende des Zweiten Weltkriegs – bis nicht einmal vier

Monate später eine Kabelbrücke in Lichterfelde brannte und Berlins Südwesten noch länger im Kalten und im Dunklen saß.

Die beiden Brandanschläge auf die Stromversorgung legten große Lücken beim Schutz kritischer Infrastruktur offen. Deshalb ist Berlins Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey sichtlich stolz auf die neuen Sicherheits-

„Wer hier rüberklettern will, wird das nicht ohne Verletzungen schaffen“

Franziska Giffey (SPD),
Wirtschaftssenatorin

vorkehrungen in Johannisthal. Die SPD-Politikerin, die im Senat auch für den Bereich Energie zuständig ist, präsentiert die just vollendete Anlage am Mittwochvormittag gemeinsam mit Erik Landeck, dem Geschäftsführer des Netzbetreibers Stromnetz Berlin.

„Wir haben uns nach den Anschlägen committet, unsere neuralgischen Punkte mit ei-

nem Schutzstandard zu versehen, den es nirgendwo sonst in Deutschland gibt“, verkündet Giffey. Und die Maßnahmen an den Kabelendmasten seien „exemplarisch“ für diese „Bemühungen und Anstrengungen“. Dafür habe man „sehr, sehr viel investiert“, ergänzt die Senatorin. 180.000 Euro waren es allein für diese Stelle.

„93 Meter Zaun sind hier verbaut“, erläutert Giffey noch und deutet auf den Käfig hinter sich. „Natürlich ist das nicht die Schönheit in Person, aber wer hier rüberklettern will, wird das nicht ohne Verletzungen schaffen.“ Berlinweit seien seit Januar sogar 20 Kilometer Zaun errichtet worden. „Das sind 20.000 Meter, also ein bisschen mehr als hier“, rechnet sie vor. Hinzu kämen insgesamt 200 Kameras, Wachschatz, Zutrittsensorik, künstliche Intelligenz zur Auswertung des Bildmaterials. „Modernster Standard“, freut sich die Senatorin.

Die Hochrüstung hier am Rand der Königsheide ist Teil der Umsetzung des sogenannten TOP-Konzepts, das der schwarzrote Senat im Mai beschlossen hat. Das Konzept sieht technische, organisatorische und phy-

sische Maßnahmen für einen erhöhten Schutz kritischer Infrastruktur vor.

Zum technischen Teil gehören demnach unter anderem die Schaffung sogenannter Georedun-danzen – doppelt vorhandene Systeme, die räumlich voneinander entfernt sind, um nicht Ziel eines einzigen Angriffs werden zu können – und die Entflechtung von Knotenpunkten. Beides sind offensichtliche Lehren aus den beiden Brandanschlägen, bei denen die Versorgungskabel und die gleich daneben verlaufenden Redundanzen zerstört wurden.

Organisatorische Maßnahmen umfassen die Bewachung, aber auch die Frage, wer Zutritt hat, sowie Übungen für den Ernstfall. Und mit physischen Maßnahmen sind ebenjene gemeint, die hier in Johannisthal so sichtbar sind.

Laut Stromnetz-Geschäftsführer Erik Landeck wurde dieses Konzept an allen rund 70 Umspannwerken in Berlin umgesetzt. „Auch wenn Sie es an manchen Orten vielleicht nicht so deutlich sehen wie hier, können Sie davon ausgehen, dass es schon da ist.“ Man müsse das Netz sicher machen für neue Bedrohungslagen, betont er. Insgesamt 3,7 Milliarden Euro will die Betreiber-gesellschaft zwischen 2026 und 2030 in den Ausbau und die Sicherung des Stromnetzes investieren. Etwa soll die Netzkapazität auf mehr als 4 Gigawatt verdoppelt werden.

Zum Abschied überreicht Landeck Giffey noch ein kleines Dankeschön: Es ist ein Stück des Kabels, das an dieser Stelle vor einem Jahr durchgeschmort war, eingefasst in Plexiglas. „Köpenick 2025“ lautet die Gravur. Dann öffnen die beiden noch kurz das Metalltor, damit die versammelten Reporter*innen einen Blick in den gesicherten Bereich werfen können. Verschlussen ist es bloß mit einem einfachen Vorhängeschloss mit Zahlencode. Das werde natürlich nicht so bleiben, beteuert Landeck. Und bis die Schließanlage fertiggestellt sei, würden Sicherheitsleute in einem Bauwagen gegenüber Tag und Nacht Wache schieben.

Endgegner der Stolperfallen

Behinderten- und Verkehrsverbände fordern ein radikales Umsteuern bei der Genehmigung von E-Scootern. Nur die CDU hält sich mit solchen Versprechen zurück

Von Claudius Proßer

Die „Wahlprüfsteine“, an denen Parteien ihr Programm messen lassen müssen, sind manchmal buchstäblich Stolpersteine. Oder Stolperfallen – wie die vielen E-Scooter, die wild auf den Berliner Gehwegen herumstehen oder -liegen, weil es noch immer kein funktionierendes stadtwoites Stationssystem gibt. Zumindest für all jene, die sich dem Aufruf des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin (ABSV) und des FUSS e. V. zum Thema E-Scooter angeschlossen haben, ist eigentlich klar, wen sie wählen können und wen nicht.

Die von fast 50 Behinderten-, Verkehrs- und Umweltschutzorganisationen sowie Seniorenbeiräten unterstützte Forderung lautet: Ab April 2027, wenn die geltenden Sondernutzungs-genehmigungen für Sharinganbieter auslaufen, sollen die elektrischen Roller nur noch auf fest eingerichteten Abstellflächen geparkt werden dürfen – und die Leihunternehmen sollen nicht mehr Fahrzeuge gleichzeitig anbieten dürfen, als rechnerisch auf diese Flächen passen. Darauf festgelegt haben sich die

Spitzenkandidaten von Linken, Grünen und SPD, der CDU-Berber für den Sessel im Roten Rathaus hält sich dagegen bedeckt.

Dass Stefan Evers im Gegensatz zu Elif Eralp, Werner Graf und Steffen Krach in diesem Kontext nicht Klartext redet, liegt natürlich auch daran, dass seine Parteifreundin, Verkehrssenatorin Ute Bonde, erst im Mai eine „Sharingstrategie 2035“ vorgelegt hat. Die sieht zwar Ähnliches vor wie das, was ABSV und FUSS fordern, dehnt die berlinweite Umsetzung aber über einen Zeitraum von 10 Jahren aus: Erst 2035 gäbe es in allen Kiezen und Bezirken ein mehr oder minder dichtes Netz sogenannter Mobilitätsstandorte, außerhalb derer die Roller nicht abgestellt werden dürfen bzw. können.

Technisch lässt sich das längst durch sogenanntes Geo-Fencing lösen: Die Scooter werden per GPS geortet und erst wenn sie sich an vorgesehenen Orten – etwa auf den von der BVG betriebenen „Jelbi“-Punkten – befinden, lässt die Leih-App eine Rückgabe zu. Schon heute gibt es im Innenstadtbereich Zonen, in den das so funktioniert, die Zahl

der Standorte soll aber von aktuell weniger als 600 auf 3.000 anwachsen.

Bei einer von ABSV und FUSS organisierten Podiumsdiskussion am Mittwoch waren die verkehrspolitischen Sprecher:innen der vier Parteien eingeladen, ihre Sicht der Dinge darzustellen. „Es geht hier nicht um einen Wohlfühlaspekt“, betonte der Vorstand des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Andreas Bethke in seiner Einleitung. Die wild abgestellten Scooter, deren Form etwa mit einem Langstock nur schwer zu ertasten ist, führten zu gefährlichen Situationen. „Immer mehr Menschen sagen: ‚Ich traue mich alleine gar nicht mehr raus.‘“

Kristian Ronneburg (Linke) sagte, er wolle ein System, bei dem die Anbieter „darum konkurrieren, wer die Regeln am zuverlässigsten einhält“. Über die Frage nach dem Abstellen der Roller hinaus müsse es auch mehr darum gehen, ihre Nutzung durch Kinder und Jugendliche unter dem Mindestalter von 14 Jahren zu unterbinden. Die Zahl der Unfälle mit E-Scootern sei 2025 die höchste seit deren Einführung gewesen.

Wie Ronneburg drückte auch der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Johannes Kraft, seine „volle Sympathie“ für das Anliegen der KritikerInnen aus, verwies aber auf die bestehende Sharingstrategie. „Ich befürchte, dass sich das Thema E-Scooter in dieser Stadt erledigen würde, wenn wir Ihre Forderungen umsetzen“, sagte er in Richtung der Veranstalter:innen. Auch er wünsche sich aber, dass es nicht 10 Jahre bis zur abschließenden Umsetzung dauere. Auch technologisch sei noch mehr machbar – zum Beispiel zwangsweises Abbremsen auf Schrittgeschwindigkeit in Fußgängerzonen.

Während Tino Schopf (SPD) seine persönlichen Zweifel am Sinn von derzeit rund 46.000 E-Rollern zum Ausdruck brachte, die im Schnitt nur wenige Minuten am Tag bewegt würden, fand seine Kollegin Oda Hassepaß (Grüne), dass die Politik ihre Maßnahmen auf die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen abstimmen müsse. Dabei zählten nicht nur die registrierten Unfälle, sondern auch, dass Mobilität verhindert werde, wenn Menschen sich nicht mehr auf die Straße wagten.

Anzeige



TERRASSEN TALK

Zwischen Begeisterung und Bedenken:
Wie Unternehmen den Weg mit KI gestalten

21. August 2026 - 09:00-11:00
frizzforum - Friedrichstraße 23 - 10969 Berlin

kostenfrei anmelden

Ein Mietvertrag für die Subkultur

Senat, Bezirk und Eigentümer des RAW-Geländes haben einen Vertrag unterschrieben, der zunächst die Zukunft des Areals sichert. Eine Sollbruchstelle gibt es

Von **Laura Mies**

Im Juni sah es wegen vorläufig eingestellter Verhandlungen noch düster aus für das RAW-Gelände an der Warschauer Straße. Jetzt haben der Berliner Senat, der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und RAW-Grundstückseigentümer, die Kurth-Gruppe, nach Langem Ringen eine Einigung für das Gelände erzielt. Nach fast elf Jahren Verhandlungen ist eine Vertragsbeziehung zustande gekommen, wie Lauritz Kurth, Geschäftsführer der Kurth-Gruppe, Alexander Slotty (SPD), Staatssekretär für Bauen und Florian Schmidt (Grüne), Bezirksstadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg am Dienstag bei einem Pressegespräch verkündet haben.

Genauer handelt es sich bei der Vertragsbeziehung um einen Mietvertrag für das Soziokulturelle L (SKL) auf dem Gelände sowie einen Rahmenvertrag für die weitere städtebauliche und planungsrechtliche Entwicklung. Der Vertrag ist auf zwei Jahre mit Option auf ein Jahr Verlängerung angesetzt, sollte der Bebauungsplan bis dahin noch nicht abschließend festgesetzt sein.

„Der Rahmenvertrag beinhaltet eine wechselseitige Verpflichtung, die Verhandlungen zu Ende zu bringen“, sagte Baustadtrat Florian Schmidt beim Pressegespräch. Ein wichtiges Signal, fand Alexander Slotty, Staatssekretär für Bauen: „Wir standen vor dem Punkt, an dem wir nicht sicher waren, wie wir weitermachen. Jetzt haben wir aber eine gute Lösung gefunden.“

Bis es zu einer Festsetzung des Bebauungsplans kommt, übernimmt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Vermietung an die Nutzer*innen des SKL, also den L-förmig angeordneten Gebäuden, in denen zum Beispiel Ateliers, die queere Bar zum schmutzigen Hobby und der Club Cassiopeia angesiedelt sind. Der Interimsvertrag orientiert sich mit 11,20 Euro pro Quadratmeter nun an der Marktmiete.

Zuvor zahlten die Mieter*innen im Schnitt vier Euro pro Quadratmeter, damit sich an diesem Betrag für sie nichts spürbar ändert, soll nun aus öffentlicher Hand aufgestockt werden, sagte Schmidt. Eine Million Euro jährlich will der Bezirk in den ersten zwei Jahren der Vertragslaufzeit bezuschussen, im dritten Jahr fließt der Aufstockungsbetrag aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Wieso investiert der Bezirk nun bei der angespannten Haushaltslage insgesamt zwei Millionen Euro Steuergelder in das RAW-Gelände?

„Es ist zum einen die Anerkennung, dass der Eigentümer zuvor selbst elf Jahre lang die Nutzung des Geländes gefördert hat, da gehört also auch Fairness dazu“, sagte Alexander Slotty. Zum anderen wolle man zum Erhalt der Subkultur, die für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg große Anziehungskraft hat, die Mieter*innen vor Ort schützen. „Das ist eine unglaubliche Prioritätensetzung“, stimmte Bezirksstadtrat Schmidt zu, der um die soziokulturelle Bedeutung des Geländes für Friedrichshain-Kreuzberg weiß.

Von der Bezuschussung soll laut den neuen Verhandlungen auch die Bausubstanz vor Ort profitieren: Etwa 40 Prozent des Aufstockungsbetrags muss die Kurth-Gruppe in die Ertüchtigung der teils maroden Gebäude auf dem Areal stecken. Außerdem ist die Erarbeitung eines Bebauungsplans vorgesehen, der für den Bau von 300 Wohnungen angepasst werden soll.

Noch im Juni wurde darüber gestritten, wann und wie viele Wohnungen auf Teilen des Geländes nahe der Warschauer Straße und der Spree gebaut werden sollen. Die

Gespräche scheiterten daraufhin. Die Wohnungen, die nun entstehen sollen, sind laut Lauritz Kurth, Geschäftsführer der Kurth-Gruppe, ausschließlich als Mietwohnungen angedacht. Ein Drittel des Wohn-

„Es ist die Anerkennung, dass der Eigentümer zuvor selbst elf Jahre lang die Nutzung des Geländes gefördert hat“

Alexander Slotty (SPD), Staatssekretär für Bauen

raums soll gefördert werden.

Doch mit dem Wohnungsbau entsteht für die Subkultur vor Ort ein neues Problem, wie Marcel Weber, Chef der Berliner Clubcommission, im RBB-Inforadio sagte. Da der Eigentümer, die Kurth-Gruppe, im Rahmen der Einigung jetzt neue Wohnungen auf dem Gelände

bauen könnte, werde der Schallschutz zum größten ungelösten Problem.

Es gebe das Risiko, dass die neuen Bewohner*innen sich irgendwann über den Lärm der Clubgänger beschwerten und forderten: Der Club muss weg. „Und dann kriegen die womöglich auch noch Recht. Das ist ja die Situation, die wir ganz oft haben“, sagte Weber. Es müsse daher ein tragbarer Plan für den Bestand entwickelt werden, mit dem sich beides miteinander vertragen ließe. Gleichzeitig brauche es einen Plan B, etwa andere Orte, an denen die Clubs im Fall der Fälle weitermachen könnten.

Diese Problematik haben auch die Vertragspartner auf dem Schirm, vom Bezirk ist daher ein Gutachten zur Schallemission gefordert, das zeigen soll, wie sich die lebendige Soziokultur mit dem Wohnraum vertragen kann. Kurth nannte dazu schon einen konkreten Plan: Gewerbegebäude zwischen Sommergarten und Wohnungen könnten als sogenannter „abschirmender Gewerberiegel“ Schall abfangen.

Eine Lösung dieses Problems ist für den Vertrag essenziell. Sollte keine gefunden werden, spricht Florian Schmidt von einer Sollbruchstelle, diese Frage müsse zuallererst geklärt werden. Außerdem müsse noch ein Generalmieter für die Gebäude des SKL gefunden werden, der für dreißig Jahre eine „Nullmiete“ zahlen soll, sagte Schmidt. Im Gegenzug müsse der Mieter die Gebäude sowohl verwalten als auch die auffälligen Teile wieder instandsetzen. Der Generalmietvertrag wird parallel zum Bebauungsplanverfahren verhandelt.

Doch, und das war Staatssekretär Slotty wichtig zu betonen: Die verhandelte Einigung steht noch unter Vorbehalt der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg und des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses. Sie sollen noch vor der Wahl im September zustimmen. Weber von der Clubcommission lobte den Einsatz von Senat und Bezirk für eine tragfähige Lösung, ein Wahlkampfmanöver sehe er in der Einigung nicht. „Es ist wirklich gut, dass es jetzt eine Einigung auch noch vor der Wahl gibt.“



Nachtleben auf dem RAW-Gelände
Foto: Sebastian Wells/Ostkreuz

„Wir haben spontan angeboten, die Gegenstände zu sichern“

Trauernde hatten Blumen und Kerzen, aber auch persönliche Dinge am Tatort und am Brandenburger Tor abgelegt. Die sind jetzt erst mal im Schwulen Museum

Interview **Uta Schleiermacher**

Im Tiergarten am Ahornsteig erinnert seit knapp einer Woche eine Regenbogenbank an den Anschlag beim Berliner CSD, außerdem hat der Bezirk Mitte dort einen neuen Baum gepflanzt. Ein Mann war am Abend der Pride Parade mit einem weißen Transporter in die Menge gerast, hatte mit dem Auto und danach wohl einer Machete 31 Menschen teils schwer verletzt und eine Frau getötet. Unzählige Menschen hatten in den folgenden Tagen dort und am Brandenburger Tor Blumen abgelegt, Kerzen angezündet und auch zahlreiche eher persönliche Gegenstände hinterlassen. Viele

kamen dorthin, um zu trauern oder Anteilnahme zu zeigen.

taz: Frau Meyer, die Gegenstände, die Menschen als Zeichen der Trauer am Tatort im Tiergarten und vor dem Brandenburger Tor abgelegt hatten, sind dort inzwischen abgeräumt. Wie kam es dazu?

Birga Meyer: Wir haben uns mit dem CSD-Verein, dem LSVD und mit den Verwaltungen aus Tempelhof-Schöneberg und Mitte zusammengesetzt und uns beraten, was aus den Gegenständen werden soll, die Menschen dort abgelegt haben. Die Sachen sind ja draußen bei Wind und Wetter nicht dau-

erhaft haltbar. Wir haben dann vom Schwulen Museum spontan angeboten, die Gegenstände erst mal hier zu sichern. Das war eine Entscheidung im Zusammenspiel zwischen Community und Verwaltung.

taz: Was haben Sie von den Erinnerungsorten mitgenommen?

Meyer: Da waren ganz, ganz viele persönliche Gegenstände, Briefe, Poster, bemalte Steine und Kuscheltiere, das ist der größte Anteil. Wie eine Momentaufnahme aus Trauer, Schock, aber auch viel Kraft und Solidarität. Dann gab es auch viele Schleifen von offiziellen Gebinden und Kränzen, aber teils auch selbst gestaltete Bänder mit Botschaften. Und dann waren da noch Fahnen,

Banner, T-Shirts und Fähnchen aus verschiedenen Stoffen. Etwas Besonderes war auch das Gedenkbuch. Unter den Gegenständen, die wir jetzt mitgenommen haben, waren einige angebrannt. Die haben wir beiseite gelegt, weil die Polizei aktuell noch ermittelt, ob die vielleicht absichtlich beschädigt worden sind. Dahinter steht vielleicht eine doppelte Geschichte. Wir waren vom Museum her jedenfalls alle im Einsatz beim Sortieren und auch beim Zuordnen, was an welchem Ort abgelegt worden war.

taz: Was passiert jetzt mit den Gegenständen?

Meyer: Wir haben sie erst mal mitgenommen, damit sie nicht

irgendwann weggeworfen werden und auch, damit wir Zeit gewinnen, um zu entscheiden, wie wir die Anteilnahme, die die Menschen damit ausgedrückt haben, festhalten. Wir haben die Papiere, Pappen und Fahnen bei uns im Hof ausgebreitet und in der Sonne getrocknet. Jetzt können sie gesäubert, weiter gesichert und richtig sortiert werden. Als Archiv und Sammlung kennen wir uns damit aus, daher haben wir das jetzt erst einmal übernommen. Was mit den Gegenständen langfristig passiert, kann so in Ruhe entschieden werden, und wir alle haben Zeit zu trauern und das Ereignis zu verarbeiten.

Birga Meyer ist Historikerin und Kulturwissenschaftlerin und leitet seit April 2023 gemeinsam mit Luan Pertl das Schwule Museum in Berlin.



In Bremen gehts doch auch: Straßenbahnen bringen hier richtig viele Fahrgäste von A nach B
Foto: Sina Schuldt/dpa

Oberirdisch schlägt unterirdisch

Der Hamburger Senat stellt die Fahrgastzahlen der geplanten neuen U-Bahnlinie 5 viel zu positiv dar. Das kritisiert jedenfalls eine Studie der Linken. Eine Stadtbahn wäre schneller – und günstiger

Von Kaija Kutter

Viel Kritik, aber auch einen innovativen Vorschlag beinhaltet eine Studie, die Hamburgs Linke am Mittwoch veröffentlichte. Titel: „Alternative für eine Fortsetzung der U5 ab Borgweg“. Die U5 soll eines Tages von Hamburg Bramfeld aus in einem Bogen durch die Innenstadt bis hoch oben Osdorf in Hamburgs Westen führen. Die Verkehrsexperten Dieter Doege und Jens Ode analysierten im Auftrag der Fraktion heutige Fahrgastdaten und kommen zu dem Schluss, dass sich der Bau der U-Bahn gar nicht lohnt und die Stadt von stark übertriebenen Steigerungen ausgeht.

Doch die erste Teilstrecke der U5-Ost von Bramfeld bis zur City Nord ist längst im Bau. Deshalb schlagen die beiden vor, diesen Teil fertig zu bauen und ins bestehende Netz einzufädeln. Auf der übrigen Strecke könne man die U5 aber sein lassen und der letzte erst in den 2040ern beginnen. „Das ist zu spät für die dringend benötigte Mobilitätswende“, sagt Sudmann.

Für die Verkehrspolitik der Linken, Heike Sudmann, die die Studie vorstellte, kommt die U5 vor allem viel zu spät. So soll der erste Abschnitt erst 2033 fertig sein und der letzte erst in den 2040ern beginnen. „Das ist zu spät für die dringend benötigte Mobilitätswende“, sagt Sudmann.

Hinzu komme, dass angesichts der angespannten Haushaltslage in Bund und Land die Finanzierung der bislang veranschlagten Kosten von 16,5 Milliarden Euro sehr unsicher sei. Auch sei während der Baumaßnahmen mit jahrelangen Sperren von Hauptverkehrsstraßen zu rechnen. „Der Tunnel für die U5 ist nicht die Lösung für Hamburgs Verkehrsproblem“, sagt Sudmann, die sich seit Jahren vergeblich für eine Straßenbahn engagiert.

Es heißt immer wieder, es sei zu spät für eine Straßenbahn. Doch Doege und Ode haben nun eine Lösung erarbeitet, wie Hamburg beides verbinden könnte: ein bisschen U5 und ganz viel Straßenbahn.

Als „U5neo“ könnten, so Doege, die von Bramfeld und Steilshoop kommenden Züge an den bestehenden U-Bahnhöfen Borgweg oder Saarlandstraße ins Netz der heutigen Linie U3 einfädeln. An der Saarlandstraße gibt es sogar bereits einen zweiten Bahnsteig. Die Fahrgäste aus Steilshoop könnten so auch den regional wichtigen Bahnhof Barmbek erreichen und von dort Richtung Süden über Berliner Tor und den Hauptbahnhof auf der Linie U2 weiter bis Hagenbecks Tierpark fahren.

Die bisher geplante neue U5-Linie, die in einem tiefen Bogen unten um die Alster führt,

verläuft nahezu parallel zu den bestehenden Linien. Der neue Bahnhof St. Georg ist fußläufig zum Bahnhof Lohmühlenstraße geplant, und der neue Bahnhof Uhlenhorst wäre nah am Bahnhof Uhlandstraße. Diese beiden neuen Haltepunkte hätten also gar keine U-Bahn nötig, so die Studienautoren. Die „U5plan“, wie sie die Reststrecke nennen, kreuzt allein sieben Haltestellen, die es heute schon gibt, erschließt dort also kein neues Gebiet.

Entsprechend misstrauen Doege und Ode den prognostizierten Fahrgastzahlen der Hamburger Hochbahn, die insgesamt von mehr einer halben Million Fahrgäste für die neue Linie pro Werktag ausgeht. Am Hamburger Bahnhof Stephansplatz zum Beispiel hält schon heute die blaue Linie U1, die aus dem Nordosten aus den Walddörfern kommt und im Nordwesten Norderstedt erreicht. Hier steigen heute täglich 19.869 Fahrgäste ein und aus.

Für die U5 rechnet die Stadt dort mit 68.800 Ein- und Ausstiegen täglich. „Das sind fast dreimal so viele Fahrgäste, wie heute schon die U1 und die beiden Buslinien M4 und M5 nutzen“, sagt Jens Ode. Auch an den meisten anderen der 24 geplanten Haltestellen lägen die prognostizierten Zahlen um ein Vielfaches über dem, was realistisch

scheint. „Die von uns ermittelten Fahrgastzahlen aufgrund der heutigen Nutzung zeigen, wie sehr der Senat und die Hochbahn die Zahlen schönen“, sagt Ode.

Wichtig sind diese Zahlen für das Nutzen-Kosten-Verhältnis. Hier muss der Faktor über eins liegen – also jeder Euro muss mehr als einen Euro Nutzen bringen –, damit der Bund einen Teil der Kosten übernimmt.

Laut einer aktuellen Haushaltsdrucksache zur U5, die die Mehrkosten wegen aufwendiger Planungen beinhaltet, liegt das Nutzen-Kosten-Verhältnis der U5 von Bramfeld bis zu den Arenen am Volkspark derzeit bei 1 zu 1,27. Der Bund hatte laut Senat eine Teilfinanzierung des ersten Abschnitts im November 2023 schon zugesagt und das Vorhaben in das Gemeindefinanzierungsgesetz aufgenommen.

Doch für die Berechnung dieses Nutzenverhältnisses gelten laut Doege gewisse Kriterien. Wenn Fahrgäste das Auto stehen ließen, zähle dies mit rein. Wenn aber nur Fahrgäste von einer U-Bahn-Linie zur anderen abgeworfen werden, gäbe es kein Geld. „Wenn da ein paar ausgeschlafene Beamte der Bundesregierung nachgucken, sieht es für Hamburg finster aus.“ Sprich: Die Stadt könnte auf den Milliarden-Kosten sitzenbleiben.

Mit einem Kilometerpreis von maximal 35 Millionen Euro wäre es wesentlich günstiger, in Hamburg doch eine Straßenbahnlinie zu bauen. Doege und Ode haben dafür entlang des Einzugsbereichs der geplanten U5 vier Korridore identifiziert, entlang derer so ein Straßenbahnbau sinnvoll wäre.

„Die von uns ermittelten Fahrgastzahlen aufgrund der heutigen Nutzung zeigen, wie sehr der Senat und die Hochbahn die Zahlen schönen“

Jens Ode, Verkehrsexperte

Eine Linie führe von Nienendorf Markt aus an der Universität Hamburg und St. Georg zum Bahnhof Mundsburg. Dort würde auch eine weitere Linie halten, die im Norden weiter bis zum Borgweg und im Süden bis zur Veddel führt. Jene Haltepunkte, die durch einen Verzicht auf den Weiterbau der U5

über die City Nord hinaus dann doch keine U-Bahnhöfe werden, würde die Straßenbahn trotzdem anfahren. Dabei wären sie angenehm oberirdisch unterwegs.

Laut den Berechnungen der Studie wären die Menschen von Haustür zu Haustür außerdem 40 Prozent schneller als mit der bisher geplanten U5, weil es statt 24 ganze 91 Stationen und damit kürzere Wege dahin gibt. Die dritte Stadtbahn-Linie führe von der Kellinghusenstraße an der Uniklinik vorbei nach Altona. Eine vierte von der Uniklinik über Stellingen bis nach Osdorf.

So könne man wesentlich mehr Hamburgern einen bequemen Wechsel vom Auto zum ÖPNV bieten, sagt Ode. „Und das nicht nur in deutlich kürzerer Zeit, sondern auch zu einem Bruchteil der Kosten.“

Heike Sudmann will die Studie an Behörde und Verkehrsausschuss weitergeben. „Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass der Senat sich von seiner unterirdischen Verkehrspolitik verabschiedet“, sagt sie doppeldeutig.

Die Verkehrsbehörde nimmt die Studie zur Kenntnis und werde sich, so teilte sie der taz mit, damit auseinandersetzen. Sie halte die bisherige U5-Planung aber für die beste Lösung für die Mobilitätsentwicklung Hamburgs.

Nicht immer staatstragend

Wegen Hitlergrüßerei steht ein ehemaliger Kommissar-Anwärter in Meppen vor dem Strafrichter. Ein Einzelfall ist er in Niedersachsens Polizei damit nicht

Von **Harff-Peter Schönherr**

Das Leitbild der Polizeiakademie Niedersachsen (PA NI) lässt keine Zweifel aufkommen: Man trete „aktiv für die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein“, heißt es dort. Der Polizeiberuf verlange „ein besonderes Maß an moralisch-ethischem Verantwortungsbewusstsein“. Manch niedersächsische Polizisten wecken aber Zweifel, ob ihnen dieses Credo wichtig ist. Einer von ihnen, Tom S., steht seit Anfang August im Amtsgericht Meppen vor dem Strafrichter. Tom S. war zur Tatzeit 23 Jahre alt und Polizeianwärter der PA NI, er kommt aus Hannoversch Münden, Landkreis Göttingen. Von der Staatsanwaltschaft Osnabrück wird ihm vorgeworfen, im Januar 2025 in Stavern, einer Gemeinde im Emsland, „im Rahmen des traditionellen Königssingens der Königssinger Stavern im Landjugendkeller des Mehrgenerationenheims in Stavern den sogenannten Hitlergruß gezeigt zu haben“, schreibt Anette Schneckenberger, Direktorin des Amtsgerichts, der taz. Darüber hinaus soll er im Mai 2025 ein Reizstoffsprüngerät in seinem Auto aufbewahrt haben, das auf dem Parkplatz vor dem Dienstgebäude der Polizeiakademie stand. Es geht, neben einem Verstoß gegen das Waffengesetz, also um Paragraf 86a Strafgesetzbuch, dem „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen“. Das obere Ende des Strafrahmens

sind drei Jahre Freiheitsentzug. Zwei weitere Verhandlungstage sind anberaumt, Ende August und Anfang September. Tom S. ist nicht mehr bei der Polizei. Man habe „mit entschlossener Haltung“ reagiert, so Maria Klose, Sprecherin der PA NI. Mitte 2025 sei er rechtswirksam entlassen worden. „Die in Rede stehenden Vorwürfe, u. a. Zeigen des Hitlergrußes, sind schwere Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die beamtenrechtlichen Grundpflichten“, teilt Andrea Marquardt, Vize-Direktorin der Akademie, mit. Die Akademie verurteile diese Verhaltenswei-

„Menschenfeindliche Verhaltensweisen sind mit den Werten und Pflichten des Polizeidienstes unvereinbar“

Maximilian Felmborg. Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums

sen „mit absoluter Entschiedenheit“ und habe daher umgehend disziplinar- und dienstrechtliche Maßnahmen eingeleitet, „die zu einer Entlassung des Polizeikommissar-Anwärters führten“. „Menschenfeindliche Verhaltensweisen sind mit den Werten und Pflichten des Polizeidienstes unvereinbar“, so Maximilian Felmborg, Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, auf Nachfrage der taz. „Die Polizei Niedersachsen geht konsequent gegen Rassismus und Diskriminierung vor, auch

wenn sich Anhaltspunkte dafür innerhalb der Polizei ergeben.“ Im Verantwortungsbereich des Innenministeriums sind in den vergangenen zehn Jahren etliche Verdachtsfälle von Rassismus und bzw. oder Rechtsextremismus registriert worden. Es geht um derzeitige und ehemalige Polizeiangehörige. In 96 Fällen habe ein Verdacht vorgelegen, so Felmborg. In 47 habe er sich bestätigt, in 27 nicht. Die übrigen 22 Verfahren seien noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. „In diesen Fällen wurden insbesondere Disziplinarverfahren und Verfahren zur Entlassung eingeleitet“, so Felmborg. Die

Gesamtzahl könnte allerdings höher sein, denn Personalakten-Einträge unterliegen Löschfristen. Elf PolizistInnen wurden aus dem Beamtenverhältnis entlassen, so die Bilanz des Ministeriums. In einem Fall wurde durch die Behörde die Klage auf Entlassung aus dem Dienstverhältnis erhoben, das Verfahren ist anhängig. In einem weiteren Fall wurde das Ruhegehalt aberkannt, in vier Fällen entschied das Verwaltungsgericht, die PolizistInnen zurückzustufen. Fünf weitere Fälle endeten mit ei-

ner Geldbuße, drei mit einem Verweis. Die Polizei Niedersachsen habe sich „den kritischen Diskussionen über Polizeigewalt, Rassismus oder Diskriminierung gestellt“ und sei „sehr aktiv im Bereich des Demokratieschutzes und der Demokratiearbeit“, so Felmborg. Nicht zuletzt über die Polizeiakademie Niedersachsen verfüge sie „über ein umfassendes Portfolio zur Stärkung der demokratischen Resilienz und damit auch zur Rassismusprävention.“ Es gebe Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz, polizeilicher Konfliktkompetenz in interkulturellen Situationen, Kulturspezifika und Vielfaltskompetenz im polizeilichen Alltag.

Der Meppener Fall ist für das Innenministerium kein Hinweis auf ein systemisches Problem. „Mutmaßlich rassistische oder extremistische Einstellungen von Einzelpersonen innerhalb der Polizei“, so Felmborg, „lassen keinesfalls den Rückschluss zu, dass solche Einstellungen in der Polizei insgesamt verbreitet oder gar institutionell akzeptiert sind.“

Auffällig ist: Das Verfahren gegen Tom S. findet vor einem Einzelrichter statt, nicht vor einem Schöffengericht. Das maximale Strafmaß kann deswegen also nicht ausgenutzt werden. Aber eine empfindliche Strafe ist dennoch möglich: „Wir gehen nicht davon aus“, ordnet Alexander Rete-meyer, Staatsanwaltschaft Osnabrück, der taz den Fall ein, „dass es über zwei Jahre hinausgeht.“

Dreck am Stecken? Bei so manch einem niedersächsischen Polizisten stellt sich diese Frage
Foto: Karina Hessland/imago

Aufgeweckt

Mit dem N*-Wort ist kein Necken möglich

Im niedersächsischen Kirchwalsede nutzt der Bürgermeister das N*-Wort, aus Spaß, wie er sagt. Der Gemeinde zeigt ihn an – und die Dorfgemeinschaft kann das gut verstehen

Im niedersächsischen Kirchwalsede, einem Dorf mit 1.250 Einwohnern, hängen bunte Banner gegen Rassismus. Aufgehängt von Menschen aus dem Ort, die offenbar fanden, dass etwas gesagt werden müsse. Auf einem steht: „Worte sind nicht harmlos.“ Dass sie hier zu solchen Mitteln greifen, ist keine Randnotiz, denn wäre alles halb so wild, hingen diese Banner nicht.

Halb so wild – so soll der Fall aber wirken: Der dortige Bürgermeister hat zu einem Schwarzen Mitbürger öffentlich das N-Wort gesagt, hinterher soll es „Necken“ gewesen sein. Nur ist das N-Wort eine rassistische Beleidigung, aufgeladen mit der Geschichte von Kolonialismus, Entmenslichung und Gewalt. Wer dieses Wort benutzt, ruft diese Geschichte mit auf – ganz gleich, wie jovial er sich dabei selbst vorkommen mag.

Der beleidigte Mann ist Daniel Osei-Kwaku, 46, ehrenamtlicher Fußballtrainer und Schiedsrichter im örtlichen Sportverein. Er arbeitet als pädagogischer Sozialassistent in der Kita Lumerland – in der Jim-Knopf-Gruppe. Das gibt der Sache ein extra Geschmäckle, denn das N-Wort fiel zuletzt bei einer öffentlichen Veranstaltung eben dieser Kita. Also an einem Ort, der für Schutz, Bildung und Respekt stehen müsste.

Solche Sprüche habe er von Kindesbeinen an ertragen, erzählt Osei-Kwaku, der mit seinem Bruder in einem Kinderheim aufwuchs. Das habe im Dorf quasi zum Umgangston gehört. Früher habe er „nicht so eine Welle machen“ wollen. Aber es habe ihn seelisch zermürbt. Irgendwann war für ihn eine Grenze erreicht. „Die Strafanzeige im März war meine eigene Entscheidung, ich stehe dazu“, sagt er. Dieser Satz ist gleich die Antwort auf jene, die Osei-Kwaku zur „Marionette“ anderer erklären.

Denn das ist die nächste Volte von Bürgermeister Friedrich Lüning (FDP): Nicht der Vorwurf soll zählen, sondern demjenigen, der ihn erhebt, wird die Eigenständigkeit abgesprochen. Als sei es nicht an Osei-Kwaku selbst zu entscheiden, wann das Ertragbare überschritten ist. Dass Lüning nun ausrichten ließ, es habe den Versuch eines klärenden Dreiergesprächs gegeben, das Osei-Kwaku abgelehnt habe, ändert daran nichts. Niemand muss eine Beleidigung erst im Stuhlkreis mit dem Bürgermeister verhandeln, damit sie ernst genommen wird.

Was Lüning zu seiner Verteidigung nachschiebt, macht es ohnehin nicht besser. Da wird eine 25-jährige Freundschaft angeführt, als sei Nähe ein Freifahrtschein für Herabwürdigung. Da wird von einer Gegenbeleidigung als „Kartoffelbauer“ gesprochen, als ließe sich das mit einem Wort vergleichen, das Schwarze Menschen seit Jahrhunderten markiert, erniedrigt und ausgrenzt. Wer diesen Unterschied nicht erkennt, verharmlost nicht nur Sprache, sondern Geschichte.

Passend dazu wurden Kita-Interna und Personalstreitigkeiten öffentlich verhandelt. Aus einer Anzeige wegen einer rassistischen Beleidigung wurde eine Nebelkerze, in der nicht mehr die Beleidigung im Zentrum stand, sondern das Gerücht einer Intrige. Ein durchschaubares Manöver.

Dabei liegt die politische Dimension offen zutage. Ein Bürgermeister ist keine Privatfigur mit Amtskette. Er verkörpert Autorität – und damit die Frage, welche Sprache in einem Gemeinwesen geduldet wird. Umso weniger glaubhaft wirkt es, wenn Lüning im Februar noch eine erneute Bürgermeisterkandidatur ankündigt und jetzt erklärt, sein plötzlicher Rückzug habe mit der Affäre nichts zu tun.

Dass das Verfahren wegen einer versäumten Dreimonatsfrist eingestellt wurde, ändert daran nichts und ist kein moralischer Freispruch. Osei-Kwaku hat nun gegen die Einstellung Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle eingelegt, wegen „Volksverhetzung“, und will die Sache durchziehen. Angst habe er nicht mehr.

Die Banner, die in Kirchwalsede hängen, stammen aus seinem Umfeld, von Freunden. Die Botschaft sitzt: „Worte sind nicht harmlos.“ Nicht, wenn sie einen Menschen herabsetzen. Schon gar nicht, wenn sie aus dem Mund eines Amtsträgers kommen. Und vor allem nicht, wenn bis heute noch nicht mal eine Entschuldigung gefolgt ist.

Daniela Barth



